

Die **HEIMLICHE** Geschichte von

Angela Merkel und ihren Auftraggebern



DIE HEIMLICHE GESCHICHTE VON ANGELA MERKEL UND IHRE AUFTRAGGEBER

© 2018 Polyconomics Media Press

Volker Hahn

Hauptstraße 134 D-51143 Köln

E-Mail: info (@) polyconomics.de

Web: www.polyconomics.de

Umschlagmotiv: © 360b / Shutterstock.com

Haftungshinweis und verantwortlich nach § Abs. 2 MDStV

Alle Informationen in diesem Buch wurden sorgfältig recherchiert. Die Informationen basieren auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Die Angaben erfolgen nach sorgfältiger Prüfung, jedoch ohne Gewähr! Dennoch übernehmen weder Autor noch Herausgeber eine Gewährleistung für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder die Aktualität der Inhalte. Darüber hinaus können alle Informationen unvollständig oder zusammengefasst sein. Weder Autor noch Herausgeber übernehmen eine Haftung für Schäden, welche aufgrund der Nutzung dieses Buches oder der Inhalte oder auf andere Weise in diesem Zusammenhang entstehen. Somit können die in diesem Buch veröffentlichten Artikel und Newsletter weder eine Beratungsfunktion übernehmen, geschweige denn eine eingehende individuelle Beratung ersetzen. Eine Haftung für Gesundheits- oder Vermögensschäden, die aus der Heranziehung der zur Verfügung gestellten Informationen für die eigene Entscheidung des Lesers resultieren, ist ausgeschlossen.

Die Inhalte unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung.

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	4
1.	Der Lebensweg und die Vorgehensweise von Angela Merkel	7
2.	Das Gegenszenario - Der Absturz in der Union	44
3.	Was Merkel noch erreichen möchte	61
4.	Die Nachfolge - Inszenierung	74
5.	Zwischenfazit	124
6.	MERKELs Plan hinter allem - damit müssen wir jetzt rechnen	125

VORWORT

Angela Merkel ist bald Geschichte. Wer hätte das für möglich gehalten? Ebenso wie ihre Kanzlervorgänger Helmut Schmidt, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder wird sie zunächst nicht gehen. Die haben die Bühne sozusagen durch die Hintertür verlassen. Angela Merkel geht nicht so ganz.

Sie gibt ihren Parteivorsitz in der CDU ab, möchte aber noch Kanzlerin bleiben. Fraglich, äußerst fraglich ist, ob sie bis zum Ende durchhält. Dabei bleibt eines rätselhaft:

- Wo kam Angela Merkel eigentlich her?
- Was war ihre politische Agenda?
- Welche Ziele verfolgte sie tatsächlich – war sie einfach nur opportunistisch, wie es eine der gängigen Theorien beschreibt, und passte sich dem Zeitgeist an? Oder ist sie eine Abgesandte des realsozialistischen Reiches, sozusagen ein Gruß aus der Vergangenheit, in der ein Plan geschmiedet und verfolgt wurde, am Ende internationalistisch doch noch alle nationale Souveränität zu zerstören – und den neuen Machthabern die Welt zu überlassen? Im Sinne einer „Neuen Weltordnung“, in der sich diese Interessen am besten durchsetzen lassen.

Da sie nun aber zunächst geht, bettet sich diese Fragestellung in die aktuelle Situation ein.

- Hat Angela Merkel mit ihrem Rücktritt die letzte Chance ergriffen, plötzlich ihre ärgsten innerparteilichen Feinde in einen Nachfolgekampf zu schicken und damit freie Fahrt für ihre Pläne zu bekommen? Ist es nur ein Puzzleteilchen auf dem Weg, die nationale Souveränität endgültig aufzulösen, indem sie die EU zusammen mit Macron aus Frankreich weiter auf Kosten der Nationalstaaten stärken kann? Die Stichworte lauten Bankenhaftung (gemeinsam), Haushalt der EU (gemeinsam), Verteidigung (gemeinsam). Gewinnt sie also nur Zeit?

- Oder ist Merkel in die Falle gegangen und hat wie ihre Vorgänger auch als Opportunistin den besten Zeitpunkt des Abgangs einfach verpasst? Gewinnt sie also noch etwas Zeit, muss dann aber gehen – weil sie keine Chance mehr hat? Der frühere SPD-Chef Gabriel, seines Zeichens auch früherer Außenminister, glaubt genau das. Dann habe sie nur bis Mitte Mai 2019 Zeit, um die GroKo endgültig zu verlieren. Und dann wird es aus sein für Angela Merkel.

Die Rätsel

Viele Rätsel, die diese Frau aufgibt. Wir versuchen, direkt nach ihrer De-Mission als Bundesvorsitzende das Rätsel zu ergründen. Und gehen daher folgenden Fragen nach, die auch das Buch nach und nach strukturieren werden:

1. Der Lebensweg und die Vorgehensweise von Angela Merkel
2. Die politische Agenda – oder der ganz normale Opportunismus? Belege für zwei Theorien
3. Die letzten Ziele für Angela Merkel
4. Ihre Nachfolger in Deutschland – wer sie beerben kann und will und warum
5. Wie geht es weiter?

Wir haben nicht auf alle Fragen eine gewisse Antwort, sondern nur plausible Möglichkeiten. Wir hoffen, dass Sie unser Bild der Kanzlerin als stimmig empfinden und wir, wenn wir eines Tages zurückblicken werden, sehen, wie richtig die Annahmen gewesen sind und dass wir die richtigen Schlüsse daraus gezogen haben. Merkels Nachfolger, so unsere Prognose, wird einer der berühmten Transatlantiker. Politiker also, die im Sinne der herrschenden Finanzwelt besonders in den USA ihre Interessen auf Kosten der Stabilität der EU durchsetzen – im Kampf um das Wirtschaftsgebiet EURASIEN, das für die Zukunft eine besonders bedeutende Rolle spielt.

Angela Merkel, so lautet unsere Hypothese, hat es sich mit einer etwas launigen Wendehalsigkeit in der EU ohnehin etwas schwer gemacht in den vergangenen Jahren. Es gibt bessere Transatlantiker – für die kommenden Aufgaben. Dies werden Jens Spahn und/oder Friedrich Merz sein.

Richten wir uns darauf ein, dass die Zerstörung dieses Landes und auch eines politisch unabhängigen Europas noch etwas massiver und nachhaltiger vorgenommen wird. Wir werden den Fortgang dieses Prozesses gemeinsam mit Ihnen noch gerne verfolgen, kommentieren und im Zweifel Schlüsse daraus ziehen.

Nun wünschen wir Ihnen zuerst viel Freude an unserem Material und an den Gedankengängen, die wir daraus entwickelt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Redaktion

1. DER LEBENSWEG UND DIE VORGEHENSWEISE VON ANGELA MERKEL

Ihre verschwiegene Herkunft

Angela Merkel hat wenig zu ihrer Herkunft wissen lassen. Die Biografen nennen sie in der Regel Angela Kasner. Dabei ist sie tatsächlich zumindest teils polnischen Ursprungs. Dies kann ihr niemand negativ oder positiv auslegen. Wir räumen lediglich ein, was teils hinter vorgehaltener Hand, gewürzt bzw. angereichert mit verschiedenen Geschichten und Verschwörungen, ohnehin gesagt wird.

Dafür zitieren wir aus der britischen Presse, aus „The Guardian“¹ und übersetzen an dieser Stelle für Sie mit. Es geht um sechs Geheimnisse, von denen dieses das wohl am meisten genannte Geheimnis sein dürfte. Die Übersetzung haben wir selbst vorgenommen bzw. freigegeben.

Angela Merkel ist tatsächlich eine „Viertel-Polin“. Ihr Großvater war demnach nicht nur polnischer Herkunft. Die Kanzlerin soll diesen Angaben zufolge als Angela Kazmierczak geboren worden sein. Der Name ihres Großvaters lautet Ludwig Kazmierczak, geboren 1896 in Poznan – damals Teil des vormaligen Deutschen Reiches. Die Familie galt demnach als stolz auf ihre polnischen Wurzeln. Ihr Großvater indes emigrierte nach Berlin, als Poznan nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder Teil Polens wurde. Der Großvater heiratete eine Berlinerin. Sie bekamen einen Sohn namens Horst Kazmierczak, Angela Merkels Vater.

Anfang der 30er-Jahre dann wollte die Familie offenbar ihre polnischen Wurzeln abschneiden und ließ dies vor allem im Namen sichtbar werden. Wie viele andere wurde der Name Kazmierczak germanisiert und lautete fortan Kasner.

¹ <https://www.theguardian.com/world/german-elections-blog-2013/2013/sep/10/angela-merkel-origins-germany-election>

Sowohl der Vater als auch der Sohn konvertierten in diesem Zuge vom Katholizismus zur protestantischen Kirche. Ein Umstand, denn offenbar auch Angela Merkel selbst bis vor Kurzem nicht kannte.

Sie selbst war in einem protestantischen Pfarrhaus aufgewachsen. Der Protestantismus gilt als Schlüssel für das Verständnis ihrer Persönlichkeit. Die Überraschung über ihre eigene Vergangenheit muss groß gewesen sein. Den Angaben zufolge lud sie nach dem Bekanntwerden der polnischen Vergangenheit flugs Cousins zum Abendessen ein. Möglicherweise habe sie Angst gehabt, sie könnte eines Tages überraschend in der „Allee der Kosmonauten“ in Poznan auftauchen.

https://www.focus.de/politik/deutschland/promis-alarmiert-ueber-eu-notruf-fuer-europa-ende-nationaler-armeen-gemeinsame-arbeitslosenversicherung-mehr-geld-fuer-arme-staaten_id_9791464.html

Der Rückblick

Dennoch bleibt es über die Namensgebung hinaus ein Geheimnis, woher die Kanzlerin tatsächlich kommt. Sie selbst soll darüber wenig sprechen. Daher blicken wir an dieser Stelle zurück.

Ihr Großvater, Willi Jentzsch, galt bereits als relativ politischer Mensch. Er hatte die Position des Vorsitzenden des „Danziger Beamtenbundes“ inne und war „Senator“. Der Urgroßvater bereits war „Oberstadtsekretär“ in Elbing².

² vgl. Rohbohm, Hinrich, System Merkel, JF Verlag 2011, S. 11

Politisch geprägt jedoch wurde sie wohl vor allem durch ihren Vater, durch Horst Kasner. Jenen Mann also, der den Namen der Familie verändert hat. 1954 verließ er die Stadt Hamburg und ging in die DDR. Dort wurde er zum „Leiter eines Pastoralkollegs“. Dies ist eine Weiterbildungsstelle der evangelischen Kirche. Offenbar hat er in der DDR den Spitznamen als „Roter Kasner“ erhalten, was wiederum darauf deutet, dass er sich mit der Staatsführung im realsozialistischen Deutschland recht gut verstanden haben muss.

Es wird vermutet, dass über das Pastoralkolleg eine vergleichsweise SED-freundliche Kirchenpolitik verfolgt wurde, die das Ansehen und das Wirken der Partei offenbar nicht so sehr infrage stellte wie spätere Kirchengruppen dies taten. Kasner war Mitglied des „Weißenseer Arbeitskreises“, der als „stasigelenkt“ gilt und ein Bündnis linker Theologen darstellen sollte. Die Gruppierung wurde als Verbindungsmöglichkeit der SED in die evangelische Kirchensynode hinein betrachtet.

Auf das Konto von Kasner wie auch auf das Konto des CDU-Mitgliedes Clemens de Maizière soll die folgende Spaltung der evangelischen Kirche der DDR zurückgehen, wobei der Merkel-Vater der DDR-zugewandten Kirche näher stand. Clemens de Maizière wiederum ist der Vater des späteren Ministerpräsidenten der DDR in und nach der Wendezeit, Lothar de Maizière.

Schließlich war Horst Kasner auch Mitglied der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK). Diese Organisation wird verschiedentlich als Tarnorganisation begriffen, die von der kommunistischen Führung in Moskau aus gesteuert worden sein soll. Mitglied derselben Organisation war wiederum Albrecht Schönherr, der seinerseits später zum Bischof ernannt wurde und den Vorsitz der Evangelischen Kirche der DDR übernahm.

Gesellschaftspolitisch fühlte sich Kasner der DDR offensichtlich recht nahe. So soll er nicht nur die Wiedervereinigung mit dem Westen Deutschlands stets abgelehnt haben, sondern auch die marktwirtschaftliche Ordnung nicht akzeptiert haben.

Merkel im Haushalt Kasner

Die Familie Kasner hatte sich auf diese Weise in der DDR klare Privilegien gesichert. Dazu zählen Auslandsreisen, die anders als anderen Staatsangehörigen ohne merkliche Probleme genehmigt worden sind. Angela Merkel ist auf diesem Wege bereits vor der Wende in die Bundesrepublik Deutschland gereist.

Augenzeugen wiederum berichten von der frühen Angela Merkel bezogen auf ihr heutiges Amt nichts Gutes. So wird eine Mitschülerin zitiert, die Merkel als damals „linientreue Marxistin“ bezeichnet. Sie habe in deren Klasse eine „führende Position“ innegehabt – allein dieses Merkmal, so es denn zutrifft, weist Merkel als linientreu aus.

Eine Studentin der gemeinsam besuchten Karl-Marx-Universität in Leipzig wiederum sieht in Merkel eine „überzeugte Kommunistin“. Es sei sogar zu unterstellen, sie habe ihre Kommilitonen in dieser politischen Ausrichtung „auf Linie bringen“ wollen oder sollen.

Eine Nachbarin erinnert sich der Erzählung zufolge, Merkel habe in der DDR die Fahne „hoch getragen“.

Tatsächlich sind diese Fragmente weder Beweis für Merkels möglicherweise anhaltende Nähe zu kommunistischen Ideologien noch sind sie politisch für die heutige Zeit besonders verwerflich. Irrtümer, politische Fehler oder andere Auffassungen gehören zum Lebenslauf. Nur: Angela Merkel soll offenbar ihre Vorliebe für die linke und an den Staat orientierte Ideologie auch in späteren Jahren nicht aufgegeben haben.

So habe sie die Dissertation nicht nur rein fachlich abgeliefert, sondern entsprechend der staatlichen Vorgaben nebst einer Arbeit über die „kommunistische Ideologie“. Dies war zwar üblich, dennoch hat Angela Merkel auch später für längere Zeit darüber nicht sprechen wollen. Aufgedeckt wurde diese Abschlussarbeit vom „Spiegel“, der wiederum Akteneinsicht verlangte. Allerdings betont der Spiegel, dass die übermäßige Nähe zum Regime sich hier nicht belegen lasse³.

Die Unterlagen weisen aus, dass sie als Physikerin die Naturwissenschaften „hervorragend“ beherrscht habe, während die „Marxistisch-leninistische Weiterbildung“ nur zu einer Beurteilung „rite“ führte, also „genügend“. Der damalige Ideologie-Professor betont seinerseits, die damalige Schulung sei wohl nicht so „ernst genommen“ worden. Auch an Angela Merkel könne er sich nicht erinnern.

Die Abschlussarbeit in der ideologischen Schulung ist indes bis heute – wohl – nicht auffindbar. Insofern sind die Aussagen auch nicht zu überprüfen. Kritiker monieren, die Kanzlerin könnte hier mit langem Arm dafür gesorgt haben, dass die Schrift nicht der Öffentlichkeit vorgestellt werde. Alles Spekulation, bleibt zu betonen. Jedenfalls hat die Kanzlerin kein eigenes Schriftstück dazu.

Ein Zeuge berichtet über jene Zeit indes, die Kanzlerin habe sogar ein „reges Interesse“ an den Inhalten des Marxismus-Leninismus an den Tag gelegt. An der „Akademie der Wissenschaften“ habe die Kanzlerin darüber hinaus zum „Leitungskreis der FDJ“ gehört, also der Organisation, die wiederum als Kaderschmiede der SED galt.

³ vgl. dazu <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkels-promotionsnoten-glaenzend-in-physik-maessig-in-der-ideologie-a-675061.html>

Innerhalb der FDJ, so die Mutmaßung, sei Merkel für die „Agitation und Propaganda“ zuständig gewesen. Oder genauer: politische Bildung sowie wiederum die Schulung der marxistisch-leninistischen Ideen. Angela Merkel hingegen behauptet, innerhalb der FDJ nur für die „Kulturarbeit“ zuständig gewesen zu sein. Sie habe sich dort um Theaterkarten bemüht.

Die Vergangenheit in der FDJ

Hier wird es interessant. Denn im Jahr 2013 wiederum erwies sich, dass die Kanzlerin durchaus ein falsches Gedächtnis an den Tag legte. Eine Biografie, hier zitiert nach einem Bericht von n-tv⁴, bringt brisantes Material hervor. Angela Merkel meinte – nach dem Empfinden von Beobachtern leicht arrogant –, sie könne sich lediglich auf ihre Erinnerung stützen. Sollte sich durch die Biografie oder durch Unterlagen **„etwas anderes ergeben, müsse man damit auch leben ...“**.

Diese Aussage wiederum kann sie sich offensichtlich nur als Kanzlerin der Republik erlauben. Andere würden hier der glatten Lüge bezichtigt. Dies sind keine minimalen Details, sondern entscheidend für das Puzzle, das der Lebensweg der Kanzlerin bietet.

Die Biografie der beiden Journalisten Günther Lachmann von der Springer-Zeitung „Welt“ sowie dem Springer-Boulevard-Blatt „Bild“ wiederum attestiert der heutigen Kanzlerin „eine gewisse Nähe (...) zum damaligen System“.

⁴ vgl. dazu <https://www.n-tv.de/politik/Nichts-verheimlicht-nicht-alles-erzaehlt-article-10631536.html>

Die Kanzlerin nimmt für sich in Anspruch, sie sei stets offen mit ihrer Vergangenheit in der DDR umgegangen und habe nie etwas verheimlicht. Ein weiterer bezeichnender Satz:

„Allerdings habe sie vielleicht manche Dinge nicht erzählt, weil sie nie jemand danach gefragt habe.“⁵

Damit meinte sie beispielsweise Tätigkeiten oder „Engagements“ beim „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und in der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“. Das mag harmlos klingen, verweist jedoch auf zahlreiche, bislang nicht thematisierte oder auch bloß vermutete Abhängigkeiten, nach denen eben niemand fragt. Der Kanzlerin wird allgemein unterstellt, dass sie besonders geschickt darin sei, Fragen in eine falsche Richtung zu lenken und von tatsächlichen Gegebenheiten abzulenken. Kombiniert mit dem Umstand, dass bestimmte Vorgänge nicht „nachgefragt wurden“, ergibt sich daraus das Bild einer heutigen Kanzlerin, die weit mehr weiß als die Öffentlichkeit.

Nun: War die Kanzlerin nun möglicherweise FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda an der „Akademie für Wissenschaften“? Auch Angela Merkel setzt sich mit dieser Frage auseinander. In der ihr eigenen Art und Weise. Denn es mache einen Unterschied, ob die FDJ mit der SED praktisch gleichgesetzt werde oder ob diese Organisation als „Raum“ betrachtet werde, „in dem man auch unpolitischere Dinge machen konnte“.

Wieder eine geschickte Ablenkung.

⁵ s. ebd.

Es bleibt unklar. Seit 1981 war Merkel in der sogenannten „Betriebsgewerkschaftsleitung“ dieses Institutes. Dieser Umstand galt bis zur Aufdeckung der beiden Biografen als unbekannt. Es steht nach Auffassung dieser Redaktion jedoch im Raum, dass diese Tätigkeit mit Abhängigkeiten vom System verbunden war. Kaum vorstellbar, dass in einer solchen Atmosphäre im Staat, der in jedem wichtigen Gremium eigene Leute platziert hatte, jemand die Leitung übernehmen kann, ohne sich dem System genähert zu haben. Unklarer Punkt – der nächste.

Schließlich untersuchen die Biografen die oben gestellte Frage, welche Aufgaben die Kanzlerin als FDJ-Funktionärin tatsächlich gehabt habe. Ein „Wegbegleiter“, den die beiden Springer-Journalisten zitieren, sieht die Sache anders.

„Angela Merkel war Sekretärin für Agitation und Propaganda“, so wird Gunter Walther zitiert. Der war „Chef der FDJ-Gruppe“ des Akademie-Instituts.

Der Schluss der beiden Biografen zu dieser Episode ist bemerkenswert: Angela Merkel sei in damaligen Jahren ebenso wie heute zum einen zielbewusst gewesen und habe sich zum anderen auch systemkonform verhalten. Sie kommen zu der Erkenntnis:

„Während ihrer Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften der DDR war sie an ihrem Institut Funktionärin, beispielsweise von 1981 an als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda (Agitprop)“. Dies bestreitet sie bis heute.

Diese Redaktion wiederum verweist darauf, dass die Behauptung bis heute nicht widerlegt ist. Angela Merkel ist demnach – so die Hypothese

- FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda gewesen und
- systemkonform bzw. auch im SED-Staat zumindest angepasst.

Fraglich erscheint hier lediglich, ob die spätere Kanzlerin auch eine Prägung erhalten hat, die sie für die kommenden Jahre – und möglicherweise bis heute – begleitet. Oder, so die eher verschwörungstheoretische Sichtweise, ob sie gar bis heute im Auftrag der damaligen Macht-Elite handelt bzw. von ähnlichen Interessen gesteuert wird.

Diese Hypothese halten wir bislang für nicht hinreichend plausibel.

Merkel in der Wendezeit

Wenn also Angela Merkel in verschiedenen Funktionen im und letztlich damit auch für den Staat tätig gewesen ist, geprägt auch von einem Vater, der gleichfalls Funktionär war, ist die Wendezeit interessant und brisant. Im Jahr 1989 vergrößerte sich in der DDR der Wille zu einer umfassenden Reform im Staate. Die heutige Kanzlerin zeigte sich Zeugenberichten zufolge auch in dem Umbruchprozess noch als loyal.

Sie sei für einen „demokratisch geprägten Sozialismus“ innerhalb einer selbstständig agierenden DDR eingetreten, so zitieren die Biografen.

„Wenn wir die DDR reformieren, dann nicht im bundesrepublikanischen Sinn“,

so die Kanzlerin noch 1989 in einem Gespräch mit Vertretern aus dem Westen, heißt es weiter. Diese Aussage ist zumindest in Bezug auf die aktuelle Situation Deutschlands in der EU und im westlichen Staatenbündnis insgesamt interessant. Denn auch hier könnte (wohlgemerkt: ein Konjunktiv) ein Schlüssel dafür liegen, dass die Kanzlerin die „bundesdeutschen Interessen“ offenbar nicht mit derselben Vehemenz verteidigt, wie sich viele Bürger dieses Landes dies wünschen.

Als weitgehend verbürgt gilt, dass sich Angela Merkel im September 1989 dem „Demokratischen Aufbruch“ anschloss (Kürzel: DA). Der soll ebenfalls einen „demokratisch geprägten Sozialismus“ innerhalb einer eigenständigen DDR präferiert haben.

Daraus wiederum ergibt sich ein Widerspruch zu den Angaben, die von der heutigen Kanzlerin selbst kommen. Sie will erst im Dezember 1989 dem DA beigetreten sein oder bei dieser Organisation mitgemacht haben.

Der Unterschied ist scheinbar klein, aber auf jeden Fall „fein“. Denn der DA hatte erst im Dezember 1989 damit begonnen, die Freiheit der DDR sozusagen weitgehend aufzugeben und die Einheit Deutschlands zu fordern. Jene Einheit, die Angela Merkel über einen längeren Zeitraum nicht wünschte.

Mit anderen Worten: **Schon bei der Darstellung der Zeit des DA versucht Angela Merkel möglicherweise, das Bild einer Politikerin oder Privatperson zu zeichnen, die an einer Einheit interessiert gewesen sei. Dies war jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht der Fall.**

Im Jahr 1990 dann wiederum fusionierte der DA mit der Ost-CDU, die ihrerseits in der West-CDU aufging. Eine Geschichte, die erst dann politisch „rund“ und lohnenswert wäre, wenn die DA-Mitgliedschaft auch den Wunsch nach einer politischen Wiedervereinigung bedeutet hätte. Dem war allerdings nicht so.

Merkel: Eine „verkappte Grüne“?

Unabhängig von dieser Episode gilt es einen weiteren Aspekt zu beleuchten.

Angela Merkel wurde nach den Angaben des Biografen Gerd Langguth wiederum von „vielen ihrer Freunde und Bekannten“ angesprochen⁶, solchen aus den 70er- und 80er-Jahren, also aus der Zeit ihrer ersten politischen Prägung. Die Kanzlerin sei aus deren Sicht wiederum überraschend CDU-Mitglied geworden. Vielmehr vermuteten die früheren Weggefährten eine ideologische Nähe zur Partei der Grünen.

Halten wir fest: Angela Merkel ist nach Meinung von Weggefährten eher überraschend CDU-Mitglied mit dem Wunsch nach Wiedervereinigung geworden. Vielmehr war sie offenbar über einen längeren Zeitraum gegen die Wiedervereinigung, zeigte sich dem SED-Regime gegenüber als vielleicht sogar willfährig und war Agitationssekretärin. Diese Behauptungen lassen auch in Bezug auf die heutige Entwicklung tief blicken.

Immerhin: Die beiden genannten Biografen gehen nicht davon aus, dass der Lebenslauf „geschönt“ würde. Vielmehr würden sie „zumindest (vermuten), dass Angela Merkels Leben in der DDR nachträglich mit der Erwartungshaltung der christlich-demokratischen Anhängerschaft in Einklang gebracht werden sollte“. Eine Auffassung, die wiederum der Vorstellung über Merkel entspricht, dass diese ausgesprochen anpassungsfähig an die jeweiligen Umstände – im Staate – ist.

Merkel wiederum sah sich zudem eigenen Angaben zufolge wohl eher als fast gezwungen, in die staatlichen Organisationen einzutreten. So sei sie aus „Gemeinschaftsgründen“ der FDJ beigetreten. Sie könne sich lediglich auf ihre Erinnerung stützen, heißt es. Wir wiederholen sie: „Wenn sich jetzt etwas anderes ergibt, kann man damit auch leben.“

Das wiederum sollten an sich andere Menschen entscheiden.

⁶ vgl. n-tv, ebd.

Der Sprecher der Regierung, wohlgerne nicht der persönliche Sprecher der Kanzlerin, Steffen Seibert, sieht keinen Anlass, an den Aussagen von Angela Merkel zu zweifeln: „Die Bundeskanzlerin hat Fragen dazu stets offen und stets auf der Basis ihrer ehrlichen Erinnerungen beantwortet.“

Auch die CDU zeigte sich in dieser Frage lange Zeit als besonders geschlossen. So hat die heutige Ministerin in der Großen Koalition, Julia Klöckner, darauf verwiesen, es sei „immer interessant, was in Wahljahren plötzlich als große Enthüllung auftaucht“ und dann doch keine Enthüllung sei. Und hinterhergeschoben: „Auch Angela Merkel war ein junger Mensch“.

Der Ministerpräsident Hessens, Volker Bouffier, zeigte sich ähnlich verständlich. Dies sei aus seiner „Sicht (...) eher sympathisch“⁷.

Allerdings lassen die Bemerkungen die Frage offen, warum Angela Merkel offenbar so beharrlich zu diesen eher dunkleren Punkten – aus Sicht der Union – in ihrer Vergangenheit geschwiegen hat oder sich bis heute beharrlich weigert, die Erinnerung ganz preiszugeben. Was sollte daran „sympathisch“ sein – allenfalls doch wohl „verständlich“?

Ein Blick zurück: Pressesprecherin im DA

Der Vorgang verdient es allerdings, noch einmal genauer beleuchtet zu werden. Der DA ist eines der Puzzleteile, die zeigen, welchen Weg die heutige Kanzlerin durch ihr politisches Leben hindurch gegangen ist. Wir erinnern daran: Einst war sie – wohl – FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda.

⁷ vgl. n-tv, ebd.

Ein Amt, für das nicht nur eine gewisse Begabung erforderlich war, sondern für das wahrscheinlich auch Schulungen durchgeführt wurden.

Hier lohnt ein möglicherweise noch weiterer Blick zurück, den Dr. Klaus Peter Krause für die „Freie Welt“ erwähnte⁸. Der nimmt ihr die Geschichte der unbedeutenden Sekretärin für Agitation und Propaganda, die sie ja ohnehin nicht sein wollte, nicht ab. Er erwähnt einen Film, der die heutige Kanzlerin im Jahr 1987 zeigt. Dies war zwei Jahre, bevor die Mauer fiel und auch bevor die Funktionärin beim DA vorstellig wurde.

Dieser Film zeigt, dass Angela Merkel gleich in der ersten Reihe einer sogenannten DDR-Jubelfeier steht. Neben Egon Krenz, dem späteren Machthaber in der SED, und Günther Schabowski. Dem Mann, der durch eine wohl unachtsame Wortäußerung für den „friedlichen“ Fall der Mauer sorgte, indem die Grenzen 1989 einfach geöffnet wurden.

Angela Merkel und die anderen schunkeln zur Musik. Sie klatschen. Es ist der 21. Juni 1987, ein FDJ-„Treff“ auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Es findet ein Konzert statt. Der Autor des hier zitierten Beitrags wiederum verweist auf den Umstand, dass dieser Film wichtig sein könne, um zu verstehen, wer Angela Merkel tatsächlich steuere. Hier wird es notwendig spekulativ. Aber interessant.

Er verweist auf den Kommentar eines Lesers auf „Focus Online“. Der Kommentar wird hier wie von Dr. Klaus Peter Krause zitiert wiedergegeben, da er zumindest ein interessantes Schlaglicht auf die Kanzlerin und ihr Wirken wirft.

⁸ vgl. <https://www.freiewelt.net/blog/wie-merkel-1987-mit-sed-groessen-feierte-10072970/>.

„Frau Göbel, Ihre Vermutung eines externen Auftrages ist so abwegig nicht. Merkels ungewöhnliches Verhalten (Vergleich Rücktritt von Willy Brandt) lässt darauf schließen, dass irgendetwas ihr den Rücken stärkt, weiterzumachen, oder, schlimmer noch, sie zwingt, im Amt zu bleiben. Aber wer könnte Druck auf Merkel ausüben? Das Internet bietet reichlich Stoff in dieser Frage. Eine kleine Auswahl: ‚Die Bilderberger‘. ‚Die Globalisierungs-Gang von Obama und Clinton‘. Der ‚Politspekulant Soros‘. ‚Eine undercover kommunistische Internationale‘. Alles nur Spekulationen und nicht sehr wahrscheinlich. Am ehesten noch könnten jene die Taktgeber der Merkel’schen Politik sein, die ihre verschwundene STASI-Akte haben und wissen, was Merkel zwischen Egon Krenz und Alexander Schalck-Golodkowski (Film von 1987 bei YouTube im Internet) in der ersten Reihe der Ehrentribüne der SED zu suchen hatte.“

Der Kommentar wurde später wieder gelöscht, so der Autor. Wir lassen dies notwendig unkommentiert so stehen, zitieren jedoch weiter aus Aussagen, die der betreffende Leser dem Autor dieses Artikels, Dr. Klaus Peter Krause, gegenüber getätigt haben soll. Der Leser ist Unternehmer. Er hatte offenbar geschäftlich mit dem sogenannten Devisenbeschaffer der DDR, mit Dr. Schalck-Golodkowski zu tun. In einer späteren Version wird diese Darstellung übrigens korrigiert. Es soll sich dann demnach um Günter Schabowski, den oben beschriebenen späteren „Grenzöffner“ der DDR-Führung gehandelt haben.

Bei dem Kontakt ging es um ungefähr 40.000 Fahrzeuge der Nationalen Volksarmee der DDR, die wegen der internationalen Abrüstungsvereinbarungen vernichtet werden sollten. Der Devisenbeschaffer wiederum habe ihm, dem Unternehmer-Leser, von Angela Merkel und deren Promotion berichtet. Auch diesen Abschnitt geben wir hier des interessanten Inhalts wegen ungeprüft, da unprüfbar, wieder⁹.

⁹ vgl. dazu <http://kpkrause.de/2017/12/07/wie-merkel-1987-mit-sed-grosen-feierte-2/#comment-200908>

„Einer meiner Mitarbeiter sprach ASG stets mit ‚Herr Dr. Schalck-Golodkowski‘ an. Das schien ihm zu missfallen, deshalb bat er mich, meinen Leuten zu sagen, sie mögen diese Anrede unterlassen. Begründung: Alle DDR-Insider wissen, was bei Offizieren, Beamten und vielen Wissenschaftlern meistens der Dr.-Titel bedeutet. Ein Zeichen, dass es sich um einen absolut linientreuen Genossen handelt mit guten Aufstiegschancen in der SED. Die STASI unterhielt bei verschiedenen Universitäten spezielle Abteilungen, in denen Promotionsschriften für Parteikader erstellt wurden. Es gab sogar Promotionskombinate (besonders bei der NVA) von bis zu zehn Offizieren, die gemeinsam eine Doktorarbeit erstellten. Die, um den Anschein zu wahren, durchgeführten Disputationen waren so organisiert, dass den Kandidaten vorher die kommenden Fragen und die richtigen Antworten zum Auswendiglernen gegeben wurden.“

Schalck-Golodkowski wollte mit dem DDR-Dokortitel nicht an-geredet werden.

Der Unternehmer weiter: „Ich fragte ASG nach dem Motiv der SED, solches zu betreiben. Er meinte, es ging einerseits darum, die Genossen bei den Bürgern aufzuwerten, zweitens um einen Anreiz, sich besonders zu bemühen, um auch Dr. zu werden, also bei der STASI/SED positiv aufzufallen, aber drittens und vor allem, die Doto-res lebenslang erpressbar zu halten. Und dann sagte er sinngemäß: ‚Auch ich habe zusammen mit ... (Name entfallen) so einen Dokortitel erhalten und mein Doktorvater war Erich Mielke, ein Mann mit Volksschulabschluss! Sie werden verstehen, dass DDR-Doktoren nicht so gerne mit ihrem Titel hausieren gehen. Es gibt in der BRD ja nun auch etliche DDR-Bürger mit Dr.-Titel dieser Art. Die neue Familienministerin ist auch eine von denen.‘ Ich habe dem damals nicht weiter Beachtung geschenkt, weil mich dieses Ressort kaum interessierte. Später fiel mir ein, wer zu dieser Zeit Familienministerin war: Angela Merkel.“

Das heißt, Angela Merkel wird hier vorgeworfen, dem Regime besonders nahe gestanden zu haben. Dies ist nicht nur die Meinung eines Bloggers, der wilden Verschwörungstheorien anhängt, sondern, wie oben dargelegt, zumindest eine Option auch nach den Texten verschiedener Biografen. Allerdings sind die Behauptungen auf diese Weise nicht zu prüfen.

Doch weiter im Text oder im Gedanken dieser Ausführungen. Der Unternehmer-Leser wiederum hält es für möglich, dass Angela Merkel dieser Vorgänge wegen erpressbar gewesen ist. Erpressbar von Wladimir Putin, der wiederum sein Wissen möglicherweise lange Zeit zurückgehalten habe, um es im rechten Augenblick einzusetzen.

Dies wiederum ist nur eine der Vermutungen, die über die Steuerungskursieren, der Frau Merkel unterliegen soll. **Mangels weiterer Belege halten wir dies für die berühmte Räuberpistole. Die Politik der Kanzlerin im Zusammenhang mit dem Bündnis zur USA widerlegt eher die Möglichkeit, nun ausgerechnet Russland gegenüber erpressbar zu sein.**

Die „Pressesprecherin“

Doch zurück zum DA. Die heutige Kanzlerin also trat ein, ob im September oder im Dezember 1989, lässt sich zweifelsfrei nicht feststellen. Mutmaßlich aber tatsächlich im September, also ohne das Bekenntnis des DA zur Wiedervereinigung.

Angela Merkel schaffte es, Pressesprecherin zu werden. Von Wolfgang Schnur, dem damaligen Vorsitzenden, der später als Stasi-Agent enttarnt wurde. Jener Wolfgang Schnur hat in Zeiten der vormaligen DDR wiederum mit dem Vater von Angela Merkel, mit Horst Kasner, zusammengearbeitet. Die guten Kontakte der Merkel-Familie zu Schnur haben sich also offenbar ausgezahlt.

18. März 1990: Die große Wende – Volkskammerwahlen in der DDR

Am 18. März 1990 dann fanden die Volkskammerwahlen in der DDR statt. Die CDU gewann. Angela Merkel „wendet sich“, wie es heißt, der Union zu. Sie wird in der neu gewählten Regierung unter Lothar de Maizière Pressesprecherin. Jener Mann, der Sohn des vormaligen „Freundes“ ihres Vaters war.

Und hier beginnt dann ihre Geschichte in der neuen Bundesrepublik. Eine Geschichte, die den meisten von uns deutlich besser bekannt ist.

Der Schnelldurchlauf

Angela Merkel hat einen bemerkenswerten Lebenslauf, der einiges davon enthält, was von der heutigen Kanzlerin noch zu erwarten ist. Daher zunächst einmal im Kurzurückblick inklusive der Jahre in der früheren DDR.

Am 17. Juli 1954 wurde die Kanzlerin in Hamburg geboren. Noch 1954 geht ihr Vater mit der Familie nach Ostdeutschland, um dort eine Pfarrei zu übernehmen.

1973 macht Angela Merkel das Abitur in Templin.

1978 legt Merkel ihr Physik-Examen an der Universität in Leipzig ab.

1980 wird sie Mitarbeiterin der Ostberliner Akademie der Wissenschaften.

1986 promoviert sie in ihrem Fach.

... Fortsetzung Seite 24

1989 fällt in der damaligen DDR die Mauer, im September oder Dezember 1989 tritt Merkel dem „Demokratischen Aufbruch“ bei, dem DA.

1990, April: Angela Merkel wird Vizeregierungssprecherin unter der Regierung von Lothar de Maizière.

1990, August: Angela Merkel wird CDU-Mitglied.

1990, Dezember: Angela Merkel erhält ein Direktmandat im Zuge der Bundestagswahl. Der Wahlkreis: Stralsund-Rügen-Grimmen. Dr. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler.

1991, Januar: Angela Merkel wird zur Ministerin ernannt. Das Ressort: Frauen und Jugend in der neuen Regierung von Dr. Helmut Kohl.

1991, Dezember: Angela Merkel wird stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU.

1993, Juni: Angela Merkel erhält den Landesvorsitz der CDU im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

1998, September: Gerhard Schröder löst mit der SPD und den Grünen den bisherigen Kanzler Dr. Helmut Kohl ab und gewinnt die Bundestagswahl.

1998, November: Dr. Helmut Kohl in der Krise. Dr. Wolfgang Schäuble wird neuer Bundesvorsitzender der CDU. Angela Merkel wird Generalsekretärin der CDU.

... Fortsetzung Seite 25

1998, Dezember: Angela Merkel schreibt einen bemerkenswerten und vielbeachteten Brief in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Darin fordert sie die CDU auf, sich vom „neuen“ Ehrenvorsitzenden Dr. Helmut Kohl gleich wieder zu lösen. Der Artikel wiederum bringt Dr. Kohl gegen Dr. Schäuble in Stellung, der als Drahtzieher vermutet wird.

2000, Februar: Dr. Schäuble gibt im Zuge der Spendenaffäre bekannt, er werde nicht mehr als Parteivorsitzender kandidieren. Der Weg für Angela Merkel ist frei.

2000, April: Angela Merkel wird Bundesvorsitzende der CDU.

2002, Januar: Dr. Edmund Stoiber wird Kandidat der gesamten Union für die Bundestagswahl und erster Herausforderer des Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Angela Merkel verzichtet in aller Öffentlichkeit auf die Kandidatur.

2002, September: Rot-Grün und damit Gerhard Schröder gewinnen die Wahl. Dr. Stoiber verliert und ist damit faktisch abgehängt.

2002, September: Angela Merkel drängt Friedrich Merz als Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag aus dem Amt. Volker Kauder wird der neue Mann für die Zusammenarbeit mit der Parteichefin (bis zum Jahr 2018).

2005, September: Gerhard Schröder hatte im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage gestellt. Die Neuwahlen gewinnt die Union mit der Spitzenkandidatin Angela Merkel knapp. Gerhard Schröder kokettiert kurz damit, die SPD würde niemals mit der Union koalieren. Merkel, angeschlagen, hält dagegen und verhandelt mit der SPD.

... Fortsetzung Seite 26

2005, November: Die GroKo ist zustande gekommen. Der Deutsche Bundestag wählt Angela Merkel zur neuen Kanzlerin, getragen von CDU/CSU und SPD.

2008, Sommer: Die große Finanzkrise erreicht Deutschland und sorgt für Unruhe. In den USA platzt die Immobilienblase und zieht massive Bankenpleiten in den USA und schließlich auch in Europa nach sich.

2008, September: Angela Merkel und ihr Finanzminister Peer Steinbrück erklären, Deutschlands Sparer müssten sich keine Sorgen machen. Der Staat stehe für die Konten gerade. Wie sich später herausstellt, war dies eine schlicht falsche Aussage. Sie diente zur Beruhigung der Bevölkerung. Der Trick gelang.

2009, Oktober: Angela Merkel gewinnt die nächste Bundestagswahl. Konkurrent der Kanzlerin war der bisherige Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Nun bietet sich eine Koalition mit der FDP an. Die Koalition kommt zügig zustande, im Oktober wird sie im Bundestag zur Kanzlerin gewählt.

2011, März: Die Bundesregierung schafft die Wehrpflicht in Deutschland ab.

2011, Juni: Nach dem Reaktorunglück von Fukushima beschließt die Bundesregierung eine Energiewende. Dabei soll es schrittweise zum Ausstieg aus der Atomkraft kommen.

... Fortsetzung Seite 27

2013, September: Erneut gewinnt die Union die Bundestagswahlen. Die FDP fliegt aus dem Bundestag, Angela Merkel muss sich einen neuen Koalitionspartner suchen. Die wird wieder die SPD, deren Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sich allerdings aus der Politik verabschiedet. Die SPD wird fortan in der Koalition von Sigmar Gabriel geführt.

2015, September: Die Flüchtlingskrise nimmt ihren Anfang. Angela Merkel öffnet die Grenzen für Flüchtlinge, die vormals lange an der österreichisch-ungarischen Grenze gewartet haben. Sie ist der Meinung „Wir schaffen das“.

2017, September: Erneut gewinnt Angela Merkel die Bundestagswahlen. Die Koalitionsfrage ist schwierig, da die SPD unter dem Spitzenkandidaten Martin Schulz nicht an der Regierung teilnehmen möchte. Langwierige Verhandlungen der „Jamaika-Koalition“ folgen, Union, FDP und Grüne finden am Ende nicht zusammen.

2018, Anfang: Angela Merkel schafft es mithilfe des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, die SPD in die Verhandlungen zur Regierungsbildung zu holen.

2018, April: Die neue GroKo mit Merkel und dem Vizekanzler Olaf Scholz von der SPD an der Spitze steht.

2018, Sommer: Die erste Krise um die CDU/CSU spitzt sich an der Frage der Grenzöffnung/ schließung zu Österreich zu. Die Kanzlerin wehrt das drohende Auseinanderfallen der GroKo durch die CSU ab.

2018, Herbst: Die nächsten Problemfälle für die Kanzlerin: Dieselfahrzeugverbote in Deutschland sind umstritten, eine Affäre um den Verfassungsschutz-Präsidenten Maaßen droht die GroKo platzen zu lassen, die Umfragewerte sinken weiter. ... Fortsetzung Seite 28

2018, Ende Oktober: Die Wahlen in Bayern und in Hessen sind verloren. Die Kanzlerin scheint am Ende zu sein. Sie überlegt 12 Stunden – und gibt dann bekannt, dass sie den Parteivorsitz im Dezember 2018 abgeben wird. Gleichzeitig gibt sie bekannt, dass sie Kanzlerin in Deutschland bleiben möchte, bis die Legislaturperiode vorbei ist.

Merkeln für Anfänger: Der Schnelldurchlauf – wie die Konkurrenz ausgeschaltet wurde

Es fällt auf, dass die Wenigsten sich noch daran erinnern können, wie Angela Merkel im Westen nach oben kam. Sie hatte unscheinbar angefangen, als „Kleine“ bei Dr. Helmut Kohl, so weit trägt die Erinnerung noch. Doch viel mehr ist nicht bekannt.

Im Schnelldurchlauf erinnern wir uns ganz kurz: Schon im Jahr 2000 übernahm Angela Merkel in der Union das Ruder. Sie wurde Vorsitzende, die überhaupt erste Frau, der dies gelang. Sie war lediglich 45 Jahre alt und damit auch noch relativ jung. Sie hatte keine Hausmacht innerhalb der Union und kam aus dem Osten. Also politisch und hinsichtlich der Macht betrachtet aus dem Nichts.

Angela Merkel wurde 2005 deutsche Kanzlerin, nachdem sie gleich im ersten Anlauf Gerhard Schröder bezwang. Der hatte die Vertrauensfrage im Bundestag gestellt, weil er die SPD (wieder) hinter sich bringen wollte. Vorher hatte er sich noch in Russland um Beratungs- und Aufsichtsratsmandate bei Energieunternehmen beworben und Zusagen erhalten. Das erfuhren wir alle jedoch erst im Nachhinein.

Merkel gewann die Wahl und konnte zusammen mit einer dann fügsamen SPD unter deren neuem Vorsitz die erste GroKo anführen. Gerhard Schröder hatte noch angemerkt, „Sie kann es nicht“. Sie kann es schon fast so lange wie Dr. Kohl, es fehlen nur noch drei Jahre. Schröder ist fast schon um 100 % überholt worden, was seine Amtszeit betrifft.

Angela Merkel hinterließ bei ihrem Durchmarsch durch die Institutionen der CDU auf vielen Schlachtfeldern spektakulär gescheiterte Widersacher. Sie entmachtete nicht nur Dr. Helmut Kohl, der sich von 1998 und seiner Wahlniederlage bei der Bundestagswahl gegen Gerhard Schröder nicht mehr erholen sollte. Kohl ging in den Folgejahren in der sogenannten „Schwarzgeldaffäre“ unter. Dr. Merkel übernahm und distanzierte sich gleich von ihrem Vorgänger und sogenannten Ziehvater.

Schäuble verliert auch

Im Kampf um die Nachfolge von Kohl stach sie sogleich Dr. Wolfgang Schäuble aus, der eigentlich als Kronprinz vorgesehen war. Schäuble hatte Kohl stets treu gedient, unter anderem auch als Kanzleramtsminister. Schäuble stolperte in der Spendenaffäre über einen Geldkoffer, dessen Herkunft ungeklärt war und den er angeblich nicht annahm.

Die Merkel-Abschussliste

Neben Schäuble kamen weitere männliche Konkurrenten unter die Räder. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit die Namen:

1. FRIEDRICH MERZ



Quelle: 360b / Shutterstock.com

Seines Zeichens der Hoffnungsträger der NRW-CDU. Der Mann, der forderte, die Steuererklärung müsse auf dem Bierdeckel gemacht werden können. Heute ist Merz unter anderem für den Vermögensverwalter „BlackRock“ tätig. Dies ist die größte Kapitalsammelstelle der Welt, die sich „Vermögensverwalter“ nennt. BlackRock berät Regierungen, organisiert deren Schuldenaufnahme am Anleihenmarkt und leitet Milliarden Gelder von Kunden entweder in solche oder in andere Papiere. Merz war also kein unbedeutender Provinzpolitiker. Ende 2018 kämpft(e) er wieder um die Macht.

2. EDMUND STOIBER



Quelle: 360b / Shutterstock.com

Stoiber war Vorsitzender der CSU in Bayern und Ministerpräsident. Dann griff er zur Kanzlerkandidatur – gegen Angela Merkel. Dr. Stoiber verlor ganz knapp gegen Schröder -und verlor relativ schnell auch in der CSU jede Unterstützung. Die Kanzlerin ermöglichte Dr. Stoiber noch eine Funktion in der EU. Um Dr. Stoiber ist es in Deutschland relativ ruhig geworden.

3. ROLAND KOCH



Quelle: 360b / Shutterstock.com

Der Hoffnungsträger aus Hessen war mal Ministerpräsident des Bundeslandes. Er galt als möglicher Kanzlerkandidat. Koch überstand zunächst massive Attacken im Zusammenhang mit der Schwarzgeldaffäre. Eines Tages jedoch konnte sich der Rhetoriker mit sehr guten Chancen innerhalb der CDU nicht mehr halten, zu groß wurde der innerparteilich entfachte Druck. Koch ging daraufhin in die Wirtschaft, zu Bilfinger. Als Vorstandsvorsitzender wurde er eines Tages einfach gefeuert. In der Politik bekam und bekommt er keinen „Fuß mehr auf den Boden“.

4. CHRISTIAN WULFF



Quelle: Markus Wissmann /
Shutterstock.com

Der Bundespräsident. Mehrfach gescheitert bei Landtagswahlen in Niedersachsen. Dann wurde er schließlich gegen Sigmar Gabriel doch noch Ministerpräsident, ohne am Ziel seiner politischen Träume angekommen zu sein. Er schaffte den Durchbruch und wurde durch Merkels Gnaden Deutscher Bundespräsident. Und stolperte über scheinbare Nichtigkeiten, Kleingeschenke, die sich in seinem Umfeld ansammelten. Er galt als quasi-käuflich und war als Nachfolger oder Konkurrent für Merkel nicht mehr tragbar. Und schon verschwand der Konkurrent so leise, wie er an sich durch die Vordertür gekommen war.

5. OLE VON BEUST



Quelle: 360b / Shutterstock.com

Ole von Beust schaffte es zwischenzeitlich sogar, Bürgermeister der Stadt Hamburg zu werden – die gleichzeitig ein Bundesland ist. Die CDU ist üblicherweise in Hamburg in der Opposition und konnte zunächst mit der sogenannten „Stattpartei“ an die Macht gelangen. Deren Vorsitzender Schill jedoch entpuppte sich als schrille Persönlichkeit, der für eine langjährige Machtausübung an der Seite der Union nicht mehr infrage kam. Von Beust rettete sich in andere Bündnisse und galt durchaus als möglicher Kandidat für höhere Aufgaben. Am Ende scheiterte er und verließ die Politik. Ein – wenn auch kleiner – Gegenkandidat für Merkel weniger.

6. VON GUTTENBERG



Quelle: 360b / Shutterstock.com

Der Verteidigungsminister. Dem wiesen Wissenschaftler und Literaturforscher nach, dass er bei seiner Dissertation plagiiert hatte. Dies hätte keine besondere Problematik werden müssen. Der Verteidigungsminister entschuldigte sich und fand bereits erste Zusprüche. Dennoch verabschiedete er sich „auf Zeit“ von der Politik und ging in die USA. Der einstige Hoffnungsträger der CSU wartet möglicherweise noch immer auf die Chance, durch die Vordertür zurückzukommen, um zumindest die CSU wieder zu erneuern. Auf Bundesebene wird er kein Konkurrent mehr für Angela Merkel.

Diese kleine Auslese verdeutlicht, wie sehr die Kanzlerin einen männlichen (Schein)Konkurrenten nach dem anderen aus dem Wege räumte oder diesen zumindest nicht deckte, als es erforderlich gewesen wäre.

Von der Leyen und Co. um Merkel herum

Stattdessen versammelte Merkel gleich mehrere Vertraute um sich. Dies ist ihre Bürochefin Beate Baumann, ihre frühere Pressesprecherin und Medienberaterin Eva Christiansen, die später ebenfalls über eine Plagiatsaffäre gestolperte Annette Schavan, die Karriere hätte machen können. Schließlich gehört auch Ursula von der Leyen zu diesem Kreis, ebenso wie die neue Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer.



Quelle: VanderWolf Images /
Shutterstock.com

Dabei unterscheidet Merkel offensichtlich nicht zwischen den Geschlechtern. Denn Ursula von der Leyen soll dem Gerücht nach ohnehin bald scheitern, da sie als Verteidigungsministerin die Bundeswehr nicht hinreichend bewaffnet. Merkel lässt sie derweil noch politisch überleben. Wenn von der Leyen Glück hat, darf sie im Jahr 2019 vielleicht als Generalsekretärin zur Nato übersiedeln. Von der Leyen war bereits zu mächtig und zu ehrgeizig geworden. Vielleicht hat sie sich bei der Kanzlerin damit als Konkurrentin präsentiert, die es wegzubeißen gilt.

Bleibt Kramp-Karrenbauer. Lange wurde die neue Generalsekretärin nicht richtig wahrgenommen. In einer Eröffnungsrede lobte Angela Merkel die frühere saarländische Ministerpräsidentin. Sie sei die erste Generalsekretärin der Union. Dies aber war Angela Merkel schon selbst.



Quelle: Foto-berlin.net /
Shutterstock.com

Angesprochen auf dieses – offenbar für Merkel angesichts der Erinnerungslücken zunächst überraschendes – Detail ihrer eigenen Biografie hatte Merkel nur ein Lächeln übrig. Sie hatte vergessen, dass sie selbst diese Position als erste Frau bekleidet hatte. Insofern wird deutlich, wie ernst sie die neue Rolle von Kramp-Karrenbauer nimmt.

Einige dieser Kandidaten kehren jetzt auf die offene Bühne zurück. Doch das ist Gegenstand eines anderen Abschnitts. Sehen wir uns die jüngsten „Skandale“ ausschnittsweise an ...

Was Merkel in den vergangenen Jahren – ihren letzten als Verantwortungsträgerin – alles geschafft hat ...

... haben wir in einigen Beiträgen bereits dargelegt. Wir rufen uns die Beiträge und die Geschichten in Erinnerung. Es ist spannend genug ...

Merkel führt Deutschland in den Abgrund

<https://www.watergate.tv/target2-deutschland-sitzt-auf-einer-finanziellen-zeitbombe/>

Ein Glanzstück der Merkel'schen Politik: Die Bundesbank verschuldet uns in der EU Tag für Tag über die Target-2-Salden, die kein Mensch kennt. Frau Merkel wahrscheinlich auch nicht ...

„Target ist ein technisches System zur Abwicklung von Zahlungen im Euroraum. Deutschland hat inzwischen fast eine Billion Euro zu viel eingezahlt. Und dass das Guthaben jemals wieder zurückgezahlt wird, ist unwahrscheinlich. Dadurch sitzt Deutschland auf einer finanziellen Zeitbombe.

Die deutschen Politiker setzen damit leichtfertig das Geld der Bundesbürger aufs Spiel. Denn das Geld der Deutschen Bundesbank gehört letztlich den deutschen Bürgern. Faktisch sind die Target-Forderungen wertlos, da sie wohl niemals ausgeglichen werden. Tatsächlich ist das Geld das Vermögen der Bürger, das Ländern geliehen wurde, um deutsche Exporte, Kredite und Dienstleistungen zu finanzieren.

Der Mainstream spielt diese Tatsache herunter. Das Geld sei nicht verloren. Es handle sich um rein virtuelle Forderungen, deshalb sei alles halb so wild, lautet die Argumentation. Die Verbindlichkeiten anderer Notenbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank sprechen jedoch eine andere Sprache: Was hier über die letzten sechs Jahre geschehen ist, ist volkswirtschaftliche Schadensmaximierung.“

Mercosur Freihandelsabkommen: EU macht den Weg frei für Billigfleisch in Massen

<https://www.watergate.tv/mercosur-freihandelsabkommen-eu-macht-den-weg-frei-fuer-billigfleisch-in-massen/>

Freihandelsabkommen liegen Frau Merkel besonders am Herzen. TTIP ist gescheitert. Jetzt machte sie beim Handelsabkommen Mercosur in der Öffentlichkeit nicht mehr ganz so weit vorne mit. „Glückwunsch“.

„Das Freihandelsabkommen Mercosur zwischen der EU, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Argentinien steht kurz vor dem Abschluss. Mit ihm werden Massen an billigem Hormonfleisch nach Europa kommen. Die Öffentlichkeit erfährt davon wieder einmal nichts. Für die EU ist der Zeitpunkt günstig, denn die USA haben sich derzeit von Freihandelsabkommen mit der EU zurückgezogen.“

Der Mercosur-Handelsvertrag soll Agrarimporte nach Europa massiv steigern. Gegen die geplanten Importe von Agrarprodukten aus Südamerika ist allerdings mit einem Sturm der europäischen Landwirte zu rechnen. Denn mit den billigeren Monokulturen aus Südamerika können diese kaum konkurrieren. Viele müssten ihren Betrieb schließen. Statt Fleisch vom Bauernhof aus der Region gäbe es mehr Ware von der globalen Agrarindustrie. Dagegen könnten nur industrielle Betriebe mit Massentierhaltung bestehen.“

Niederlande weist Merkel in die Schranken: gemeinsames Eurozonen-Budget Unsinn

<https://www.watergate.tv/niederlande-weist-merkel-die-schranken-gemeinsames-euro-zonen-budget-unsinn/>

Frau Merkel schenkt anderen unser Geld. Jedenfalls soll die EU einen gemeinsamen Haushalt bekommen, der deutlich voluminöser ist als bislang. Dann entscheiden andere über unser Geld. Vielen Dank, Frau Merkel.

„Merkel und Macron basteln an der neuen EU. Daran, dass wir alle gemeinsam haften für die Banken. Und daran, dass wir gemeinsam verteidigen – und schließlich auch gemeinsam ein Haushaltsbudget aufstellen, aus dem die EU dann ihre Gelder verteidigen können. Der Finanzminister der Niederlande, Wopke Hoekstra, hat nun ausgerechnet im deutschen Staatsfernsehen beim ZDF dem ganzen Inhalt geboten.

Die EU von Merkel und Macron allerdings möchte unter anderem ein Budget für die Eurozone erstellen. Dies solle ab dem Jahr 2021 geschehen, heißt es. Das Budget selbst umfasst demnach zumindest 20 bis sogar 25 Milliarden Euro. Grundlage der Berechnung sei allerdings die Wirtschaftsleistung der betreffenden Länder: 0,2 % bis 0,5 % des jährlichen BIP, des Bruttoinlandsproduktes.

Der niederländische Finanzminister wiederum geht davon aus, dass die gemeinsame Zone die Gefahr dafür darstelle, eine gemeinsame Transferunion zu erstellen. Der Mechanismus wäre recht einfach: Wenn Deutschland Summe x einzahlt und die EU über die Verwendung befindet, profitieren davon auch andere Länder (ob gewollt oder nicht, sei dahingestellt).“

Nationales Recht ausgeschaltet: Migrationspolitik soll künftig auf EU-Ebene geregelt werden

<https://www.watergate.tv/nationales-recht-ausgeschaltet-migrationspolitik-soll-kuenftig-auf-eu-ebene-geregelt-werden/>

Ein Glanzstück der Merkel-Ära: 2015 und die Grenzöffnung. Damit das nicht mehr so passiert, soll künftig die EU zusammen für alle regeln. Dann hat Frau Merkel nicht mehr die alleinige Last der Entscheidungen auf ihren Schultern. Herzlichen Glückwunsch, Frau Merkel.

„Trotz Merkels umstrittener Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, steht EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker weiter zu der Kanzlerin. Denn sein Ziel ist es, die Regelung für die Asyl- und Migrationspolitik künftig nach Brüssel zu verlagern. Und dennoch: In der Union schwindet Merkels Macht, beim Volk ist sie inzwischen unerwünscht. Ihr nahendes Ende erinnert immer mehr an die letzten Tage Kohls.“

Bislang haben die Nationalstaaten ihre Asylpolitik selbst geregelt. Juncker und Merkel wollen die Regelung des Asylrechts aber nach Brüssel holen. Nationales Recht ist dann nicht mehr gültig, wenn ein Rechtsgebiet durch eine EU-Verordnung geregelt wird. Die Nationalstaaten haben dann keinerlei Befugnisse mehr, eigene Regelungen in der Migrationspolitik zu treffen. Die nationalen Parlamente werden komplett ausgehebelt.“

Flüchtlingsbürgen sollen jetzt Rechnungen von Sozialämtern bezahlen

<https://www.watergate.tv/fluechtlingsbuergen-sollen-jetzt-rechnungen-von-sozial-aemtern-bezahlen/>

Frau Merkel hat „geholfen“. Andere haben auch geholfen, müssen jetzt aber dafür zahlen. Danke, Frau Kanzlerin.

„Eigentlich war es abzusehen. Die Gutmenschen, die sich zu Beginn der Flüchtlingskrise freiwillig als Bürgen für ebendiese zur Verfügung gestellt haben, dürften jetzt ein böses Erwachen erleben. Denn Jobcenter und Sozialämter wollen jetzt rückwirkend die Lebenshaltungskosten von sogenannten Flüchtlingen erstattet bekommen.

Sie hätten ihre Verpflichtungserklärungen zur Flüchtlingsbürgerschaft zu einem Zeitpunkt abgegeben, als die politische Lage noch eine andere gewesen sei. Gemeint ist damit die Willkommenskultur der Gutmenschen, die mit ihrem „Welcome Refugees“ das Bild der „guten Deutschen“ in den Medien im Herbst 2015 maßgeblich geprägt haben. Dass genau diese jetzt zu Zahlungen aufgefordert werden, ist wenig verwunderlich.“

Aufgedeckt: JEFTA-Abkommen – EU macht Wasser zur Handelsware

<https://www.watergate.tv/aufgedeckt-jefta-abkommen-eu-macht-wasser-zur-handelsware/>

Wasser war mal Menschenrecht. Jetzt ist es Marktgut. Die EU möchte das so. Und Frau Merkel auch.

„Wasserprivatisierung zählt zu den schlimmsten Verfahren, um die Menschheit verarmen zu lassen. Das jedenfalls hat diese Redaktion mit Berichten über die Aktionen der Schweizer Nestlé mehrfach aufgezeigt. Zahlreiche Reaktionen unserer Leser wiederum belegen, dass sie dies ähnlich sehen. Nun droht ein neues Drama: Hinter verschlossenen Türen verschenkt die EU möglicherweise öffentliche Wasserrechte ... Allein die deutsche Wasserwirtschaft schlägt jetzt erneut Alarm. Achtung.

Es ist Bundeskanzlerin Merkel zu verdanken, dass JEFTA das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Weil Trump TTIP auf Eis legte, vereinbarte Deutschland alternative Partnerschaften. 2017 konnten einige Dokumente geleakt werden und so Einblick in das seit 2013 völlig geheim verhandelte Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Japan gewähren. Die Dokumente zeigten, dass es sich dabei in weiten Teilen um einen TTIP-Zwilling handelt.“

BAMF-Skandal – Vertuschung von „ganz oben“ angeordnet?

<https://www.watergate.tv/bamf-skandal-vertuschung-von-ganz-oben-angeordnet/>

Der große Skandal: Das Bamf hat einfach Anträge durchgewunken. Frau Merkel wusste von den Problemen schon 2013. Jetzt weiß sie nichts mehr.

„Der ehemalige Chef des Bamf, Jürgen Weise, sprach ganz deutlich aus, ‚welchen Posten das Bamf für die Bundeskanzlerin übernehmen sollte‘. So sollte das Bundesamt für Migration dafür sorgen, dass die Flüchtlingskrise bei der Bundestagswahl für Angela Merkel kein Problem mehr darstelle. Interne Schreiben bestätigten dies: ‚Man habe es nicht zulassen dürfen, ins Wahljahr mit Bildern von Zuständen zu gehen, die nach Überflutung, Unordnung und fehlender Rechtmäßigkeit aussehen‘, sagte Weise gegenüber dem ‚Spiegel‘.

Der Auftrag der Kanzlerin habe ganz klar gelautet: ‚Weise, stellen Sie das ab, die unendlichen Wartezeiten und die schlimmen Bilder‘. Die Bilder des Kontrollverlusts hätten sich im Bundestagswahlkampf 2017 auf keinen Fall wiederholen dürfen.

Noch vor der Wahl sollte die Bevölkerung davon überzeugt werden, dass die Kanzlerin die Flüchtlingskrise voll im Griff hat.“ Deshalb sind Macrons EU-Pläne und Merkels Zugeständnisse so gefährlich.

<https://www.watergate.tv/deshalb-sind-macrons-eu-plaene-und-merkels-zugestaendnisse-so-gefaehrlich/>

Merkel und Macron: Eine unheimliche Freundschaft zu unseren Lasten

„Merkel hatte sich Zeit genommen, ihre Vision über die Zukunft Europas darzustellen. Anders als Frankreichs Präsident Macron ist Merkel gewohnt zurückhaltender. Doch ihre Zugeständnisse an Macrons EU-Pläne bergen große Gefahren für Deutschland. Ihre Ankündigung neuer Finanztöpfe für die Europäische Währungsunion geht vielen Kritikern zu weit.

Wenn Merkel jedoch politisch weiterbestehen will, muss sie einen Spagat hinlegen. Zwischen Berlin, Brüssel und Paris. Denn die Positionen liegen weit auseinander. Ob sie den hinbekommt, ist fraglich. Denn die roten Linien einflussreicher Teile ihrer eigenen CDU-Bundestagsfraktionen sind schnell überschritten. Auch der CDU-Wirtschaftsrat, der mit den EU-Reformen einen Einstieg in eine Transferunion sieht, hatte bereits eindringlich vor den Plänen gewarnt.“

UNGLAUBLICH: Britischer Finanzexperte – Merkel hat Europa zugrunde gerichtet

<https://www.watergate.tv/unglaublich-britischer-finanzexperte-merkel-hat-europa-zugrunde-gerichtet/>

Die Briten wissen es: Mit Geld hatte Frau Merkel bislang ihre Schwierigkeiten. Die EU ist wirtschaftlich am Rande. Wenig eindrucksvoll, Frau Merkel.

„Der britische Finanzjournalist Matthew Lynn schrieb einen Kommentar über Kanzlerin Merkel auf der britischen Nachrichtenseite ‚The Telegraph‘. Darin geht er scharf gegen die Kanzlerin vor. Merkel habe Europa zugrunde gerichtet und deshalb müsse sie ‚schnellstmöglich verschwinden‘.

Deutschland habe in der Nachkriegszeit ausschließlich kluge Köpfe an der Macht gehabt, ‚bis Merkel kam‘, schrieb Lynn. Europas Wirtschaft ginge es besser, wenn sie weg wäre. Die Ergebnisse der Landtagswahlen hätten gezeigt, dass auch die Deutschen das verstanden hätten. Merkels Stunde habe nun definitiv geschlagen. Für Deutschland und Europa würde Merkels Verschwinden keinen Verlust bedeuten. Im Gegenteil, es könne ohne sie gar nicht schlechter werden, meinte Lynn.

Als Grundlage für seine These zieht Lynn zwar auch die Flüchtlingskrise heran, doch vor allem die wirtschaftlichen Fehlentscheidungen Merkels. So habe sie durch ihre Politik die Eurokrise kontinuierlich verschlimmert. Griechenland stecke noch immer in einer desaströsen Wirtschafts- und Soziallage und die EZB versuche seit Jahren erfolglos, das Land aus der Deflation zu ziehen.“

Die Liste der „Verfehlungen“ ist lang. Offenbar jedoch hat sie die Einflussmöglichkeiten auf die künftige Entwicklung verloren. Deshalb wurde sie jetzt nach und nach demontiert. Scheinbar. Denn möglicherweise hat sie das Heft des Handelns auch noch in der Hand behalten. So gut es geht.

Dazu ein Beitrag, den wir exakt auf dieses Szenario hin verfasst haben.

MERKEL lässt sich nicht demontieren

Jeder spricht von Merkels Rücktritt und Rückzug. Doch nicht mehr als Kandidatin für den Parteivorsitz antreten zu wollen, ist kein Rücktritt. Verzicht auf Kandidatur ist nicht dasselbe wie Verantwortung tragen. Es ist die Absicht, keine neue Verantwortung zu übernehmen, schreibt Roger Letsch in einem Kommentar auf „unbesorgt.de“. Merkel habe den Triumph, sie zu demontieren und für ihre Fehler zur Verantwortung gezogen zu werden, ihrem potenziellen Nachfolger nicht gegönnt. Merkel nutzte die Pressekonferenz mit Bouffier dafür, sich selbst in Szene zu setzen. Schon da deutete Merkel an, mit der Tagespolitik nur noch wenig zu schaffen haben zu wollen. Damit hat Merkel auf ihrem Schachbrett einen weiteren geschickten Zug gemacht. Als Kanzlerin kann sie weiterhin die Fäden im Hintergrund ziehen, hat jedoch offiziell keine Macht mehr als Parteichefin. Merkel ist ihren Gegnern immer einen Schritt voraus.

Der Demontage im Dezember, die unausweichlich gewesen wäre, wollte sich Merkel nicht aussetzen. Als nicht mehr amtierende Parteichefin entzieht sie sich der Verantwortung für ihre Politik und überlässt das Schlachtfeld um den Parteivorsitz den Hyänen, die nicht schnell genug in den Ring springen konnten. Stattdessen will Merkel die drei Jahre lieber dafür nutzen, sich ein Denkmal und das passende Bild für die Geschichtsbücher zu erschaffen, ihr Image aufzupolieren, im Ausland zu punkten, dem Streit um ihr Erbe zuzusehen und ihre Aufgabe zu Ende bringen.

Das Ziel, Merkels fünfte Amtszeit zu verhindern, mag erreicht sein. Doch Deutschland nützt dies wenig. Zu viel hat Merkel zerstört. Nicht nur Deutschland ist zutiefst gespalten, sondern auch Europa. Die Eurozone steht kurz vor dem Zusammenbruch und der deutsche Sozialstaat ist am Boden.

Der einstige Wohlstand der Deutschen ist dahin und die hart erarbeiteten Steuermilliarden wurden in schwarze Löcher Namens Griechenland, Portugal, Spanien und Italien geschmissen. Merkel ist noch nicht weg und drei Jahre können sehr lange sein. Die Chance, Merkel durch ein Misstrauensvotum endgültig aus dem Verkehr zu ziehen und damit endlich den Weg für einen Neuanfang zu machen, hat die CDU jetzt vertan.

Merkel ist zwar keine CDU-Parteichefin mehr. Doch das macht nichts. Als Kanzlerin hat sie durchaus noch die Macht, für Deutschland und Europa noch weitreichende Entscheidungen zu treffen, wie etwa im Dezember den „Global Compact on Migration“ in Marrakesch zu unterzeichnen. Die Folgen ihrer Politik dürfte Merkel mit ihrem geschätzten Vermögen von 3,5 Millionen Euro wohl kaum spüren. Für alle Fälle hat sie ja auch noch ihr Anwesen in Paraguay.

2. DAS GEGENSZENARIO – DER ABSTURZ IN DER UNION

Angela Merkel wird dennoch ihren Parteivorsitz verlieren. Selbst gewählt oder abgewählt – die Hessenwahl hat der Kanzlerin den Garaus gemacht. Die Geschichte zeigt, dass damit der Weg in den politischen Abgrund bevorsteht. Denn denselben Weg hatte auch Gerhard Schröder gewählt. Angela Merkel wird nach ihren eigenen Aussagen den Nachfolger nicht mehr bestimmen können. Die „Welt“ erinnerte daran, was sie vor einigen Tagen selbst dazu sagte:

„... Für die CDU ist das sehr schlechte Abschneiden ihres Ministerpräsidenten Volker Bouffier schmerzlich. Doch die Verluste werden ihm nicht angelastet. Sie gehen nach fast einhelliger Meinung auf das Konto der Regierung in Berlin und damit vor allem auf das der Kanzlerin. Diese Interpretation hatte Bouffier selbst schon vor der Wahl gewagt, sie wurde von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, ja sogar von Merkel selbst bereits sekundiert.

Sie trugen damit ihren Teil zu einer beginnenden Nachfolgedebatte bei. Nach einer gefühlten Ewigkeit hat die CDU vor Hessen wieder begonnen, deutlich vernehmbar über die Zeit nach der Vorsitzenden Merkel nachzudenken und zu reden. Das war bei aller Beklemmung, die einige dabei empfanden, für viele eine Art Befreiung.

Die CDU-Anhänger werden ein Signal verlangen, wie es nach Merkel weitergehen soll. Dieses Signal kann sicher nicht allein darin bestehen, die blasse Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz oder den Verlierer der Niedersachsen-Wahl von 2017, Bernd Althusmann, beim Parteitag im Dezember ins Präsidium zu holen. Wer nun glaubt, Merkel könne die Lage noch einmal in den Griff bekommen, verkennt auch die Dynamik, die schon nach dem Jamaika-Aus eingesetzt hat.

Die CDU-Chefin hat seither sukzessive an Macht eingebüßt. Man denke nur an die unlängst erfolgte Abwahl ihres Vertrauten Volker Kauder an der Spitze der Fraktion. So ist vieles in der Union inzwischen sagbar, was noch vor wenigen Jahren als undenkbar galt. Merkel selbst gab in der vorigen Woche bekannt, dass noch kein Kanzler seine Nachfolge habe regeln können. Mit dem Zusatz „Und das ist auch richtig so“ hat sie das Rennen um ihre Nachfolge quasi offiziell eröffnet ...“

Gerhard Schröder hatte als Kanzler im Jahr 2004 auch den Parteivorsitz in der SPD inne. Innerparteiliche Querelen um die Ausrichtung der SPD mit der „Agenda 2010“ jedoch sowie fallende Zustimmungswerte bei Wahlen bzw. Umfragen schwächten Schröder in der Partei. Er gab den Parteivorsitz ab und blieb Kanzler.

Angela Merkel selbst erklärte damals als CDU-Vorsitzende und mögliche Kanzlerkandidatin, dies sei das Ende der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Umso erstaunlicher ihr Beitrag zum eigenen Rücktritt als Parteivorsitzende – sie meinte, dies sei in der Geschichte der Republik ein einzigartiger Vorgang. Das stimmt – siehe Gerhard Schröder – nicht.

Schröder: Das „Vorbild“ für Angela Merkel?

Gerhard Schröder gab bekannt, er wolle sich „noch intensiver um Regierungsangelegenheiten“ kümmern, als er den Rücktritt vom Parteivorsitz vorantrieb. Die Regierung Schröder blieb damals ähnlich wie die Merkel-Regierung permanent unter Druck. Damals war der Bundesrat mehrheitlich in der Hand von CDU und FDP.

Im Jahr 2005 kam es für die SPD zu einer grundlegend schwierigeren Wahl: Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verlor die SPD.

Damit sank nicht nur deren Popularität weiter, sondern vor allem der über den Bundesrat mögliche Einfluss auf die Bundespolitik. Da Nordrhein-Westfalen ein Stammland der SPD ist, wuchs der innerparteiliche Druck weiter.

Gerhard Schröder stellte am 1.7.2005 die Vertrauensfrage im Bundestag und setzte darauf, dass er erwartungsgemäß die Wahl verlieren würde. Damit war der Weg frei, um eine Auflösung des Bundestages herbeizuführen, die schließlich auch am 21. Juli durch den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler genehmigt wurde. Am 18. September 2005 kam es zur Neuwahl, bei der Schröder die SPD zum letzten Mal bei einer Bundestagswahl auf mehr als 30 % des Stimmenanteils führen konnte: Die SPD erhielt 34,2 % und unterlag im Kampf um eine neue Regierung der Union nur knapp. Die Union lief zwar minimal vor der SPD ein, konnte aber mit der FDP einen stärkeren Koalitionspartner aufweisen.

Angela Merkel gewann die Wahl und wurde am 22. November 2005 im Deutschen Bundestag zur Kanzlerin gewählt.

Die Parallelen der heutigen Situation zum Ende von Gerhard Schröder sind dementsprechend frappierend. Die Kanzlerin verlor mit der Union bei den jüngsten Landtagswahlen zumindest erheblich an Zustimmung und hat damit den ohnehin schlechten Trend der Partei fortgesetzt. Sehen wir uns die Wahlergebnisse seit 2016 einmal an.

Wahlergebnisse seit 2016: Die Mächtigen verlieren und verlieren

Landtagswahl Baden-Württemberg 2016

(Quelle hier und nachfolgend: www.wahlrecht.de)

	Landtagswahl 2016		Landtagswahl 2011		Diff. in PP
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	7.683.464		7.622.873		
Wähler	5.411.945	70,44	5.051.941	66,27	+4,17
Ungültige Stimmen	50.695	0,94	68.222	1,35	-0,41
Gültige Stimmen	5.361.250	99,06	4.983.719	98,65	+0,41
Davon					
GRÜNE	1.623.107	30,27	1.206.182	24,20	+6,07
CDU	1.447.462	27,00	1.943.912	39,01	-12,01
AfD	809.564	15,10	–	–	+15,10
SPD	679.727	12,68	1.152.594	23,13	-10,45
FDP	445.498	8,31	262.784	5,27	+3,04
DIE LINKE	156.240	2,91	139.700	2,80	+0,11

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016

	Landtagswahl 2016				Landtagswahl 2011					
	Wahlkreis- stimmen		Landes- stimmen		Wahlkreis- stimmen			Landes- stimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	3.072.020		3.072.020		3.088.199			3.088.199		
Wähler	2.161.613	70,36	2.161.613	70,36	1.908.734	61,81	+8,55	1.908.734	61,81	+8,55
Ungültige Stimmen	55.767	2,58	31.193	1,44	53.598	2,81	-0,23	40.547	2,12	-0,68
Gültige Stimmen	2.105.846	97,42	2.130.420	98,56	1.855.136	97,19	+0,23	1.868.187	97,88	+0,68
Davon										
SPD	759.121	36,05	771.708	36,22	699.572	37,71	-1,66	666.817	35,69	+0,53
CDU	733.763	34,84	677.502	31,80	684.065	36,87	-2,03	658.474	35,25	-3,45
AfD	147.592	7,01	267.813	12,57	–	–	+7,01	–	–	+12,57
FDP	143.867	6,83	132.282	6,21	82.340	4,44	+2,39	79.343	4,25	+1,96
GRÜNE	135.698	6,44	113.267	5,32	263.703	14,21	-7,77	288.489	15,44	-10,12
DIE LINKE	77.298	3,67	60.074	2,82	60.044	3,24	+0,43	56.054	3,00	-0,18
FREIE WÄHLER	84.959	4,03	48.225	2,26	35.360	1,91	+2,12	43.348	2,32	-0,06
PIRATEN	5.385	0,26	16.790	0,79	8.806	0,47	-0,21	29.319	1,57	-0,78

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016

	Landtagswahl 2016				Landtagswahl 2011					
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	1.878.095		1.878.095		1.988.172			1.988.172		
Wähler	1.147.485	61,10	1.147.485	61,10	1.017.502	51,18	+9,92	1.017.502	51,18	+9,92
Ungültige Stimmen	35.304	3,08	24.671	2,15	26.316	2,59	+0,49	24.000	2,36	-0,21
Gültige Stimmen	1.112.181	96,92	1.122.814	97,85	991.186	97,41	-0,49	993.502	97,64	+0,21
Davon										
CDU	328.760	29,56	334.123	29,76	339.869	34,29	-4,73	323.019	32,51	-2,75
AfD	257.189	23,12	271.832	24,21	-	-	+23,12	-	-	+24,21
DIE LINKE	207.704	18,68	183.296	16,32	243.589	24,58	-5,90	235.011	23,65	-7,33
SPD	158.759	14,27	119.377	10,63	214.373	21,63	-7,36	213.611	21,50	-10,87
GRÜNE	58.910	5,30	58.226	5,19	66.126	6,67	-1,37	70.922	7,14	-1,95
FDP	60.753	5,46	54.525	4,86	34.940	3,53	+1,93	38.173	3,84	+1,02
FREIE WÄHLER	23.106	2,08	24.287	2,16	48.356	4,88	-2,80	28.193	2,84	-0,68

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016

	Landtagswahl 2016				Landtagswahl 2011					
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	1.328.320		1.328.320		1.373.932			1.373.932		
Wähler	821.581	61,85	821.581	61,85	708.111	51,54	+10,31	708.111	51,54	+10,31
Ungültige Stimmen	18.433	2,24	15.162	1,85	27.427	3,87	-1,63	26.736	3,78	-1,93
Gültige Stimmen	803.148	97,76	806.419	98,15	680.684	96,13	+1,63	681.375	96,22	+1,93
Davon										
SPD	236.319	29,42	246.395	30,55	240.368	35,31	-5,89	242.251	35,55	-5,00
AfD	175.850	21,90	167.852	20,81	-	-	+21,90	-	-	+20,81
CDU	175.057	21,80	153.115	18,99	181.988	26,74	-4,94	156.969	23,04	-4,05
DIE LINKE	119.374	14,86	106.256	13,18	126.960	18,65	-3,79	125.528	18,42	-5,24
GRÜNE	38.613	4,81	38.836	4,82	56.006	8,23	-3,42	59.004	8,66	-3,84
FDP	26.910	3,35	24.521	3,04	22.054	3,24	+0,11	18.943	2,78	+0,26

Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016

	Abgeordnetenhauswahl 2016				Abgeordnetenhauswahl 2011					
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	2.485.363		2.485.363		2.469.716			2.469.716		
Wähler	1.662.598	66,90	1.662.598	66,90	1.487.487	60,23	+6,67	1.487.487	60,23	+6,67
Abgegebene Stimmen	1.658.745		1.660.446		1.483.945			1.485.177		
Ungültige Stimmen	27.963	1,69	25.690	1,55	31.515	2,12	-0,43	23.992	1,62	-0,07
Gültige Stimmen	1.630.782	98,31	1.634.756	98,45	1.452.430	97,88	+0,43	1.461.185	98,38	+0,07
Davon										
SPD	404.234	24,79	352.369	21,55	453.768	31,24	-6,45	413.332	28,29	-6,74
CDU	323.409	19,83	288.002	17,62	371.201	25,56	-5,73	341.158	23,35	-5,73
DIE LINKE	251.582	15,43	255.740	15,64	183.452	12,63	+2,80	171.050	11,71	+3,93
GRÜNE	257.047	15,76	248.243	15,19	266.511	18,35	-2,59	257.063	17,59	-2,40
AfD	230.303	14,12	231.325	14,15	-	-	+14,12	-	-	+14,15
FDP	90.727	5,56	109.431	6,69	20.842	1,43	+4,13	26.943	1,84	+4,85
Die PARTEI	19.775	1,21	31.908	1,95	6.680	0,46	+0,75	12.861	0,88	+1,07

Landtagswahl Niedersachsen 2017

	Landtagswahl 2017				Landtagswahl 2013						
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.	
Wahlberechtigte	6.097.564		6.097.564		6.097.697			6.097.697			
Wähler	3.849.002	63,12	3.849.002	63,12	3.620.434	59,37	+3,75	3.620.434	59,37	+3,75	
Ungültige Stimmen	38.027	0,99	21.247	0,55	51.855	1,43	-0,44	45.534	1,26	-0,71	
Gültige Stimmen	3.810.975	99,01	3.827.755	99,45	3.568.579	98,57	+0,44	3.574.900	98,74	+0,71	
Davon											
SPD	1.508.502	39,58	1.413.630	36,93	1.341.991	37,61	+1,97	1.165.419	32,60	+4,33	
CDU	1.420.268	37,27	1.287.430	33,63	1.519.182	42,57	-5,30	1.287.549	36,02	-2,39	
GRÜNE	283.321	7,43	334.119	8,73	373.249	10,46	-3,03	489.473	13,69	-4,96	
FDP	226.558	5,94	287.923	7,52	118.532	3,32	+2,62	354.970	9,93	-2,41	
AfD Niedersachsen	174.498	4,58	235.840	6,16	-	-	+4,58	-	-	+6,16	
DIE LINKE	170.666	4,48	177.107	4,63	110.525	3,10	+1,38	112.212	3,14	+1,49	

Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017 (Der Sieg von Achim Laschet)

	Landtagswahl 2017				Landtagswahl 2012						
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.	
Wahlberechtigte	13.164.832		13.164.832		13.262.049			13.262.049			
Wähler	8.579.042	65,17	8.579.042	65,17	7.901.268	59,58	+5,59	7.901.268	59,58	+5,59	
Ungültige Stimmen	123.111	1,44	91.669	1,07	120.658	1,53	-0,09	107.273	1,36	-0,29	
Gültige Stimmen	8.455.931	98,56	8.487.373	98,93	7.780.610	98,47	+0,09	7.793.995	98,64	+0,29	
Davon											
CDU	3.242.495	38,35	2.797.084	32,96	2.545.309	32,71	+5,64	2.050.321	26,31	+6,65	
SPD	2.919.613	34,53	2.649.513	31,22	3.290.561	42,29	-7,76	3.049.983	39,13	-7,91	
FDP	723.866	8,56	1.065.209	12,55	372.727	4,79	+3,77	670.082	8,60	+3,95	
AfD	460.450	5,45	624.552	7,36	-	-	+5,45	-	-	+7,36	
GRÜNE	509.648	6,03	539.059	6,35	723.581	9,30	-3,27	884.298	11,35	-5,00	
DIE LINKE	414.496	4,90	415.808	4,90	201.637	2,59	+2,31	194.428	2,49	+2,41	
PIRATEN	118.896	1,41	80.939	0,95	617.926	7,94	-6,53	609.176	7,82	-6,87	

Landtagswahl Schleswig-Holstein 2017 (Kleiner Sieg für MP Günther – Grüne mit an der Macht)

	Landtagswahl 2017				Landtagswahl 2012						
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.	
Wahlberechtigte	2.310.841		2.310.841		2.239.615			2.239.615			
Wähler	1.484.453	64,24	1.484.453	64,24	1.347.911	60,18	+4,06	1.347.911	60,18	+4,06	
Ungültige Stimmen	23.763	1,60	13.905	0,94	27.701	2,06	-0,46	19.459	1,44	-0,50	
Gültige Stimmen	1.460.690	98,40	1.470.548	99,06	1.320.210	97,94	+0,46	1.328.452	98,56	+0,50	
Davon											
CDU	563.659	38,59	470.312	31,98	485.709	36,79	+1,80	408.637	30,76	+1,22	
SPD	478.438	32,75	400.635	27,24	472.752	35,81	-3,06	404.048	30,41	-3,17	
GRÜNE	131.107	8,98	189.728	12,90	139.888	10,60	-1,62	174.953	13,17	-0,27	
FDP	105.770	7,24	168.521	11,46	56.493	4,28	+2,96	108.953	8,20	+3,26	
AfD	60.810	4,16	86.275	5,87	-	-	+4,16	-	-	+5,87	
DIE LINKE	51.049	3,49	55.833	3,80	32.090	2,43	+1,06	29.900	2,25	+1,55	
SSW	30.149	2,06	48.941	3,33	32.565	2,47	-0,41	61.025	4,59	-1,26	
PIRATEN	21.887	1,50	17.053	1,16	97.335	7,37	-5,87	108.902	8,20	-7,04	

Landtagswahlen Saarland 2017 (Sieg für die heutige Generalsekretärin und mögliche Nachfolgerin Kramp-Karrenbauer)

	Landtagswahl 2017		Landtagswahl 2012		Differenz in PP
	Stimmen		Stimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	774.947		797.512		
Wähler	540.091	69,69	491.591	61,64	+8,05
Ungültige Stimmen	6.561	1,21	10.297	2,09	-0,88
Gültige Stimmen	533.530	98,79	481.294	97,91	+0,88
Davon					
CDU	217.265	40,72	169.617	35,24	+5,48
SPD	157.841	29,58	147.170	30,58	-1,00
DIE LINKE	68.566	12,85	77.612	16,13	-3,28
AfD	32.935	6,17	-	-	+6,17
GRÜNE	21.392	4,01	24.252	5,04	-1,03
FDP	17.419	3,26	5.871	1,22	+2,04

Bundestagswahl 2017 – herbe Verluste ...

	Bundestagswahl 2017				Bundestagswahl 2013					
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	61.675.529		61.675.529		61.946.900			61.946.900		
Wähler	46.973.799	76,16	46.973.799	76,16	44.309.925	71,53	+4,63	44.309.925	71,53	+4,63
Ungültige Stimmen	593.161	1,26	466.942	0,99	684.883	1,55	-0,29	583.069	1,32	-0,33
Gültige Stimmen	46.380.638	98,74	46.506.857	99,01	43.625.042	98,45	+0,29	43.726.856	98,68	+0,33
Davon										
CDU	14.027.804	30,24	12.445.832	26,76	16.233.642	37,21	-6,97	14.921.877	34,13	-7,37
SPD	11.426.613	24,64	9.538.367	20,51	12.843.458	29,44	-4,80	11.252.215	25,73	-5,22
DIE LINKE	3.966.035	8,55	4.296.762	9,24	3.585.178	8,22	+0,33	3.755.699	8,59	+0,65
GRÜNE	3.717.436	8,02	4.157.564	8,94	3.180.299	7,29	+0,73	3.694.057	8,45	+0,49
CSU	3.255.604	7,02	2.869.744	6,17	3.544.079	8,12	-1,10	3.243.569	7,42	-1,25
FDP	3.248.745	7,00	4.997.178	10,75	1.028.645	2,36	+4,64	2.083.533	4,76	+5,99
AfD	5.316.095	11,46	5.877.094	12,64	810.915	1,86	+9,60	2.056.985	4,70	+7,94
PIRATEN	93.173	0,20	173.867	0,37	963.623	2,21	-2,01	959.177	2,19	-1,82

Landtagswahl Bayern 2018

	Landtagswahl 2018				Landtagswahl 2013					
	Erststimmen		Gesamtstimmen		Erststimmen			Gesamtstimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	9.473.134		9.473.134		9.442.013			9.442.013		
Wähler	6.854.593	72,36	6.854.593	72,36	6.005.395	63,60	+8,76	6.005.395	63,60	+8,76
Abgegebene Stimmen	6.845.042		13.688.654		6.004.799			12.009.369		
Ungültige Stimmen	55.734	0,81	139.543	1,02	80.822	1,35	-0,54	187.577	1,56	-0,54
Gültige Stimmen	6.789.308	99,19	13.549.111	98,98	5.923.977	98,65	+0,54	11.821.792	98,44	+0,54
Davon										
CSU	2.495.960	36,76	5.047.006	37,25	2.754.256	46,49	-9,73	5.636.425	47,68	-10,43
GRÜNE	1.189.885	17,53	2.377.766	17,55	522.317	8,82	+8,71	1.019.373	8,62	+8,93
FREIE WÄHLER	809.126	11,92	1.571.288	11,60	580.701	9,80	+2,12	1.062.553	8,99	+2,61
AfD	699.202	10,30	1.383.866	10,21	-	-	+10,30	-	-	+10,21
SPD	683.884	10,07	1.317.942	9,73	1.208.444	20,40	-10,33	2.437.401	20,62	-10,89
FDP	352.613	5,19	687.842	5,08	195.920	3,31	+1,88	390.038	3,30	+1,78
DIE LINKE	219.269	3,23	435.949	3,22	128.089	2,16	+1,07	251.097	2,12	+1,10

Landtagswahl Hessen 2018 (vorläufiges Endergebnis)

	Landtagswahl 2018				Landtagswahl 2013					
	Wahlkreis- stimmen		Landes- stimmen		Wahlkreis- stimmen		Landes- stimmen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	4.371.842		4.371.842		4.392.213			4.392.213		
Wähler	2.941.473	67,28	2.941.473	67,28	3.216.206	73,23	-5,94	3.216.206	73,23	-5,94
Ungültige Stimmen	70.060	2,38	62.171	2,11	103.610	3,22	-0,84	85.425	2,66	-0,54
Gültige Stimmen	2.871.413	97,62	2.879.302	97,89	3.112.596	96,78	+0,84	3.130.781	97,34	+0,54
Davon										
CDU	842.706	29,35	776.254	26,96	1.329.746	42,72	-13,37	1.199.633	38,32	-11,36
GRÜNE	517.654	18,03	570.260	19,81	289.830	9,31	+8,72	348.661	11,14	+8,67
SPD	670.136	23,34	570.166	19,80	1.092.125	35,09	-11,75	961.896	30,72	-10,92
AfD	361.898	12,60	378.376	13,14	42.721	1,37	+11,23	126.906	4,05	+9,09
FDP	205.105	7,14	215.642	7,49	93.098	2,99	+4,15	157.451	5,03	+2,46
DIE LINKE	164.594	5,73	181.263	6,30	160.531	5,16	+0,57	161.488	5,16	+1,14
FREIE WÄHLER	88.068	3,07	85.136	2,96	35.136	1,13	+1,94	38.433	1,23	+1,73

Niederlagen, wohin das Auge blickt. Die Ausnahmen bestätigen lediglich die Regel, dass es unter Führung von Angela Merkel zumindest zuletzt mit der Union immer weiter nach unten ging. Die Konsequenz blieb eine missliche Stimmung nicht nur innerhalb der Partei, sondern zunehmend auch in den Leitmedien. Das System Merkel lebte bis dahin von einer recht günstigen Presse, die sie nun jedoch nicht mehr bekommen sollte.

Auszüge aus den Pressekommentaren

Die Kommentare aus den Leitmedien zeigen, dass das Ende der Ära Merkel nun eingeleitet ist. Aus dieser engen Umklammerung wird sie sich nicht mehr lösen können ...

1. Bild-Zeitung, Julian Reichelt

„Dass sich die stolze Volkspartei CDU nach zweistelligen Verlusten in einem Bundesland daran festhält, dass sie immerhin nicht so de-saströs dasteht wie Angela Merkels Bundes-CDU, ist erschütternd. Die Reaktionen in der CDU, besonders die Glückwünsche der Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer zeigen, was in der CDU-Zentrale und im Kanzleramt herrscht: komplette Realitätsverweigerung.“

Die schweren Verluste der CDU (auch wenn sie wohl weiter regieren kann) lassen sich kaum noch mit Unzufriedenheit, sondern eher mit blanker Wut erklären.

Dieser Wut vieler Wähler kann man nur begegnen, wenn man ein Gespür für Sorgen und Nöte der Menschen im Land hat. So gut wie nichts deutet darauf hin, dass es dieses Gespür in der CDU-Spitze noch gibt. Wenn eine Partei sich für so eine Klatsche noch beklatscht, dann kann sich kein Wähler mehr verstanden fühlen. Wie die CDU das ändern will, ist nicht erkennbar.

Diese CDU steht hilflos da.“

2. FAZ

Unter AfD-Anhängern ist sie gar zu einer regelrechten Hassfigur geworden, auf die alle Wut auf „die Politik“ projiziert wird wie seinerzeit auf Hillary Clinton in den Vereinigten Staaten. Merkel war auch in der CDU jahrelang unangefochten, weil sie als Garantin für Anerkennung und Wahlsiege galt – als Symbol des politischen Erfolgs. Jetzt ist sie für viele zu einem Symbol des Misserfolgs und schleichenden Machtverlusts geworden – und zu einer Kanzlerin, die den Punkt, ihr politisches Ende zur rechten Zeit selbst zu bestimmen, zu verpassen droht.

An diesem Bild wird keine noch so konstruktive „Sachpolitik“ der Welt mehr etwas ändern – das hat Merkel offensichtlich begriffen. Ihr Schritt, den Parteivorsitz abzugeben, ist damit zugleich ein erstes Zugeständnis an die Tatsache, dass es in der Politik eben nicht allein um die Sacharbeit geht, sondern auch um die Kraft der Symbolik.

Auch wenn die Debatte, ob die Kanzlerin die Trennung von Parteivorsitz und Amt wirklich bis zum Ende der Legislaturperiode durchhalten könne und ob sie mit dem Parteivorsitz jetzt nicht das „falsche Amt“ abgebe, wie der FDP-Vorsitzende Christian Lindner es formuliert, den Erneuerungsdruck auf Merkel weiter aufrechterhalten wird.“

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/was-steckt-hinter-dem-ruecktritt-von-angela-merkel-kommentar-15862383.html>

3. Süddeutsche Zeitung

„Wenn die Bundespolitik auf einen Wahlkampf und eine Landtagswahl so heftig durchschlägt wie das in Hessen der Fall war, dann ist es nur logisch, dass die Ergebnisse der Landtagswahl auch auf die Bundespolitik heftig durchschlagen.

Diese Schläge werden Angela Merkel und vor allem Andrea Nahles in den kommenden Tagen und Wochen spüren.

Ob und wie die beiden Parteichefinnen der Großen Koalition diese Schläge aushalten, ob und wann und wie und mit welchen Folgen sie in die Knie gehen – das wird nun die Bundespolitik viele Wochen prägen. Die Lage für Nahles und die SPD ist dunkel, bitter und bedrohlich; die Lage für Merkel ist ernst. Es geht jetzt darum, ob man hinter die Große Koalition womöglich bald das Kürzel ‚i. L.‘ schreiben muss: in Liquidation. Und wer bitte wird dann der Konkursverwalter?“

4. Der Standard, Wien

„Es gilt jetzt den Abschied von Angela Merkel einzuleiten. Sie ist seit 18 Jahren Parteivorsitzende und seit 13 Jahren Kanzlerin.

Hessen zeigt wie viele Landtagswahlen zuvor: Mit ihr an der Spitze gewinnt man keine Wahlen mehr. Das bedeutet nicht, dass Merkel als Kanzlerin sofort gehen muss. Aber sie muss den Übergang jetzt organisieren. Anfang Dezember findet in Hamburg der CDU-Partei-tag statt.

Da muss klar sein, mit wem an der Spitze sich die CDU für die nächsten Jahre aufstellt. Merkel kann es nicht mehr sein, sie sollte für eine neue Generation Platz machen. Das oft gebrauchte Argument, dass es nicht wirklich einen Nachfolger/eine Nachfolgerin gebe, ist absurd und sagt viel über den innerparteilichen Zustand aus.“

5. Tagesanzeiger, Schweiz

„Viel wahrscheinlicher ist aber, dass sich die Agonie dieser ungeliebten Regierung noch weit bis ins nächste Jahr hineinziehen wird. CDU und SPD fürchten schnelle Neuwahlen gleichermaßen. Merkmals Nachfolger sind noch nicht bereit, und die alte Matriarchin will noch nicht weichen.

Die SPD wiederum ahnt, dass sie vom Wähler für einen Ausstieg aus der Regierung wahrscheinlich ebenso sehr bestraft würde wie für ihr Ausharren. Für einen Bruch braucht sie einen glaubwürdigen politischen Grund, aus dem sich am besten auch gleich ein kraftvoller Wahlkampf ableiten lässt. Selbstmord aus Angst vor dem Tod ist keine Strategie.“

Die internationale Presse...

„Auch international ist die Begeisterung gering. Die ukrainische Presse geht davon aus, dass Angela Merkel stürzt. „In Deutschland wird der erste Akt des Politdramas „Der Sturz von Angela Merkel“ gespielt.“

In Bulgarien hat sich eine sozialistische Zeitung um das Schicksal unserer Kanzlerin gekümmert. Die Ära sei vorbei. „Das, was als (Merkels) Erbe in Europa bleibt, wird noch lange Zeit glühen und Staaten und Völker ersticken. Weil gerade Merkel zu den führenden Politikern gehört, die das drastische neoliberale Modell zur Ausbeutung der Schwächeren durchsetzte – mit der Politik der enger geschnallten Gürtel und des Abziehens von Gehirnen und Arbeitskräften. Diese Schlinge führte am Ende Länder wie Griechenland zum Abgrund des Bankrotts.“

Achtung: Hier wird Merkel als Vertreterin der neoliberalen Fraktion betrachtet, die innerhalb der EU und mit deren Instrumentarium die kleineren und die neu hinzugewonnenen Länder ausgebeutet hat.

Etwas mehr Trauer herrschte nach Angaben des „Focus“ hingegen in Italien. Aus dem Land des südeuropäischen Nachbarn wird der „Corriere della Sera“ zitiert. „Wir werden Angela Merkel nachtrauern. Die Deutschen, die sie seit 2005 als Kanzlerin hatten, haben die schlimmste Wirtschaftskrise eines Jahrhunderts unbeschadet überstanden. Und wir Europäer, die ihr Zögern erlebt haben, aber auch ihre Fähigkeit, immer das Richtige zu machen, wenn es angebracht war und es keine Alternative gab: Sei es die Griechenlandkrise oder die Flüchtlingskrise im Jahr 2015. Jetzt, wo ihre Dämmerung begonnen hat, zeichnet sich Merkel als historischer Gigant in diesem Stückchen des Jahrtausends ab.“

Angela Merkel gilt hiernach als „historischer Gigant“ – bezogen auf ihr Wirken dürfte dies genau so sein. Dies sehen auch die Kritiker in Deutschland ähnlich. Sie habe Deutschland an die EU ausgeliefert, lautet die Hauptkritik erfahrungsgemäß.

Schließlich sind auch die Engländer am Schicksal der Kanzlerin aus Deutschland interessiert. Die renommierte „Londoner Times“ erwähnt ihre Fähigkeit, im entscheidenden Augenblick „alles richtig zu machen“...

„Ihr langer Abschied – angekündigt, nachdem ihre Partei in landesweiten Umfragen abgesackt ist und bei den Wahlen in Hessen Prügel bezogen hat – läutet eine Periode der Instabilität in der größten Volkswirtschaft Europas ein. (...) Der Machtkampf um ihre Nachfolge als Parteivorsitzende – sowie als Regierungschef – wird wahrscheinlich chaotisch.“

Dies ist lediglich ein Auszug der Stimmen, die sich nun zusammengefunden haben, um das Ende der GroKo einzuleiten. Die GroKo wird dabei aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr das Ende der Wahlperiode erleben – wenn nicht ein Wunder geschieht.

Motive für das Wunder ...

Das Wunder hätte allenfalls eine kleine Chance auf Realisation: Die Abgeordneten von CDU, CSU und SPD sowie die Staatssekretäre bis hin zu den Ministern hängen an ihren Jobs. Neuwahlen könnten für die jetzt Begünstigten in allen Parteien schwerwiegende Konsequenzen haben. Denn der Abstieg beginnt nicht von der aktuellen Ausgangslage aus, sondern vom Bundestagswahlergebnis 2017 aus.



Insgesamt sind im Bundestag 709 Sitze vergeben worden, so viele wie noch nie zuvor. Ausgelöst durch Überhangmandate und Ausgleichsmandate. Davon entfallen 246 Sitze auf die Union. Wenn die Zahl der Bundestagsmandate jetzt schon zu hoch ist UND darüber hinaus der Stimmenanteil geringer wird, dann kann sich die Union typischerweise auf etwa 200 Sitze einstellen (überschlägig). 20 % aller Abgeordneten, so sie denn von der Basis überhaupt noch einmal aufgestellt würden, müssten um ihren Job bangen.

Die SPD hat 153 Sitze vergeben. Dies würde bei einem noch schlechteren Wahlergebnis und einer geringeren Anzahl an absoluten Bundestagsmandaten wahrscheinlich noch einmal ca. 30, 40 Sitze im Bundestag kosten können. Auch hier gilt, dass die Funktionsträger sich Sorgen darüber machen müssten, ob sie überhaupt noch einmal für die Bundestagswahl aufgestellt werden würden.


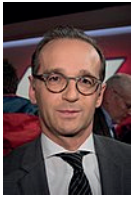


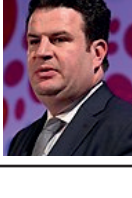
Zusätzlich vergibt diese Regierung – wie jede andere auch – zahlreiche Positionen als Staatssekretär, wie diese Liste verdeutlicht.

Regierung MERKEL IV – Attraktive Positionen


Kabinett Merkel IV -seit 14. März 2018

Amt oder Ressort	Bild	Name	Partei	Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister	Partei
Bundeskanzlerin		Angela Merkel	CDU	Monika Grütters <i>Kultur und Medien</i> Hendrik Hoppenstedt <i>Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, Bund-Länder-Be- ziehungen</i> Annette Widmann-Mauz <i>Migration, Flüchtlinge und Integration</i>	CDU
				Dorothee Bär <i>Digitalisierung</i>	CSU
Stellvertreter der Bundeskanzlerin		Olaf Scholz	SPD		
Finanzen				Bettina Hagedorn <i>Christine Lambrecht</i>	SPD





...Fortsetzung Seite 58

Amt oder Ressort	Bild	Name	Partei	Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister	Partei
Inneres, Bau und Heimat		Horst Seehofer	CSU	Günter Krings Marco Wanderwitz	CDU
				Stephan Mayer	CSU
Auswärtiges		Heiko Maas	SPD	Niels Annen Michelle Müntefering <i>Internationale Kulturpolitik</i> Michael Roth <i>Europa, Deutsch-französische Zusammenarbeit</i>	SPD
Wirtschaft und Energie		Peter Altmaier	CDU	Thomas Bareiß <i>Tourismus</i> Christian Hirte <i>Neue Bundesländer</i> Oliver Wittke <i>EIT</i>	CDU
Justiz und Verbraucherschutz		Katarina Barley	SPD	Rita Hagl-Kehl Christian Lange	SPD
Arbeit und Soziales		Hubertus Heil	SPD	Kerstin Griese Anette Kramme	SPD

...Fortsetzung Seite 59

Amt oder Ressort	Bild	Name	Partei	Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister	Partei
Verteidigung		Ursula von der Leyen	CDU	Peter Tauber	CDU
				Thomas Silberhorn	CSU
Ernährung und Landwirtschaft		Julia Klöckner	CDU	Hans-Joachim Fuchtel Michael Stübgen	CDU
Familie, Senioren, Frauen und Jugend		Franziska Giffey	SPD	Caren Marks Stefan Zierke	SPD
Gesundheit		Jens Spahn	CDU	Thomas Gebhart Sabine Weiss	CDU
Verkehr und digitale Infrastruktur		Andreas Scheuer	CSU	Steffen Bilger Enak Ferlemann	CDU

...Fortsetzung Seite 60

Amt oder Ressort	Bild	Name	Partei	Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister	Partei
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit		Svenja Schulze	SPD	Florian Pronold Rita Schwarzelühr-Sutter	SPD
Bildung und Forschung		Anja Karliczek	CDU	Michael Meister Thomas Rachel	CDU
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		Gerd Müller	CSU	Norbert Barthle Maria Flachsbarth	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes		Helge Braun	CDU		

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Merkel_IV

Was MERKEL sich versprechen könnte

Angela Merkel hat den Weg zum Rücktritt vom Parteivorsitz mit hoher Sicherheit auch nicht gewählt, um eine gute Presse für den anständigen Umgang mit der Niederlage der Landtagswahlen zu erhalten.

Angela Merkel verfolgt diverse Eigeninteressen.

3. WAS MERKEL NOCH ERREICHEN MÖCHTE

Was Angela Merkel noch erreichen möchte ...

... bleibt dennoch zunächst unklar. Wir greifen der Geschichte vor: Sie möchte als Kanzlerin fortsetzen, was sie begonnen hat – das „totale Europa“. Ob dies nun Opportunismus ist, ob dies ein Programm „von oben“ ist, sei dahingestellt – an dieser Stelle.

Nur wird an dieser Stelle bereits deutlich, wer ihr idealer Nachfolger ist – und warum dies so ist ...

Was MERKEL anstrebt – jetzt: das „totale Europa“

Die Krisen, durch die Europa taumelte und taumelt, sind allesamt aus Sicht der Politikerin, die Deutschland auflöst, offenbar nur kleine Wegmarken dabei, ein zentralistisches Europa, eine noch stärkere EU aufzubauen.

Dabei gehen ihr jetzt zahlreiche Prominente zur Hand. Eine elegante Volte, bei der die Kanzlerin nicht selbst sprechen muss. Ihr potenzieller Nachfolger Friedrich Merz, den sie eigentlich abgestellt hatte, der zudem in der freien Wirtschaft bei „BlackRock“ maßgeblich arbeitet, hat den Weg gewiesen. Das Papier, das im Handelsblatt am 21. Oktober 2018 publiziert wurde, stellt auch das Merkel-Programm dar.

Insofern auch Hans Eichel, vormals Wirtschaftsminister der Koalition unter Gerhard Schröder, Brigitte Zypries, frühere Justizministerin der SPD oder ihr früherer Kontrahent Roland Koch unterzeichnen (wie auch Bert Rürup oder der Philosoph Jürgen Habermas), hat sie die Deutungsmacht und Steuerungskontrolle über diesen Weg gefunden. Wir dokumentieren hier das Schreiben, das die Kanzlerin sicher vorab kannte. Die Autoren beziehen sich sogar auf Immanuel Kant, den großen Philosophen aus Königsberg mit seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“.

Kritiker meinen, ein wenig hochgegriffen – aber passend zur Überhöhung der Kanzlerin.

Das Schreiben der neuen EU-Freunde im Umfeld der Kanzlerin vom 21. Oktober 2018 im „Handelsblatt“¹⁰. Wir starten einen Aufruf für ein Europa, das unsere Art zu leben schützt und das Wohlstand für alle schafft – ein Europa der Demokratie und der Menschenrechte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach 55 Millionen Toten, nach Jahrhunderten europäischer Kriege der Fürsten und der Nationalstaaten war den Menschen in Europa und den Regierungen endgültig klar: Nur die Vereinigung Europas kann diesen Irrsinn beenden.

Diesen Gedanken hatte schon Immanuel Kant in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ hundertfünfzig Jahre früher vorausgedacht. Nun endlich begann man, ihn in die Tat umzusetzen. Der gemeinsame Markt, die Europäische Union, eine gemeinsame Währung entstanden. Diktaturen wurden gestürzt, Demokratie setzte sich überall durch.

Reisefreiheit in einem Europa ohne Binnengrenzen gilt jetzt für alle: Alle Arbeitnehmer können überall in Europa arbeiten, jeder Unternehmer kann überall Unternehmen gründen, alle Waren können überall zollfrei gehandelt, Dienstleistungen überall angeboten werden. Junge Menschen können überall ihre Ausbildung machen, an allen Universitäten Europas studieren, sie können – wie wir alle – die kulturelle Vielfalt Europas und auch die ihr zugrunde liegenden gemeinsamen Werte und Traditionen erleben.

¹⁰ Aus: https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/aufruf-fuer-ein-solidarisches-europa-machen-wir-ernst-mit-dem-willen-unseres-grundgesetzes-jetzt/v_detail_tab_print/23204984.html

Und 73 Jahre Frieden, das gab es nie in den Jahrhunderten zuvor. Das alles ist Europa, viel mehr als nur ein ökonomisches Projekt, ein kulturelles Projekt, ein zivilisatorischer Fortschritt, um den uns die ganze Welt beneidet.

Das alles ist, wie nie zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg, in Gefahr: Im Innern Europas breitet sich wieder Nationalismus aus und Egoismus ist die vorherrschende Haltung – als vergäßen wir gerade wieder alles, was die vorige Generation aus der Geschichte gelernt hatte. Von außen stellen Trump, Russland und China Europas Einheit, unsere Bereitschaft, gemeinsam für unsere Werte einzustehen, unsere Lebensweise zu verteidigen, immer härter auf die Probe.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Solidarität und Kampf gegen Nationalismus und Egoismus nach innen und Einigkeit, gemeinsame Souveränität nach außen. Und diese Antwort muss jetzt und überall gegeben werden, von den Bürgern Europas, von jedem von uns. Allein als Deutsche, allein als Franzosen, als Italiener, Polen sind wir zu schwach, nur gemeinsam können wir uns im 21. Jahrhundert behaupten.

Wir wollen ein Europa, das unsere Art zu leben schützt, ein Europa, das Wohlstand für alle schafft, ein Europa der Demokratie und der Menschenrechte, ein Europa des Friedens und der globalen Solidarität im Kampf für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Jetzt müssen wir große Schritte gehen, weiteres Durchwursteln von Krise zu Krise bringt alles in Gefahr, was wir bisher erreicht haben.

Wir fordern eine europäische Armee

Deshalb fordern wir, jetzt mit der vertieften Integration der Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage von Mehrheitsentscheidungen und dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee zu beginnen.

Nicht mehr Geld ist dafür nötig – die europäischen Nato-Mitglieder geben etwa dreimal so viel für Verteidigung aus wie Russland –, sondern eine Überwindung der verteidigungspolitischen Kleinstaaterei. Das schafft viel mehr Verteidigungskraft ohne zusätzliches Geld. Da wir nie mehr in Europa Krieg gegeneinander führen wollen, brauchen wir auch keine nationalen Armeen mehr. Und da sich Europas Verteidigung gegen niemanden richtet, sollte die Schaffung einer europäischen Armee mit Initiativen zu Rüstungskontrolle und Abrüstung verbunden werden.

Deutschland und Frankreich müssen gemeinsam vorangehen, die Gründerstaaten Europas, Polen und die baltischen Staaten zum Mitmachen von Anfang an einladen. Diese Initiative muss zu jeder Zeit offen sein für alle EU-Mitglieder, die dasselbe Ziel verfolgen – das werden viele, hoffentlich alle, sein.

So zeigen wir der Welt, dass wir unverbrüchlich zusammengehören. Niemand kann mit einer Schwächung oder gar Spaltung Europas rechnen, aber jeder kann Europa als gleichberechtigten Partner in einer auf fairen Interessenausgleich, Frieden und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gerichteten Politik auf unserem Planeten gewinnen. Nach außen kann aber nur glaubwürdig zusammenstehen, was im Inneren geeint und gefestigt ist.

Die Euro-Zone, Kern und fortgeschrittenster Teil der europäischen Einigung, ist aber nicht krisenfest. Das wissen alle. Ein weiteres Durchwursteln ist nicht zu verantworten, die nächste Finanzkrise wird die Euro-Zone dann womöglich nicht überleben.

Und das würde Europa auch in allen anderen Bereichen sehr weit zurückwerfen. Eine gemeinsame Währung bringt Vorteile für alle: Sie fördert den Austausch über alle Binnengrenzen hinweg in allen Bereichen.

Sie bewahrt vor spekulativen Angriffen, weil sie einen großen und starken Wirtschaftsraum repräsentiert. Eine gemeinsame Währung erfordert von allen, bei der Lohn- und Preisfindung nicht mehr national, sondern europäisch zu denken.

Wir fordern mutiges Vorgehen

Eine gemeinsame Währung bedeutet aber auch eine einzige Geldpolitik für alle, orientiert am Durchschnitt der Euro-Zone, das heißt, sie schwächt die Schwachen und stärkt die Starken. Sie erfordert Stabilisatoren, um diese Folgen zu mildern und auszugleichen, und sie erfordert Eigenanstrengungen von allen.

Deutschland hat zu D-Mark-Zeiten eine Vielzahl von automatischen und diskretionären Stabilisatoren geschaffen, um die unterschiedliche Wirkung der einen Währung auf die unterschiedlichen Regionen und Gesellschaftsschichten auszugleichen: Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, bundesstaatlicher und kommunaler Finanzausgleich, bündische Haftungsgemeinschaft für alle Schulden aller Gebietskörperschaften, öffentliche Haushalte, die dem Gebot der Schaffung wertgleicher Lebensbedingungen in allen Regionen unterworfen sind.

Nichts davon besitzt bis heute die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, aber zumindest einiges davon wird gebraucht werden, um die Euro-Zone zusammenzuführen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt mutig voranzugehen, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, um die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest zu machen. Ein weiteres Auseinanderdriften in der Euro-Zone muss verhindert, eine Politik, die zu mehr Konvergenz führt, muss eingeleitet werden.

Eine Haushaltspolitik für die Euro-Zone, die dem Zusammenhalt und der Zukunftsfähigkeit des Währungsgebietes dient, und eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik bis hin zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung sind jetzt nötig, um glaubhaft zu machen, dass Europa auch im Innern zusammenhält.

Dazu müssen wir zu echten Kompromissen bereit sein, auch zu deutschen finanziellen Beiträgen. Die Gründungsväter Europas, zu denen auch Konrad Adenauer gehörte, wussten, dass die europäische Einigung nur gelingen kann, wenn die Wohlstandsunterschiede nicht zu groß sind.

Wir müssen das EU-Parlament stärken

Sie wussten, dass die schwächeren Regionen und Schichten neben eigenen Anstrengungen auch der Hilfe der Stärkeren bedürfen, um ihren Rückstand aufzuholen. Sie wussten, dass die Einigung Europas auch ein Wohlstandsversprechen an seine Bürgerinnen und Bürger ist, finanziert aus der Friedensdividende. Noch Helmut Kohl wusste das und handelte danach. Das hat auch Deutschland sehr genutzt. Europa wird das sein, worauf die Europäer sich einigen können, oder es wird nicht sein. Was Europa stark macht, stärkt alle Europäer, was Europa schwächt, schwächt alle Europäer.

Wer die europäische Demokratie stärken will, muss die europäischen Institutionen stärken, allen voran das Europäische Parlament. Das war immer die Politik Deutschlands, das muss auch jetzt wieder ganz klar werden.

Ein vereintes Europa kann eine Friedensmacht in der Welt sein. Ein vereintes Europa hat die Chance, im heraufziehenden Großkonflikt zwischen den USA und China mäßigend Einfluss zu nehmen, damit es nicht zu einer Katastrophe kommt. So wollte es auch Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Darum beginnt die Präambel unseres Grundgesetzes mit dem Satz: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Machen wir Ernst mit dem Willen unseres Grundgesetzes, jetzt! Die Bundesregierung hat an der Spitze ihres Programms einen „neuen Aufbruch für Europa“ angekündigt. Es ist höchste Zeit, damit Ernst zu machen.

Die Erstunterzeichner: Hans Eichel war Finanzminister, Jürgen Habermas ist Philosoph und Soziologe, Roland Koch war hessischer Ministerpräsident, **Friedrich Merz** ist Rechtsanwalt und CDU-Politiker, Bert Rürup ist Handelsblatt-Chefökonom, Brigitte Zypries war Bundesministerin für Wirtschaft und Bundesministerin für Justiz. Adresse für weitere Unterzeichner: europa-jetzt@gmx.de“

Die letzten Ziele für Angela Merkel

Das Endprogramm der Angela MERKEL – Deutschland vor dem Abgrund

Nach den jüngsten Wahlen offenbart sich immer stärker, dass es Angela Merkel in Deutschland gar nicht um die für dieses Land typische Machtabsicherung mehr geht. Schon lange orientiert sie sich an der EU und am französischen Ministerpräsidenten Emmanuel Macron.

Es soll zur Bankenunion kommen, das heißt einer gemeinsamen Bankenhaftung im Falle von Konkursen. Es soll einen stärkeren Haushalt in der EU geben, der bislang noch kaum Einfluss auf das politische Geschehen innerhalb der Gemeinschaft hat.

Es soll eine gemeinsame Verteidigung geben, die dann auch gemeinsam finanziert und verwaltet wird.

Und der Euro soll bleiben bzw. noch stärker werden. Durch die Aufnahme immer weiterer Länder, eventuell sogar der Türkei, auf jeden Fall aber verschiedener osteuropäischer Staaten.

Dabei wird Angela Merkel am Ende möglicherweise NICHT erfolgreich sein. **So unsere Prognose zusammen mit dem Historiker Arnulf Baring, der bereits im Jahr 2011 einen bemerkenswerten Beitrag zur Kanzlerin und dem Euro geschrieben hat¹¹.**

Wir veröffentlichen unsere Zusammenfassung dieser Anmerkungen, da sie unserer Meinung nach zeigen, dass auch Angela Merkel schnell von der Bildfläche verschwinden kann. **Nicht, weil die Wähler sie in den vergangenen Wochen weggeschickt hätten. Sondern weil die Kräfte, die sich hinter ihr verscharrt hatten, das Ende des Euro möglicherweise nicht werden verhindern können.**

Zusammenfassung von „Dieser Euro war keine gute Idee“ von Arnulf Baring

Zunächst der eindrucksvollste und eindrucklichste Satz von Arnulf Baring, zitiert aus dem genannten Beitrag:

„Angela Merkel wird als Totengräberin des Euro in die Geschichte eingehen. Die Zukunft ist ein Europa der Vaterländer. Der Nationalstaat kehrt zurück“

¹¹ vgl. Baring, Arnulf, 7.11.2011, https://www.focus.de/politik/deutschland/politik-dieser-euro-war-keine-gute-idee_aid_681571.html

Umgekehrt, so impliziert es der Beitrag von Baring, wollte Angela Merkel ganz offensichtlich ein Europa ohne „Vaterländer“. Ein Europa ohne Nationalstaaten. Genau dies entspricht der ursprünglichen Motivation der Kanzlerin, die ganz offensichtlich auf das „Vaterland“ verzichten konnte oder wollte. Sie hatte in Deutschland keines. An sich noch nicht einmal in ihrem Wahlkreis.

Baring wiederum spielt in seinem Beitrag auf die „vielen Krisentreffen der Europäischen Union“ an und erwähnt die damals geplante Volksabstimmung über das „Rettungspaket“, mit dem Griechenland gegen zahlreiche Bedingungen vor einer Staatspleite künstlich und bis heute wirksam „gerettet“ werden sollte. Der Euro, so resümierte der Historiker, würde ganz offensichtlich mit Bezug auf diese Maßnahmen nicht mehr in seiner aktuellen Form überleben können.

Griechenland sei insolvent und dieses Land, die Bundesrepublik Deutschland, würde daher vor der wohl wichtigsten Bewährungsprobe der Geschichte stehen. Damit sollte er Recht behalten. Griechenland ist bis zum heutigen Tage faktisch insolvent, insofern auch durch spätere Rettungsaktionen die Verbindlichkeiten des Landes einfach gestreckt wurden oder gestreckt werden mussten. Auch die Zinsen für die Griechen sind weiterhin ungewöhnlich niedrig.

Die Bundesrepublik Deutschland wiederum hat sich in dem Sinne nicht bewährt, als die Griechenlandhilfen bis heute nicht vernünftig parlamentarisch abegesenet worden sind und vielmehr verwaltungstechnisch gewaltförmig durchgesetzt worden waren.

Baring schreibt, bezugnehmend auf seinen Prognose, allzu **konfus und mutlos schlitterte die Merkel-Regierung durch die Krise**. Bis heute, möchte man anmerken. Es hat sich nichts geändert. Offenbar geht es der Kanzlerin und ihrer Regierung bis heute darum, die Eurozone um jeden Preis, auch um den der Aufgabe der nationalstaatlichen Souveränität, zu erhalten.

Griechenland, so bescheinigte Baring dem südeuropäischen Land schon damals, könne sich nur dann retten, wenn es aus der Eurozone austreten würde. Dann könnte es zur Drachme, der vormaligen griechischen Währung, zurückkehren und diese „abwerten“.

Seine düstere Prognose zum Euro und dessen Zukunft müssen wir an dieser Stelle entsprechend hervorheben:

„Vermutlich werden auch wir Deutsche uns mittelfristig vom Euro verabschieden müssen, weil wir die uns zugemuteten Lasten nicht übernehmen können. Alle Sicherungen gegen die Fehlentwicklungen sind durchgebrannt.“

Merkels Rolle

Dabei habe die Kanzlerin Angela Merkel von Beginn an in der Euro-Krise, die spätestens 2007/2008 auch für die Leitmedien sichtbar begann, keine gute Figur abgegeben. Wie habe man, so setzt Baring wieder an, glauben können, mit solch fantastischen Summen für die Griechen einen „Domino-Effekt“ verhindern zu können. Es sei vorhersehbar gewesen, dass andere Länder dadurch den Mut gewinnen würden, selbst auf finanzielle Hilfen zu pochen, diese gar als selbstverständlich zu erachten.

Wie wir heute wissen, hat genau dies stattgefunden. Nicht nur die Griechen, auch die Portugiesen und vor allem die Italiener waren bzw. sind aktuell der Ansicht, es müsste oder könnte Hilfen geben. Dass Italien sich deshalb in seinen neuen Haushaltsentwürfen über alle Maßen hinweg verschuldet, dürfte nicht als Zufall gelten. Vielmehr sei davon auszugehen, dass die Währungsunion an sich nicht funktionieren würde. Diese würde schon aufgrund der unterschiedlichen Mentalitäten und Wirtschaftskraft nicht funktionieren können.

Jede Rettungsmaßnahme auf der einen Seite würde die Lasten auf der anderen Seite entsprechend erhöhen.

Die Kanzlerin hingegen sage (Achtung, von Baring schon im Jahr 2011 zitiert!), „TINA“.

Dieses Wort wird an sich der früheren britischen Regierungschefin Margaret Thatcher zugeschrieben und meint ausgeschrieben: „There is no alternative“. Also: „TINA“.

Ein Wort wie in Stein gemeißelt – nur grundsätzlich falsch. Dennoch bleibt es bei diesem „Mantra“, wie Baring es nennt.

Angela Merkel hat stets betont, das europäische Schicksal sei mit dem „Euro verbunden“. Ein weiteres „Mantra“. Das ist schlicht falsch. Das meint auch Arnulf Baring ebenso wie diese Redaktion.

Grundsätzlich ist es immer vorstellbar, dass Europa in einem „einigen Rahmen“ existiert, auch wenn es keine gemeinsame Währung gibt. So wie die NATO als Verteidigungsbündnis funktioniert, so wie der Handel zwischen den USA und der EU relativ gut funktioniert und umgekehrt auch zahlreiche Länder den Dollar eingeführt haben, ohne gleich Mitglied in den „Vereinigten Staaten“ zu sein.

Alles ist denkbar. Nur bei „TINA“ nicht.

Baring resümiert, der Euro habe zu „dramatischen Verwerfungen“ geführt, die wir ohne ihn noch nicht einmal erlebt hätten. Dabei würden die Milliardenzahlungen Deutschlands die Krise ohnehin noch einmal verstärken. **Sollte es nicht gelingen, ein Land wie Griechenland aus der Eurozone auszuschließen, dann müsste Deutschland den eigenen Austritt androhen und eine Art „Nord-Euro“ diskutieren.**

Merkel fehlt der Weitblick ...

Genau in dieser – damaligen – Krise, die bis heute anhält, würde es sich rächen, dass Angela Merkel der „strategische Weitblick“ fehle. Sie würde zur taktischen Raffinesse neigen. Sie wisse sich still und leise durchzusetzen, so der Historiker. Dabei sei sie geprägt von ihrer Vergangenheit als Pfarrerstochter in der DDR.

Die DDR sei eine nicht zu beeinflussende „fixe Größe gewesen“. So habe sie darauf achten müssen, einen Schritt nach dem anderen zu setzen, ohne dabei politisch anzuecken. Und hier zitieren wir ihn noch einmal mit seinem einprägsamen Bonmot: „Diese inhaltsarme, aber effiziente Form, sich den Weg durch alle Schwierigkeiten zu bahnen, kennzeichnet sie. Das ist ihre Stärke und ihre Schwäche zugleich.“

Peter Struck wiederum, den Baring dann zitiert, früherer SPD-Fraktionsvorsitzender, beschreibt es anders. Angela Merkel sei eine gute Pilotin. Man könne sich der Pilotin bzw. der Kanzlerin geradezu bedenkenlos anvertrauen. Es sei denn, es sei einem nicht gleichgültig, wohin die Reise gehe, so der SPD-Politiker während der schwarz-gelben Regierungszeit, als die SPD noch etwas Opposition üben durfte ...

Insgesamt, so Baring, meine die Merkel-Regierung offenbar, die Bundesrepublik Deutschland sei unverwundlich. **Genau daran, an diesem falschen Glauben allerdings, wären seit 1871 inzwischen vier Regierungen Deutschlands gescheitert. Nachdem Bismarck sein Deutsches Reich gegründet hatte, ging zunächst das Kaiserreich an diesem Glauben zugrunde. Dann erwischte es die Weimarer Republik. Es folgten das selbsternannte „Dritte Reich“ sowie schließlich die DDR.**

Und insofern treffen sich hier, verkürzend dargestellt, Angela Merkel und Helmut Kohl wieder. Der letztgenannte ist als Totengräber der D-Mark in die Geschichte eingegangen.

Den schon vorhandenen Binnenmarkt in Europa ließ er ausbauen zur gemeinsamen Eurozone. Der Binnenmarkt kann auch nach dem Ende der Eurozone noch funktionieren. Er ist nicht an den Euro gebunden.

Der Euro würde nur existieren, so erinnert Baring wiederum, um Frankreich die Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands abzukaufen. Helmut Kohl begrub damit die D-Mark.

Angela Merkel begräbt den Euro – so Baring und so auch diese Redaktion. Und dies wird ihr politisches Ende sein, jedenfalls aller Wahrscheinlichkeit nach. Baring selbst beharrt darauf, schon 15 Jahre zuvor geschrieben zu haben, die „Währungsunion werde auf ein gigantisches Erpressungsmanöver und eine Transferrunion hinauslaufen“. Es ist exakt so gekommen.

Die Lösung ...

Baring beharrt darauf, dass in jeder Krise sozusagen eine Chance stecke. Hier sei es die „Rückbesinnung auf die Nation“. Diese müsse wieder als Schicksalsgemeinschaft zu erfahren sein. Die „deutsche Vorstellung“, die wir hier als Merkel-Vorstellung interpretieren, das Zeitalter der Nationalstaaten sei vorüber, sei nicht mehr zielführend. Außerhalb unserer Grenzen habe dies ohnehin niemand je angenommen.

Dafür zitiert er den großen Franzosen Charles de Gaulle. Dieser hatte vorausgesehen, die „Gemeinschaft“ könne in „unaufgeregten Zeiten den Zusammenhalt sichern“. In existenziellen Krisen sei dies nicht möglich. Die Zukunft gehöre dem „Europa der Vaterländer“. Nicht aber Angela Merkel, die mit ihrem Internationalismus-Projekt, das sie offensichtlich durch ihre Herkunft geprägt sogar vergleichsweise begeistert verfolgt, schon jetzt fast gescheitert ist. Die Eurozone jedenfalls erodiert bereits. Und das ganz ohne die Landtagswahlen, die Angela Merkel nebenher verliert.

4. DIE NACHFOLGE-INSZENIERUNG

Szenario: Wenn Angela Merkel geblieben wäre ...

Die Option, zu bleiben, wäre in der aktuellen Konstellation nicht mehr möglich gewesen. Angela Merkel hätte Anfang Dezember um den Parteivorsitz kämpfen müssen. Noch vor wenigen Tagen soll Friedrich Merz offenbart haben, dass er nach der Hessenwahl antreten könnte, jedoch möglicherweise noch einige Tage Bedenkzeit benötigen würde.

Angela Merkel muss gehnt haben, dass Friedrich Merz auf jeden Fall angetreten wäre – entweder als Konkurrent auf dem Parteitag, vorher als Stimmungstörer oder aber wie in diesem Fall nach ihrem angekündigten Rückzug vom Parteivorsitz. Da sie selbst es war, die Friedrich Merz innerhalb der CDU entmachtete hatte, als sie ihn als Fraktionsvorsitzenden im Bundestag ablösen ließ, lag dieser „Racheakt“ nahe.

Merkel muss zudem gehnt haben, dass eine offene Kandidatur gegen sie die gesamte Machtfrage auf die politische Tagesordnung geholt hätte. Dann wäre es nicht nur um den Vorsitz innerhalb der CDU gegangen, sondern gleich um die Kanzlerschaft. Insofern hat Angela Merkel die möglicherweise letzte Chance ergriffen, wenigstens die Kanzlerschaft zu retten.

Die Leitmedien haben diesen Schritt zunächst goutiert. So wurde kommentiert, dass der mögliche Nachfolger seiner Vorgängerin Respekt entgegenbringen müsse, da sie diesen „mutigen Schritt“ gegangen sei. Dies mag das Kalkül von Angela Merkel gewesen sein.

Gleichzeitig muss sie gewusst haben und wissen, dass der nächste Vorsitzende versuchen wird, das Kanzleramt zu übernehmen. Ein Parteivorsitz ohne Kanzlerschaft ist politisch sinnlos. **Dementsprechend folgerichtig war es, auf eine weitergehende Kandidatur für die nächste Wahlperiode zu verzichten. Sie hat mit diesem Schritt die Maximalchancen für sich gesichert.**

Zudem hat sie es geschafft, sich innerparteiliche Konkurrenten sozusagen zunächst vom Hals zu halten. Ein einziger Rücktritt bzw. angekündigter Rücktritt reichte dafür aus. Jens Spahn galt schon lange Zeit als Konkurrent, der allerdings noch zu schwach war. Dennoch hätten Spitzen aus dem Umfeld des Nachwuchstars immer wieder dafür sorgen können, sie noch weiter zu schwächen.

Wir hatten bereits Ende Juni prognostiziert, dass die Partei sich um Nachfolger kümmert. Hier eine erste Einschätzung, die sich allerdings inzwischen bezogen auf Julia Klöckner etwas verändert.

Schon vor wenigen Monaten sichtbar: Die Nachfolger bringen sich in Position

Merkels Machtverfall ist allgegenwärtig und überall zu verfolgen. In den Umfragerwerten stürzt die Kanzlerin weiter ab, die Attacken seitens der CSU werden immer dreister, die Zahl der „Endzeit“-Kommentare in den Medien wächst und die Isolation Merkels beim EU-Asyl-Gipfel war geradezu erstaunlich.

Dieser Tage reicht es aber vollkommen aus, sich in der Unionsfraktion umzuhören. Dort wird inzwischen ganz offen über Merkels Nachfolge diskutiert. Sollte die Kanzlerin an ihrer Migrationspolitik tatsächlich straucheln und in wenigen Monaten endlich aufgeben müssen, hat die Union derzeit vier Optionen für eine realistische Nachfolge.

Wolfgang Schäuble: Sollte es zu einem dramatischen Kanzlerinnensturz kommen, stünden die Chancen für den CDU-Greis Wolfgang Schäuble nicht schlecht, als Übergangskanzler einzuspringen. Schäuble ist eine CDU-Legende und genießt als Bundestagspräsident Autorität.

Er könnte sogar von der SPD als Übergangskanzler akzeptiert werden. Dass sich Schäuble noch immer schützend vor die Kanzlerin stellt, könnte ihm allerdings Minuspunkte einbringen. Dennoch hat er mit seinen 45 Jahren Parlamentsmitgliedschaft als ältester Dienstabgeordneter wenige Konkurrenten.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Merkel selbst setzt auf Kramp-Karrenbauer als ihre Nachfolgerin. Die CDU-Generalsekretärin soll in der Partei Sympathie genießen. Man mag ihre uneitle und ausgleichende Art. AKK, wie sie unionsintern gerne genannt wird, hat zudem wichtige Wahlen gewonnen. Sie hat Rot-Rot-Grün im Saarland zu Fall gebracht und damit letztlich Merkel die Kanzlerschaft gerettet. Für manche Parteigenossen gilt sie allerdings zu Merkel-nah, zu sozial- und linkspolitisch orientiert. Der offene Brief, den sie an die CDU-Mitglieder schrieb, hat viele befremdet. Denn in der Union besteht der Wunsch nach grundlegender Erneuerung.

Jens Spahn: Zwischen AKK und Spahn dürfte auf jeden Fall eine Rivalität entstehen, denn Spahn steht eher für konservative Erneuerung. Er ist zum Symbol der Merkel-Kritik in der Union geworden. Er prangerte Merkels Fehler in der Migrationspolitik als erster öffentlich an. Mit seinem Buch „Staatsversagen“ stellte er Merkel und ihre Macht infrage. Auf zwei Parteitagungen konnte er Merkel sogar in einer offenen Feldschlacht besiegen. Rückendeckung würde Spahn von den Jungen in der Union erhalten, aber auch von Schäuble, der als sein Mentor gilt. Nicht zu vergessen: Spahn war vergangenes Jahr beim Bilderberger-Treffen in den USA eingeladen.

Julia Klöckner: Sollte es zwischen AKK und Spahn zu einem nicht beilegbaren Machtkampf der Lager kommen, könnte Klöckner als lachende Dritte ihre Chance bekommen. Klöckner ist bereits seit 2012 CDU-Stellvertreterin Merkels. Ihr Verhältnis zur Kanzlerin ist weder nah noch distanziert. Sie verkörpert die Mitte zwischen Spahn und AKK.

Im Machtkampf zwischen CSU und CDU hat sie sich auffallend zurückgehalten. Ihre Devise ist, Balance zu halten zwischen Merkels und Seehofers Politik.

Egal wie die Wahl für Merkels Nachfolge ausfallen wird – eine echte Alternative mit der Chance auf eine grundlegende Erneuerung der deutschen und europäischen Politik ist von keinem der potenziellen Kandidaten zu erwarten.

Friedrich Merz hat durch seine vielfältigen Verbindungen in die Wirtschaftselite sowie auch in die herrschende Politik hinein jederzeit die Möglichkeit, der Kanzlerin im richtigen Augenblick das Leben schwerzumachen. Auch dies ist, eingebunden in die Nachfolgefrage, auf diese Weise nicht mehr möglich.

Annegret Kramp-Karrenbauer hat bereits am Wahlabend von Hessen erkennen lassen, wie fragil ihre Solidarität zur Kanzlerin sein könnte. Auf die Frage, ob die Kanzlerin den Parteivorsitz gegebenenfalls aufgeben werde, hat die Generalsekretärin lediglich geäußert, sie habe darüber noch keine (neuen) Informationen.

Schließlich bleibt noch Achim Laschet aus Nordrhein-Westfalen. Dass der Ministerpräsident zum Kritiker werden könne, offenbarte sich bereits in der sogenannten Flüchtlingsfrage in Bayern. Während CSU-Chef Horst Seehofer in seiner Eigenschaft als Innenminister des Bundes auf bestimmten Grenzkontrollen gegenüber Österreich beharrte und die Koalition Anfang Juni 2018 fast zum Abschluss freigegeben hätte, vermerkte Laschet, er wolle an der Praxis seines Bundeslandes mit vergleichsweise unsicheren Grenzöffnungen nichts ändern.

Sowohl aus der Mittelstandsvereinigung und ähnlichen Verbänden innerhalb der Union und in deren Umfeld wie auch aus dem Norden der Republik, aus Nordrhein-Westfalen mit dem neuen Fraktionsvorsitzenden, dürfte jetzt wenig Kritik zu vernehmen sein. Unter dem Strich hat Angela Merkel die Konkurrenz ruhiggestellt und darf darauf hoffen, zumindest noch das Ende ihrer Kanzlerschaft innerparteilich vergleichsweise ruhig erleben zu können.

Zugleich greift sie, ohne dies zu betonen, in die Nachfolgedebatte ein.

Der Merkel-Trick: Wie Sie die Wahl des Nachfolgers noch beeinflussen kann

In den ersten Stunden nach ihrem angekündigten Rücktritt hatten sich mehrere mögliche Nachfolger beworben oder sind zumindest widerspruchsfrei benannt worden: Achim Laschet aus Nordrhein-Westfalen, Friedrich Merz, die neue Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer sowie Jens Spahn, die wir oben bereits erwähnt haben.

Da der angekündigte Rücktritt überraschend erfolgt sein dürfte, ist die Position möglicher Nachfolger noch ausgesprochen schwach. Jens Spahn, ein möglicher Kandidat der einflussreichen „Bilderberger“, ist auf dem falschen Fuß erwischt worden. Seine politischen Weggefährten, JU-Vorsitzender Paul Ziemiak und der Chef der Wirtschaftsvereinigung Carsten Linnemann, haben in der Öffentlichkeit bis dahin kein richtiges Gehör organisiert.

Kandidat Jens Spahn: Auf dem falschen Fuß erwischt

Angela Merkel hat keinen besonderen Hehl daraus gemacht, dass sie Jens Spahn als möglichen Nachfolger sieht bzw. erwartet und dies offenbar verhindern möchte.

Noch in der vorhergehenden Legislaturperiode hatte Jens Spahn sich bei der Kanzlerin unbeliebt gemacht. Er hat sich nach Angaben von „N-TV“ (vgl. <https://www.n-tv.de/politik/Warum-Merkel-Spahn-einbindet-article20306237.html>) 2014 „gegen den Willen der Vorsitzenden ins CDU-Präsidium wählen“ lassen. Sein Konkurrent dort war Hermann Gröhe, der wiederum damals noch Gesundheitsminister von Merkels Gnaden war.

Mit dem Sitz im Präsidium der Partei verschaffte Spahn sich in der Öffentlichkeit größeres Gehör. Ende 2015 veröffentlichte er seinen Befund zur sogenannten „Flüchtlingskrise“. Merkel und ihrer Regierung warf er „Staatsversagen“ vor. Ein Jahr darauf nutzte er einen Parteitag der CDU, um die „doppelte Staatsbürgerschaft“ wieder abschaffen zu lassen. Angela Merkel hatte sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, die „doppelte Staatsbürgerschaft“ beizubehalten.

Jens Spahn wiederum nutzte den Umstand, nicht Mitglied der Regierung zu sein, um sich als konservativer Kritiker der Regierung Merkel zu profilieren. So zeigte er sich auf Twitter einige Male mit dem österreichischen – ebenfalls jungen – Bundeskanzler Sebastian Kurz, der gerade in dieser „Flüchtlingskrise“ einige Male gegen Merkel opponiert hatte und diesem Umstand offenbar auch seine Wahl in Österreich verdankte.

Jens Spahn nutzte die Zeit als populärer Nicht-Regierungspolitiker gleichfalls, um sich den bekannten „Bilderbergern“ vorzustellen. Einer einflussreichen Gesellschaft, die zwar in aller Öffentlichkeit tagt, aber unter dem Verdacht steht, an wichtigen Weichenstellungen in verschiedenen Ländern massiv beteiligt zu sein.

Darüber hat diese Redaktion berichtet:

Aufgedeckt: Hat die Elite den neuen Kanzler bestimmt?

Britische Zeitung prophezeit Spahn als neuen Kanzler

Angela Merkel heimlich auf dem Rückzug? Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther packte jetzt aus: Jens Spahn in der „Führungsreserve“ (vgl. <https://www.shz.de/regionales/kiel/daniel-guenther-bringt-sich-fuer-merkel-nachfolge-ins-gespraech-id17562361.html>).

Schon im August 2016 hat die britische Tageszeitung „The Guardian“ Jens Spahn als den Mann präsentiert, der eines Tages Merkel als Kanzler ersetzen wird. Hat „The Guardian“ damals schon mehr Informationen als der Rest der Öffentlichkeit gehabt oder war deren Spekulation einfach nur gut? Wie erklärt es sich, dass Jens Spahn dieses Jahr zum ersten Mal beim Bilderberger-Treffen am 1. Juni in den USA eingeladen war?

(<https://www.theguardian.com/world/2016/aug/28/jens-spahn-man-who-could-replace-merkel-interview-germany>)

Merkel ist nicht mehr unantastbar

Merkel, die bis 2015 quasi unantastbar über Deutschland regierte, hat durch die Flüchtlingskrise einen empfindlichen Imageschaden und Beliebtheitsverlust erlitten. Aus den eigenen Reihen gab es bis dahin keine ernstzunehmenden Herausforderer und Kritiker. Doch dann kam plötzlich Jens Spahn auf die Bildfläche. Aus dem Nichts. Vorher nie was von gehört. „Junger Wilder“ wird er genannt, der 37-Jährige. Wird oft mit Macron verglichen.

Steile Karriere wie Macron

Der Finanz-Staatssekretär hat eine schnelle Karriere hingelegt. Auf die er sichtlich stolz ist. Kam schon mit 22 in den Bundestag und wird jetzt als heimlicher Kanzlerkandidat und Herausforderer von Merkel gehandelt. Schlagzeilen hat er wegen seinen Äußerungen zur bundesdeutschen Islam-Politik mit seiner Forderung eines Islam-Gesetzes gemacht. Seitdem wird er öfters als „Burkaphober“ Rassist bezeichnet. Doch das stört ihn nicht. Im Gegenteil, er genießt das mediale Interesse und erscheint dabei doch irgendwie emotionslos, berechnend und gewinnorientiert. Ganz wie Macron.

Offene Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik

Er hält sich nicht zurück, Merkels Flüchtlingspolitik zu kritisieren: „Deutschland ist nicht das richtige Land für diejenigen, deren Frauen Burkas oder Gesichtsschleier tragen müssen. Gerade jetzt, wo so viele nach Deutschland kommen wollen, muss klar signalisiert werden, was akzeptabel ist und was nicht. Das deutsche Volk will gerne Flüchtlingen helfen, aber auf eine geregelte Art.“ Spahn befürchtet, dass Deutschlands Liberalität und Offenheit durch die Einwanderung von Muslimen verloren gehen könnten. Diese müssen bewahrt werden, so Spahn.

Hat Spahn Narrenfreiheit?

Spahn ist nicht der Einzige, der in der CDU/CSU Merkels Flüchtlingspolitik kritisiert hat. Doch alle anderen, insbesondere CSU-Chef Horst Seehofer, wurden schnell zurückgepfiffen und in ihre Schranken gewiesen. Spahn aber hat anscheinend Narrenfreiheit. Weiß Merkel, dass ihre Zeit abgelaufen ist? Trotz seiner Kritik an Merkel behauptet er aber, sie zu unterstützen und im September als wiedergewählte Kanzlerin sehen zu wollen.

Die Bundesregierung habe seit der Krise wieder die volle Kontrolle über die Situation zurückerlangt, so Spahn. Alles nur Honig ums Maul?

Merkels Zenit vorbei

Und dennoch. Auch wenn Merkel jetzt von den Medien für die Bundestagswahl im September nochmal hochgelobt wird – ihr Zenit ist vorbei. Dies zeigte sich nicht deutlicher als beim CDU-Bundesparteitag im Dezember 2016 in Essen. Schon da hat „Mutti“ erheblichen Gegenwind von ihren Parteigenossen erhalten. Die Delegierten verabschiedeten einen Leitantrag, in dem sie eine deutliche Verschärfung der Flüchtlingspolitik verlangten. Allen voran Jens Spahn, der sich für den Antrag ausgesprochen hatte und mittlerweile als wichtigster Kritiker Merkels gilt: Abschiebungen sollten damit einfacher und die doppelte Staatsbürgerschaft gekippt werden. Mit diesem Antrag haben sich die Delegierten eindeutig gegen die Parteispitze gestellt, indem sie mehrheitlich dafür stimmten. Merkel hat durch Spahns Initiative eindeutig Macht eingebüßt.

Unverhohlene Kanzler-Kritik

Schon mit seinem Buch „Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge“, das 2015 erschienen ist, stellte er sich ganz unverhohlen gegen die Politik der Kanzlerin. Darin bemängelt er Merkels Flüchtlingspolitik als Staatsversagen und einen gefährlich verharmlosenden Umgang mit dem Multikulturalismus. Seitdem tritt Spahn regelmäßig als Kritiker der Merkel-Politik auf. Er spricht Themen an, die von Merkel bislang unkommentiert und ignoriert blieben. Themen wie Schwulenhass, Kinderehen oder Gewalt als Konfliktlösung bei Muslimen.

Allzeit in den Medien präsent

Erst Mitte Juli, nach den Vorfällen von Schorndorf, forderte er wieder eine ehrlichere Debatte über die Probleme bei der Integration von muslimischen Flüchtlingen in Deutschland. Die Gesellschaft laufe Gefahr, mehr Gewalt zu akzeptieren. Fremde Kulturen seine zwar eine Bereicherung für die Gesellschaft. Doch ein Zuviel an fremder Kultur bedeute irgendwann das Aus für die eigene Kultur.

Merkel hat ausgedient

Die Kanzlerin hat ausgedient. Bei den Deutschen und in ihrer Partei. Dass Jens Spahn der neue Kanzler-Wunsch Kandidat der „Bilderberger“ sein könnte, ist nach seiner Einladung zum Bilderberger-Treffen nicht von der Hand zu weisen. In den Medien ist er allzeit präsent – und kann die Kanzlerin folgenlos kritisieren. Anscheinend wurde er schon nominiert. Und Merkel weiß das auch.

Die Bundestagswahlen sind noch nicht entschieden. Auch wenn Merkel sich nach außen souverän und siegessicher gibt. Eins aber jetzt schon sicher: Schulz wird nicht Kanzler.

Damit hat Jens Spahn also zum damaligen Zeitpunkt vor noch nicht einmal 1,5 Jahren unsere Redaktion überzeugt, sondern auch die Kollegen aus England vom „Guardian“ sowie auch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Grundsätzlich kann Merkel für ihre Entscheidung drei Gründe haben. Erstens: Die Kanzlerin schätzt den Mann, den Wolfgang Schäuble 2015 zum Finanzstaatssekretär machte. Zweitens: Sie glaubt, ohne Spahns Berufung ihre Kritiker in der CDU nicht ruhighalten zu können. Drittens: Merkel hofft, ihren profiliertesten Kritiker einbinden zu können.

Allerdings ist Jens Spahn auch ohne die Berücksichtigung durch die „Bilderberger“ kein unbeschriebenes Blatt. Was wäre von ihm zu erwarten?

Die künftige Rolle von Jens Spahn

Der AfD-Vorsitzende Gauland ortet Jens Spahn als „rechten“ Politiker der Union ein, der seiner Partei, der AfD, durchaus Konkurrenz machen und dabei auch Wähler abspenstig machen könnte. Seine oben bereits skizzierte Vita lässt dies teils vermuten. Doch Jens Spahn ist auch ein ausgewiesener Wirtschaftspolitiker mit einem mächtigen Netzwerk.

Sehen wir uns an, was „Lobbypedia“ dazu meldet. Auf der Seite „Lobbypedia“ finden sich vielsagende Einträge über Jens Spahn.

Zunächst zu seiner Kurzvita.

- Seit März 2018 Gesundheitsminister der Bundesrepublik Deutschland
- Von Juli 2015 bis März 2018 Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium des Bundes
- Seit 2002 ordentliches Mitglied im Deutschen Bundestag und dort
 - + Von 2009 bis Juni 2015 gesundheitspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion
 - + Von 2005 bis 2009 Obmann für die Unions-Fraktion im Gesundheitsausschuss
- Von 2009 bis 2015 Kreistagsabgeordneter in Borken
- Von 2003 bis 2008 Studien der „Politik- und Rechtswissenschaften“ an der staatlichen Fernuniversität von Hagen

- Von 1999 bis 2009 Mitglied des Ahauser Stadtrates
- Von 1999 bis 2006 Kreisvorsitzender der Jungen Union in Borken
- Von 1999 bis 2001 Ausbildung zum Bankkaufmann, dann bei der WestLB Münster Bankkaufmann

Seine inhaltlichen Tätigkeiten:

Schon im Jahr 2005 war Jens Spahn als damaliger gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion an den maßgeblichen Entscheidungen der Union zur Gesundheitspolitik beteiligt, damals unter der GroKo von CDU/CSU und SPD in der ersten Legislaturperiode von Angela Merkel. Im Jahr 2008 warb er in Zusammenarbeit mit dem Europapolitiker der – in Deutschland oppositionellen – FDP Chatzimarkakis für einen liberalisierten Apothekenmarkt. Der Apothekenmarkt in Deutschland gilt und galt als streng reguliert. Online-Apotheken oder Niederlassungen von Online-Apotheken, die heute zum täglichen Erscheinungsbild gehören, waren vor Jahren nicht denkbar.

Laut Focus im Jahr 2012 hat Jens Spahn jedoch auch in andere Richtungen gewirkt. Im Jahr 2006 gründete Jens Spahn eine GbR, die zur Aufgabe hatte, die „Beratungsagentur Politas“ zu verwalten. Beteiligte an dieser GbR waren sein Büroleiter Markus Japser sowie der Lobbyist Max Müller. Jens Spahn hatte sich mit einem Anteil von 25 % an dieser GbR beteiligt und musste daher seine Beteiligung nicht der Bundestagsverwaltung melden. Schon 2007 gelang es „Politas“, einen Gewinn in Höhe von 32.000 Euro zu erzielen. Insofern hat auch Jens Spahn – vermutlich zu einem Viertel – einen Anteil an diesen Gewinnen erhalten. 2008 und 2009 hat Spahn eigenen Einlassungen zufolge keine Gewinne kassiert.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Zielgruppe der Beratungsgesellschaft: Laut Focus (26. November 2012) waren vor allem Unternehmen aus der Pharma- und Medizinbranche Kunden der Beratungsgesellschaft. Also genau jene Unternehmen, die auch von seiner politischen Arbeit betroffen sind oder sein könnten. Und doch sah der „Focus“ schon im Jahr 2012 voraus, dass Spahn in der Union ein kommender Gesundheitsminister sein könne (vgl. https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-28335/politik-im-nebenjob-abgeordneter_aid_867815.html). So würde er über sein „diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie“ Geld verdienen. Zumindest sieht der Focus, Spahn würde im Kern oder „schwerpunktmäßig“ genau dieses Klientel beraten. Müller gilt diesem Bericht nach als ein „gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharma-Großhändler Celesio“ ebenso tätig geworden ist wie für die privaten Rhön-Kliniken.

Das Geschäftsmodell bezeichnete das Magazin sogar als „anrühlich“, wenngleich es klug sei. Er würde als **„Politiker (...) die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich“ entwickeln, während (...) Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit“** sowohl über diese Entwicklungen informieren könne als auch dann seine Beratungsleistungen anböte. Großkonzerne sind wichtige Abnehmer solcher Informationen, da sie gravierende Budgets für Forschungsaktivitäten verwalten, in die Infrastruktur investieren und am Ende auch Standortentscheidungen treffen müssen.

Vielversprechend jedenfalls ist der Auftritt der „Politas“, die damals vom Focus aufgeführt worden ist:

„Ganz gleich, ob es um eine Anhörung, ein Hintergrundgespräch oder um eine Plenardebatte geht. Wir sind für Sie dabei.“ Gemeint war offensichtlich der Teilhaber Jens Spahn. Die anderen beiden Beteiligten hatten weder direkt noch indirekt formalen Zugang zu den politischen Entscheidungsgremien.

Allerdings hat Jens Spahn schon vor Erscheinen dieses Berichtes seine Anteile verkauft. Dies begründete er exakt so, wie es die Situation vermuten lässt: Er wollte nicht den Eindruck erwecken, es gäbe Interessenkonflikte. Insofern ist diese Konstruktion lediglich ein Indiz dafür, dass auch Jens Spahn Politik und Geschäftliches bestens zu verknüpfen weiß. Dabei habe er, so verweisen wir wieder auf die Angaben bei Lobbyedia, lediglich einem Freund dabei helfen wollen, den Sprung in die Selbstständigkeit zu vollziehen.

Seltsame Verquickung mit den Interessen der privaten Krankenversicherungen?

Zudem aber zitiert die Seite aus einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“, den diese am 30. November 2012 veröffentlicht hatte. Dort wird von einem Positionspapier berichtet, das Jens Spahn zusammen mit dem Politiker Johannes Singhammer von der CSU verfasst hatte. Dieses Papier galt als „Positionspapier“ der gesamten Union und besitzt von daher relativ hohes Gewicht.

Hintergrund des Papiers ist die damals von der Partei der Grünen vehement geforderte Bürgerversicherung, die alle „Bürger“ als Zahlende in die Krankenversicherungen einbeziehen sollte – kurz formuliert. Den beiden Autoren des Unions-Positionspapiers nun wird vorgeworfen, sie hätten ihre Stellungnahme quasi direkt vom „Verband der Privaten Krankenversicherung“ abgeschrieben. So findet sich ein Abschnitt im Text der Krankenversicherer, in dem vom „schönen Namen ‚Bürgerversicherung‘“ die Rede ist. Dieses Wortspiel verwenden Spahn und sein Kollege ebenfalls und zitieren weiter aus dem Text des Verbandes, worum es gehe: „ausnahmslose Zwangsmitgliedschaft, mehr staatliche Bevormundung und Bürokratie, beschränkter Leistungskatalog für alle, weniger Selbstbestimmung, weniger Wettbewerb, keine Nachhaltigkeit“.

Auch dieses Zitat darf als Beleg dafür gelten, dass Jens Spahn sich bei seiner Arbeit zumindest in der Vergangenheit den Interessen bestimmter Gruppierungen im Bereich der Gesundheitsindustrie durchaus näher fühlte als anderen.

Dazu zählt auch der Umstand, den Lobbypedia in Bezug auf eine weitere Tätigkeit erwähnt. Bis März 2015 hinein war Spahn als Vorsitzender des „Beitrags Gesundheit“ einer Gesellschaft zum „Studium struktureller Fragen“ tätig. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, Gesetzesinitiativen und Vorhaben vorzubereiten, indem sie die Meinungen und Entwürfe sowohl Unternehmen wie auch Verbänden vorlegt als auch bei den Abgeordneten im Bundestag und „Vertretern der Bundesregierung“, also gleichfalls Staatssekretären etc., zur Sprache bringt. Auch hier taucht der Verband der Privaten Krankenversicherungen (PKV) wieder auf. Die Beiräte dieser Gesellschaft wiederum tagten praktischerweise gleich in den Mittagspausen während der Sitzungen des Deutschen Bundestages. So könnten alle Beteiligten am „Meinungsaustausch teilnehmen“, heißt es. Näher als in dieser Konstellation lassen sich die Wünsche einer Lobbygruppe wohl kaum noch an die Politik herantragen, meinen wir hingegen.

Doch Jens Spahn war wie beschrieben nicht nur als Gesundheitspolitiker tätig und aktiv, sondern auch als Finanzpolitiker. Während der Phase, in der er als Finanzstaatssekretär und darüber hinaus, bis dato hier nicht erwähnt, als Beauftragter der Bundesregierung für Finanztechnologie arbeitete, hat Spahn in ein anderes Unternehmen investiert. Auch hier wird ein enger Zusammenhang zu seiner politischen Tätigkeit vermutet.

Es geht um das Unternehmen „Pareton GmbH“. Dies ist ein sogenanntes Start-up, also ein junges, gerade gegründetes Unternehmen. Pareton hat es sich demnach zur Aufgabe gemacht, Steuer-Software zu entwickeln, konkret unter dem Namen „Taxbutler“.

Dies hilft seinen Nutzern, Steuererklärungen anzufertigen. Spahn investierte 15.000 Euro und erhielt dafür 1,25 % des Unternehmens. Dafür erhielt er zudem einen Zuschuss in Höhe von 3.000 Euro vom Staat. Die Software ist oder war seiner Auffassung nach eine „pfiffige Idee“.

So pfiffig allerdings empfand etwa die SPD die Idee nicht und meinte, er solle die Einnahmen aus den Beteiligungen zumindest aufdecken. Die Grünen waren der Ansicht, der Interessenkonflikt sei überhaupt nicht akzeptabel. Der Kern des Vorwurfs ist nicht etwa darin zu sehen, dass ein Finanzstaatssekretär die Einnahmen damit „verringerte“ – das macht jeder Steuerberater auch, und dieser dürfte ebenfalls politische Ämter bekleiden –, sondern dass Spahn daran beteiligt ist, ein sehr komplexes Steuersystem aufrechtzuerhalten. Die Steuersoftware löst dann genau die Probleme, an deren Existenz jemand wie Jens Spahn mitarbeitet.

Letztlich gab Spahn seine Anteile dann zurück und zahlte auch den Zuschuss des Staates zurück. Vorher allerdings gab er an, in der Beteiligung kein Problem zu sehen. Umgekehrt muss es das Unternehmen selbst empfunden haben. Dies immerhin ließ sich in der „Wirtschaftswoche“ dahingehend zitieren, dass es vom öffentlichen Dienst deutlich profitiert haben würde. Zudem gebe es einen „Riesenzuwachs“, ausgelöst durch die Berichterstattung. Die allerdings ist Jens Spahn schlechterdings nicht vorzuwerfen.

Dennoch: Sogar die „Bild-Zeitung“ berichtete über diese aus unserer Sicht bedenkliche Beteiligung. Dabei wird Spahn zudem überführt, was die Bewertung des Unternehmens als „FinTech“ angeht. Sehen Sie selbst diesen Auszug ...

Spahn: Hätten Sie sich das nicht spahn können?....

BILD hat bei Jens Spahn nachgefragt: Sie sind Finanz-Staatssekretär und haben 15 000 Euro in eine Firma investiert, die ausgerechnet Steuer-Software entwickelt und vertreibt. Wie sind Sie auf so eine Idee kommen?

Jens Spahn: „Ich fand das eine pfiffige Idee. Denn das ist ja ein Unternehmen, das die Steuererklärung per App leichter und schneller machen will. Das wünschen wir uns alle doch immer. Und das im Rahmen bestehender Gesetze. Als Politiker, der viel mit Start-up-Unternehmen zu tun hat, kann es nicht schaden, auch mal in Wagniskapital zu investieren – mit allen Risiken. Also kam damals der Kontakt zu dieser Firma zustande, über eine gute Freundin, die meinen Anteil auch managt. Und so habe ich mich vor über einem Jahr mit 1,25 Prozent an diesem Unternehmen beteiligt. Ich sehe darin kein Problem.“



Na ja. Sie sind Finanz-Staatssekretär und haben privat Geld in eine Branche investiert, für deren Entwicklung Sie in Ihrem Amt immer wieder geworben haben!

Spahn: „Es handelt sich nicht um ein Fintech-Start-up im eigentlichen Sinne. Ich bin einer von sehr vielen Gesellschaftern, ohne dass ich irgendwann aktiv am Geschäft beteiligt gewesen wäre. Den Geschäftsführer habe ich erst einmal kurz persönlich getroffen, zufällig auf einer Konferenz. Es gab also keinen Interessenkonflikt. Das habe ich damals – vor knapp einem Jahr – auch prüfen lassen, von der Bundestagsverwaltung und auch im Ministerium.“

Das heißt, Sie haben auch Minister Schäuble darüber informiert?

Spahn: „Nein, bisher nicht.“

(Anm. d. Red.: Auf ihrer Website bezeichnet sich die Steuer-Software-Firma selbst als „ein FinTech-Startup, das die Welt der Steuererklärungen revolutionieren wird.“)

PS: Sind Sie bei Facebook? Werden Sie Fan von [BILD.de-Politik](#)!

Quelle: https://m.bild.de/politik/inland/jens-spahn/steigt-bei-steuer-firma-ein-staatssekretar-im-finanzministerium-2983894.bildMobile.html###wt_ref=https%3A%2F%2Flobbypedia.de%2Fwiki%2Fjens_spahn&wt_t=1540922120622

Schließlich listet Lobbypedia eine Reihe der Verbindungen, Netzwerke und Knotenpunkte des Politikers Jens Spahn auf, die auch heute zum größten Teil noch eine Rolle spielen. Deshalb nehmen wir die Auflistung hier gleichfalls kurz auf:

- „Parlamentskreis Mittelstand“ von CDU/CSU
- Ludwig-Erhard-Stiftung
- „Deutsche Atlantische Gesellschaft“(!), dort Mitglied
- Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Dort „Gastmitglied im Präsidium“
- Bis Juni 2015 Verwaltungsratsmitglied der „Sparkasse Westmünsterland“
- Bis März 2015 Vorsitzender des „Beirats für Gesundheit“, „Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen“

Die Chancen von Jens Spahn

Schnell waren die Medien mit Einschätzungen zu den Chancen der Kandidaten zur Hand. Jens Spahn etwa wurde im „Focus“ zwar nicht als „Liebling“, aber immerhin als ehrgeizig beschrieben. Sehen wir uns den Bilderberger unter dieser Lupe einmal an.

Er wolle es wissen ...

Der Focus schätzt Spahn so ein, dass dieser nicht nur meinungsfreudig sei, sondern auch unerschrocken – und damit ein großes Talent innerhalb der Partei. Er habe als Gesundheitsminister binnen einiger Wochen sehr viel „im Pflegebereich auf den Weg“ bringen können. Dies sehen Kritiker teils anders, insofern die Regelungen sich oftmals nur auf die angestellten Pflegekräfte beziehen und die freien Pflegekräfte in aller Regel im Regen stehen – aber immerhin.

Zudem sei er als Staatssekretär im Finanzministerium unter der Obhut von Wolfgang Schäuble wiederum bei zahlreichen internationalen Konferenzen dabei gewesen. Insofern hat er sich demnach dort die Meriten bereits verdient.

Ein möglicher Bonus oder Malus: „Über Monate“ sei Spahn inoffiziell, aber faktisch als „Sprecher“ der zahlreichen auch innerparteilichen Kritiker der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel aufgetreten. Dies wiederum sei gleichbedeutend damit, dass er einen Neuanfang verkörpere. Je nach Lesart wie beschrieben ein Bonus und ein Malus. Nach Einschätzung dieser Redaktion eher ein Bonus für Jens Spahn, zumindest innerhalb der Partei und im Kampf um Wähler der AfD, aber auch in konservativen Kreisen der Union.

Sozial ungestüm, aber lernfähig

Einen Malus hat Spahn sicherlich mit einem speziellen Auftritt der ärmeren Bevölkerung erhalten. Er war öffentlich der Auffassung, **Hartz IV bedeute nicht Armut**. Vielmehr sei die Hilfe eine Antwort der Sozialgemeinschaft, also letztlich aller Steuerzahlenden, auf die Armut. Die Reaktion in der Bevölkerung blieb nicht aus und wurde deutlich. Jens Spahn vermied es zwar, wie verlangt selbst für eine kleine Zeitlang von diesem Satz zu leben, stellte sich allerdings der öffentlichen Diskussion und besuchte eine Betroffene.

Vergleichsweise authentisch sogar, wie Beobachter ihm bescheinigten. Das heißt: Spahn lernt und wird sich mit hoher Sicherheit nicht mehr so auffallend ungeschickt in sozialen Fragen äußern. Will die CDU eine Volkspartei bleiben, dann wird sie sich nicht auf das Klientel der Besserverdienenden à la FDP konzentrieren können.

Zudem wird häufig die Frage aufgeworfen, ob Spahn zu jung für das Amt des Vorsitzenden der Union oder gar die Kanzlerschaft sei. Dies sehen seine Mitstreiter anders. Helmut Kohl habe als 41-Jähriger zum ersten Mal für die Spitze in der Partei zur Wahl gestanden, so die Argumente.

Umgekehrt hat Spahn auch viele Unterstützer in der Partei und in deren engerem Umfeld. Diese „Anhänger und Freunde“ werden im Wirtschaftsflügel vermutet. Ebenso soll die Junge Union sich im Umfeld von Jens Spahn wohlfühlen. Diese Unterstützer könnten bei der Wahl auf dem Bundesparteitag eine Rolle spielen, die anderen fehlt.

Für die Union ist Spahn möglicherweise wertvoll, da es ihm gelingen könne, von der FDP wie auch von der AfD Wähler zu gewinnen. Auf der anderen Seite drohe unter ihm der Verlust der „politischen Mitte“.

Insofern werden seine Chancen letztlich als relativ gut betrachtet, wobei eine große Unsicherheit hinsichtlich der „breiten Mitte“ besteht, die an seinen politischen Positionen wie auch an seinem Alter festgemacht werden könne.

Was die Kanzlerin von Jens Spahn hält ...

Die Kanzlerin selbst greift durch die Auswahl des Termins und den Umstand, dass verschiedene Kandidaten überraschend in den Ring steigen, selbst in den Wahlkampf ein. Insofern ist ihre Meinung zu und über Jens Spahn bedeutend.

Der Kanzlerin wurde unterstellt, dass Jens Spahn mit seinen Äußerungen zu verschiedensten Themen wie der Flüchtlingspolitik oder seinen konservativen Auslassungen nervtötend sei. Auf der anderen Seite habe sie sehr wohl registriert, dass Spahn unter den früheren Staatssekretären eines der großen Talente sei und vor allem einem bedeutenderen Kreis an Interessenten und Wählern bekannt sei. Zudem binde er den konservativen Flügel an die Union. Demnach punkte er auch für die Kanzlerin – und das sogar, wenn diese gar nicht mehr zur Bundestagswahl antritt. Auch bis zur kommenden Bundestagswahl gibt es wichtige Wahlen, bei denen es jeweils um die Fortführung der GroKo und damit auch das Amt der Kanzlerin gehen könne. Stabilität wird der Kanzlerin wichtig sein.

Ein weiterer Punkt ist die mannigfaltige Vernetzung von Jens Spahn. Der ist nicht nur als Gesundheits-, sondern vor allem als Wirtschaftspolitiker aufgefallen. Dabei ist er sowohl innerhalb der Union gut vernetzt als auch außerhalb der Partei. Merkel kann davon ausgehen, dass sie bei Wahlkämpfen, die noch immer wichtig für sie sind, künftig mit Spahn an der Seite eine ordentliche Unterstützung erfahren würde, zumal Paul Ziemiak als Chef der Jungen Union für die nötige Mobilisierung sorgen könnte.

Schon jetzt ist es Angela Merkel gelungen, Jens Spahn durch die Einbindung in die Regierung zu bändigen. Der Politiker war vorab dadurch aufgefallen, dass er eine „kritische Aufarbeitung“ des Bundestagswahlergebnisses eingefordert hatte. Zudem sei die Wahl in Baden-Württemberg vor gut zwei Jahren schlecht gelaufen – dies sei ein Beleg für die Schwäche der Regierung. In Baden-Württemberg, einem der Ausgangspunkte für den Niedergang der Union schlechthin, habe die Partei ja nicht verloren, weil die Pflegepolitik so schlecht sei. Derlei Einlassungen sind von Jens Spahn nicht mehr zu hören. Im Gegenteil: Vor einem Dreivierteljahr, bei einer Veranstaltung zum sogenannten politischen Aschermittwoch, verteidigte er sogar den Koalitionsvertrag gegen Kritiker, die hier zu viele sozialdemokratische Farben sahen.

Das heißt: Jens Spahn ist ein Kandidat, mit dem Angela Merkel vermutlich am Ende leben könnte. Zumal er von den Bilderbergern offenbar auch abgesegnet worden ist.

Schlussendlich wird es möglicherweise genau so kommen, wie der Historiker Paul Nolte dies beschrieb. Wir hatten Ende Januar 2018(!) davon berichtet ...

Ende Januar 2018 schon sichtbar: Merkel am Ende wir hatten berichtet

Die GroKo verhandelt bis 4. oder 5.2. Dann ist das Theater vorbei. Auch für MERKEL? Die Kanzlerin möchte die Nachfolge selbst bestimmen. Die Saarländerin Kramp-Karrenbauer gilt als ihre Kandidatin. Ein Historiker hat jetzt verlauten lassen, die CDU sei unter Merkel nach links gewandert. Paul Nolte meint jedoch, dass die Union bald schon konservativer würde. Geeignet ist: Jens Spahn. Wie von watergate.TV bereits vor mehr als einem halben Jahr prognostiziert. Nun wird im Hintergrund möglicherweise schon daran gearbeitet, dieses Szenario auch Wirklichkeit werden zu lassen. Der Historiker spiegelt die Stimmung wider.

MERKEL in zwei Jahren Geschichte?

Der Historiker betont außerdem, die Zeit von Angela Merkel könne in vier, vielleicht auch in zwei Jahren schon vorbei sein. Genauso, wie es watergate.tv ebenfalls prognostiziert hatte. Immerhin ist die Kanzlerin dann möglicherweise in der Lage, die EU-Kommission zu übernehmen.

Der Historiker geht zudem davon aus, die großen Parteien müssten ihre GroKo nach zwei Jahren auflösen. Es ginge um das Signal, dass diese Zusammenarbeit endlich sei und nicht ewig andauere.

Dies dürfte auch nach Einschätzung dieser Redaktion, watergate.tv, der Fahrplan sein, der in den kommenden Monaten und Jahren in Deutschland zu erwarten ist. Jetzt möchte auch Martin Schulz ggf. Minister werden, auch wenn er dies direkt nach der Wahl schon ausgeschlossen hatte. Das zeigt: Schulz sieht derzeit keine großen Perspektiven mehr und sucht schon nach dem Rettungsboot, um seine Karriere halbwegs vernünftig fortzuführen. Die SPD aber tendiert mittlerweile wieder Richtung Sigmar Gabriel, dem noch amtierenden Außenminister. Schulz aber dürfte sich retten – und eventuell mit Merkel zusammen in die EU wechseln, wenngleich auf einer anderen Position. Die deutsche Regierung ist am Ende, bevor sie ihre Arbeit aufgenommen hat.

Kandidatin Kramp-Karrenbauer

Favoritin der Kanzlerin dürfte bei allem Pro und Contra indes Annegret Kramp-Karrenbauer sein. Die ist zumindest berechenbar loyal, nachdem die Kanzlerin die vormalige Ministerpräsidentin des Saarlandes zur Generalsekretärin der gesamten Union machte. Und damit zu „ihrer“ Generalsekretärin.

Nicht zufällig, wie wir schon im Februar 2018 aufdeckten.

Ihre Gegner sollten Merkel wohl niemals unterschätzen. Zu laut war das Geschrei selbst parteiintern geworden, „Merkel muss weg“ und „die Partei braucht eine Verjüngungskur“. Um einer Meuterei vorzubeugen, nahm Merkel einmal mehr das Heft selbst in die Hand und ernannte jetzt kurzerhand die Saar-Regierungschefin Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU.

Sie soll am 26. Februar offiziell dazu gewählt werden. Nach offiziellen Angaben hatte der Vorgänger Peter Tauber aus gesundheitlichen Gründen seinen Rückzug von dem Amt angegeben.

Merkel hat damit zwei geschickte Schachzüge gemacht. Zum einen gibt sie denen Futter, die eine Erneuerung der CDU wollen. Zum anderen macht sie damit eine enge Vertraute zu ihrer Verbündeten, die gleichzeitig viel Macht in der Partei erhält. Merkel überlässt die Personalfrage nicht dem Zufall. Es ist wichtig für sie, dass sie jemanden an ihrer Seite weiß, von dem sie keinen Königsmord zu befürchten hat.

Die 55-jährige Kramp-Karrenbauer, die nicht wirklich eine Verjüngungskur darstellt, ist seit 2010 im CDU-Bundespräsidium und soll einen sachlichen Politik-Stil pflegen. Weiterhin unbekannt ist bislang, wer die weiteren sechs Ministerposten der CDU in der Großen Koalition besetzen soll.

Am 25. Februar werden das CDU-Präsidium und der Parteivorstand in einer vorbereitenden Sitzung für den 26. Februar zusammenkommen. Bis dahin will Merkel die Namen der Minister präsentieren. Auch bei der Besetzung dieser Posten muss Merkel darauf achten, keine Meuterer ins Kabinett zu holen.

Ein schwieriges Unterfangen, denn sie hat nicht mehr viele Befürworter in der eigenen Partei. Vor allem will die Partei nach dem schlechten Ergebnis der Bundestagswahlen eine inhaltliche Kurskorrektur um 180 Grad. Merkel hatte jedoch bislang gesagt, sie wüsste nicht, was sie hätte anders machen sollen. Es wird also spannend, ob sie die Fäden in der CDU noch zusammenhalten kann und vor allem, wie lange noch.

Kramp-Karrenbauer steht anders als Jens Spahn und Friedrich Merz für eine inhaltliche Erneuerung der Union in Richtung einer – wie Kritiker sagen – Sozialdemokratisierung. Für den aufweichenden, sozialen Kurs jenseits des katholischen Hauptklientels also, das bislang die Partei durch Jahrzehnte getragen hatte.

Unter Kramp-Karrenbauer ist zudem eine weitere Schärfung des „Grundsatzprogrammes“ in genau jene Richtung zu erwarten, die dem konservativen Kreis der Union, die Jens Spahn und Friedrich Merz zuwider ist.

Beobachter sind der Auffassung, Kramp-Karrenbauer fehle möglicherweise noch Glamour, um die Kanzlerkandidatur anzustreben. Genau dies mache sie jedoch für die amtierende Kanzlerin noch berechenbarer und beliebter. Angela Merkel hatte ebenfalls als Generalsekretärin noch unter Helmut Kohl den Aufstieg an die Macht in der konservativen Partei geschafft, wurde dann Vorsitzende und erst Jahre später Kanzlerin. In einer Abfolge, die der Kanzlerin auch bei Kramp-Karrenbauer gefallen dürfte.

Nur wird sie schon frühzeitig versuchen, nicht nur den Parteivorsitz, sondern auch das Kanzleramt zu erobern. Kurz bevor diese Prognose sich in Form des Rücktritts von Angela Merkel dann tatsächlich zeigte, kündigten wir Kramp-Karrenbauers Strategie bereits an (am 28. Oktober 2018):

Unsere Einschätzung vor der Hessen-Wahl: Kramp-Karrenbauer versucht es ...

In der Frage der Nachfolge von Angela Merkel als Kanzlerin hat sich jetzt auch die Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer in Stellung gebracht. Die Generalsekretärin kämpft dafür, dass die Macht in einer Hand bleibt – Vorsitz und Kanzlerschaft. Dementsprechend größer würden ihre Chancen auf das große Amt – so erste Stimmen, die diese Aussagen der „Bild“-Zeitung gegenüber als geschickt erachten. Die Generalsekretärin gab die Antworten mit Blick auf einen CDU-Parteitag im Dezember, auf dem es auch um den Vorsitz der CDU geht. Angela Merkel steht – wohl – zur Wiederwahl.

Sie ist jedoch nach den schwachen Landtagswahlergebnissen genau darin gefährdet, so Beobachter.

Kramp-Karrenbauer für beide Ämter in einer Hand ...

Die Generalsekretärin wiederum verweist darauf, die Partei habe in der überwiegenden Anzahl der Landesverbände sowie auf der Ebene des Bundes die Erfahrung sammeln dürfen, es sei besser, die „Ämter in einer Hand zu halten“. Derzeit allerdings würde die Partei einen Erneuerungsprozess durchlaufen, dem noch keine Blaupause deute, wo es langgehen könne.

Sollte Angela Merkel sie auf dem Bundesparteitag als Nachfolgerin vorschlagen, so eine Nachfrage zu ihrer Reaktion, „werde [man] sehen“, was passiert. Sie habe zudem zur Frage, ob der bisherige Innenminister Horst Seehofer in der CSU Parteichef und gleichzeitig Bundesminister bleiben solle oder könne, eine „interne Meinung“. Diese werde sie nicht öffentlich darlegen.

Die Union, so ihre Meinung zur Landtagswahl, müsse nach den Wahlen möglicherweise mit den Grünen sehr hart verhandeln. Dennoch: Die CDU müsse „Volkspartei“ bleiben. Sie müsse deshalb an „alle“ ein Angebot richten, also ein politisches Angebot. Das wiederum erinnert stark an die aktuelle Parteichefin. Die richtet nach Meinung von Beobachtern ihr scheinbares Angebot auch an alle, um dann doch beispielsweise in der EU-Frage stets die Zentralisierung im Fokus zu haben. Offen für alles – das klingt jetzt auch bei ihrer Nachfolgerin (?) durch ...

Die Chancen von Annegret Kramp-Karrenbauer

Wir gehen davon aus, dass die Chancen von Annegret Kramp-Karrenbauer auf den Parteivorsitz nicht aussichtslos sind, insofern Angela Merkel noch immer Autorität innerhalb der Partei vorweisen kann. Nur verfügt auch Annegret Kramp-Karrenbauer nicht über eine nennenswerte Hausmacht, die sie sich in ihrer relativ kurzen Amtszeit hätte aufbauen können. „Lediglich“ die Sozialpolitiker der Union oder die Frauen-Union stehen offenbar hinter der Kandidatin. Deren Lobby ist allerdings vergleichsweise gering.

Was für sie spricht: Sie hat in der ersten Phase ihrer Amtszeit immerhin zahlreiche Gelegenheiten geschaffen, die Basis zu suchen. Sie hat dabei von „Zuhören“ gesprochen, sich selbst allerdings bekannt(er) gemacht. Es wird spannend zu sehen sein, ob sie dabei eine eigene Mehrheit aufgebaut haben könnte. Eher nicht. **Insofern wäre sie darauf angewiesen, dass die Mehrheit der Partei sich gegen die Kandidaten Spahn oder Merz entscheiden möchte. Eine Protestwahl.**

Da davon auszugehen ist, dass die Wahl von „Merz“ von langer Hand vorbereitet worden ist, dass es also zu einem regelrechten Sturz kommen kann, dürfte die Merz-Gruppe jedoch auch solche Konstellationen unterbinden wollen oder unterbinden können. Mit anderen Worten: Die Chancen von Annegret Kramp-Karrenbauer sind unserer Ansicht nach deutlich geringer als die von Friedrich Merz.

Friedrich Merz wiederum wird zugetraut, lediglich deshalb zur Wahl anzutreten, um Jens Spahn zu verhindern. Dies sind zwar lediglich Gerüchte, insofern beide Politiker sogar in etwa demselben „Flügel“ der Partei angehören, könnte aber Auswirkungen haben: Dann, wenn Merz und Spahn sich gegenseitig Stimmen abnehmen, könnte Kramp-Karrenbauer die Gewinnerin innerhalb der Union werden.

Merkel II wäre dann fast in Reinkultur installiert. Dies wäre wiederum der größte denkbare Sieg der noch amtierenden Kanzlerin. Aus Dankbarkeit und wegen ihres fehlenden bundespolitischen Bekanntheitsgrades wird Kramp-Karrenbauer die Kanzlerin loyal bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 stützen.

Dieses Szenario dürfte Angela Merkel anstreben.

Kandidat Friedrich Merz

Tatsächlich hat wohl Friedrich Merz die besten Chancen, das Rennen zu machen. Er hat sich wiederum darauf vorbereiten können, da Angela Merkel ihn ohnehin nicht auf dem Zettel hatte – oder jedenfalls nichts dafür tat, um dem Sauerländer ins Amt zu verhelfen.

Vielmehr gilt der als Erzfeind – oder sie als Erzfeindin.

Friedrich Merz ist also zurück. Vorne haben wir bereits berichtet, dass er sich vor der Hessenwahl bereits in Brüssel mit CDU-Spitzen getroffen hatte. Er hat die Abdankung Merkels offenbar zumindest gehaut oder wollte sie selbst stürzen.

Der bekannte frühere Unions-Außenpolitiker Willy Wimmer beschrieb dies am 29. Oktober bereits ganz eindrücklich (hier zitiert aus: www.nachdenkseiten.de)

„Willy Wimmer zur Kandidatur von Merz zum Parteivorsitz der CDU: Damit wird die CDU völlig zum Ableger US-amerikanischer Politik

Die Kandidatur von Merz für den Parteivorsitz ist von langer Hand vorbereitet und am Samstag letzter Woche finalisiert worden.

Vertraute im Lande wurden darüber unterrichtet, dass er im Fall einer Abwahl von Bouffier noch am Sonntagabend seine Kandidatur zum Parteivorsitz ankündigen werde, ansonsten zwei Wochen Bedenkzeit vorziehe. Eine Kandidatur von Merz bedeutet, die CDU völlig als Ableger amerikanischer Politik der Globalisten bewerten zu müssen. Die amerikanischen Herrschaftsinstrumente liegen bei Friedrich Merz mit dem Chefposten bei der Atlantik-Brücke und der Funktion des Aufsichtsratschefs des Finanzgiganten BlackRock klar auf der Hand.

Die Verzweiflung in der CDU muss gigantisch sein, ein derartiges Risiko mit Herrn Merz eingehen zu wollen.

Merkel hinterlässt in jeder Beziehung „verbrannte Erde“ innerhalb der CDU/CSU, die sich wie die SPD unter und nach Schröder von Merkel nicht wird erholen können. Deutschland steht politisches Siechtum bevor.“

Dies sehen wir ebenso. Er ist der Kandidat der Transatlantiker und des wirtschaftsliberalen Flügels. Dabei ist er offenbar „bereit“, die EU weiterhin mit Leben zu füllen. Ganz im Sinne Angela Merkels? Offenbar noch etwas leidenschaftlicher im Dienst der Transatlantiker, wie eine Aktion des Kandidaten vor Wochen verdeutlicht, die wir oben bereits zitiert haben und hier noch einmal aufführen, um den Zusammenhang herzustellen.

Er steht dafür ein, die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu unterstützen. Ganz so, wie es die Gründungsväter der EU versucht haben. Die wiederum sind nachweislich unter anderem auch dem Auslandsgeheimdienst der USA entsprungen. Der CIA. Dies ist keine sogenannte „Räuberpistole“, sondern gut dokumentiert.

Jedenfalls hat Merz sich mit anderen Politikern für ein „Vereinigtes Europa“ stark gemacht. Wir dokumentierten (auch oben):

Macrons Idee von den Vereinigten Staaten von Europa bekommt unerwarteten Rückenwind aus Deutschland: Hans Eichel (SPD), Jürgen Habermas (Philosophieprofessor), Brigitte Zypries (SPD), Roland Koch (CDU, Friedrich Merz (CDU) und Bert Rürup (Ökonom) haben jetzt im „Handelsblatt“ einen „Aufruf für ein Europa gestartet, das unsere Art zu leben schützt und das Wohlstand für alle schafft – ein Europa der Demokratie und der Menschenrechte“. Sie befürchten den Zerfall der Europäischen Union, verurteilen Nationalismus und Egoismus. Sie fordern von Angela Merkel mehr Einsatz in der Europapolitik, mehr Hilfen für schwache EU-Länder, eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine europäische Armee.

Sie sehen in der EU mehr als ein ökonomisches Projekt. Die EU sei ein Friedensprojekt, das seit 73 Jahren halte. Dieses Projekt sei nun in Gefahr. Nicht Trump oder China bedrohten die EU, sondern diese komme vielmehr aus dem Inneren, dem steigenden Nationalismus und Egoismus, so die Unterzeichner. Europa müsse jetzt für seinen Erhalt große Kraftanstrengungen unternehmen, die finanzielle Opfer, vor allem auch von Deutschland notwendig machten.

Die sechs Unterzeichner des Aufrufs fordern zudem eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Nationale Armeen seien nicht mehr erforderlich, weil man in Europa keinen Krieg mehr gegeneinander führen wolle. Daher sollte eine europäische Armee geschaffen werden. Deutschland solle mit Frankreich vorangehen und die Gründerstaaten sowie Polen und die baltischen Staaten zu diesem Projekt miteinladen.

Die EU sei nicht krisenfest und eine neue Finanzkrise würde die Eurozone womöglich nicht überleben. Dennoch biete eine gemeinsame Währung Vorteile für alle. Eine gemeinsame Währung erfordere jedoch von allen Mitgliedstaaten, bei der Lohn- und Preisfindung europäisch zu denken.

Da eine gemeinsame Währung jedoch auch eine Geldpolitik bedeute, werden Schwache geschwächt und Starke gestärkt. Daher seien Stabilisatoren sowie Eigenanstrengungen erforderlich.

Das Sextett empfiehlt solche Stabilisatoren, wie sie auch Deutschland zu D-Mark-Zeiten geschaffen habe, um die Lebensumstände innerhalb Deutschlands auszugleichen: Arbeitslosenversicherung, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Dazu gehören auch eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik sowie eine europäische Arbeitslosenversicherung. Doch Deutschlands Rolle solle es nicht nur sein, andere zum Sparen und zu Eigenanstrengungen zu ermahnen. Vielmehr geht es um finanzielle Kompromisse, also vor allem um deutsche finanzielle Hilfen.

Die Unterzeichner des Aufrufs fordern die Bundesregierung auf, mit dem französischen Präsidenten „mutig voranzugehen“, um die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest zu machen. Ein weiteres Auseinanderdriften der Eurozone müsse verhindert und eine Politik der Konvergenz eingeleitet werden.

Macrons bekommt mit dem „Appell an Merkel“ unerwartete Unterstützer. Die Idee des Vereinigten Europa soll wieder vorangetrieben werden. Unterm Strich bedeutet ein Vereinigtes Europa, dass Deutschland den Löwenanteil in die Europa-Kassen zahlen muss. Die Mitgliedstaaten würden ihre Souveränität nach und nach verlieren. Dass Europa mit der aktuellen Währungspolitik nicht funktioniert, zeigen die Beispiele Griechenland, Spanien, Portugal und Italien anschaulich. Die Schulden der Länder werden von anderen geschultert. Die wirtschaftlichen Unterschiede der Mitgliedstaaten sind schlicht zu groß.

Wer ist Friedrich Merz?

Nur: Wer ist dieser Friedrich Merz? Wir haben einige Male über den Mann berichtet, der vor allem die Interessen der Finanzindustrie vertritt. Sehen wir uns die wichtigen Eckdaten zu Friedrich Merz an.

Friedrich Merz

Friedrich Merz galt vor vielen Jahren, etwa um die Jahrtausendwende herum, als junger, ehrgeiziger und wirtschaftlich gewandter Politiker der Union. Ein Mann, der Kompetenz mit Mut und Durchsetzungsvermögen verband. Nur steckt hinter dieser Fassade nicht etwa nur ein jugendlicher Held der alternden CDU, sondern ein Interessenvertreter.

Schon früh war er ein „Lobbyist für den Verband der Chemischen Industrie“. Da war er noch nicht einmal Dauer-Berufspolitiker. Zwischen den Jahren 2000 und 2002 fungierte er, inzwischen Rechtsanwalt, als Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion. Vorher, von 1998 bis 2000 und nach Absetzung durch Angela Merkel auch von 2002 bis 2004, war er stellvertretender Vorsitzender der Fraktion.

Ab dem Jahr 2002 soll Merz zahlreiche Geldgeber an sich gebunden haben, die es ihm am Ende auch ermöglichten, ganz aus der Politik auszusteigen. Von 2005 an war er bis 2009 Bundestagsabgeordneter und gleichzeitig Partner der Anwaltskanzlei Mayer, Brown, Rowe&Maw LLP. Ab 2009 dann nur noch für die Kanzlei – bis zum Jahr 2014. Die Kanzlei zählt zu den Top-Kanzleien der ganzen Welt und vertritt in erster Linie die Interessen von Wall-Street-Klienten. So zum Beispiel im Jahr 2010, als Friedrich Merz beauftragt wurde, für den „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), für die im Zuge der Finanzmarktkrise auf Grund gelaufene WestLB einen Käufer zu finden.

Zuvor hatte die Kanzlei, für die er tätig war, die sogenannten „Ramschpapiere“ der WestLB, die einen Buchwert von 77 Milliarden Euro hatten, in eine „Bad Bank“ verlagert, die wiederum der Staat bezahlte. Nach Angaben, die wir hier einem Autor der „Nachdenkseiten“ entnehmen, hat Friedrich Merz für seine Käufersuche ein stattliches Honorar kassiert: 5.000 Euro am Tag.

Seine Käufersuche war „erfolgreich“. Die HSBC Trinkaus&Burkhardt übernahm die „Aktiva“, also die Vermögensbestandteile der Bank. Friedrich Merz war in einer zweiten Angelegenheit erfolgreich: Für den Käufer, die HSBC, übernahm er den Vorsitz im Verwaltungsrat. Der scheint ihm zu gefallen. Noch heute hat er die Position inne. Die Steuerkasse zahlte für die Aufteilung der WestLB im Übrigen insgesamt 18 Mrd. Euro.

Der Köhner ...

Doch dies war nicht sein einziger beruflicher Erfolg im Interesse der Finanzindustrie. Heute bekleidet er noch Posten bei der Versicherung AXA Konzern AG, bei der DBV-Winterthur Holding AG, bei der Deutschen Börse AG (die in der Hauptsache den Handel der Aktien im haus-eigenen DAX regelt), bei der Commerzbank AG, bei der HSBC Trinkaus oder bei Ernst & Young, einem Steuerberatungs- und Unternehmensberatungs-Konzern. **Zudem ist er Vorsitzender des Aufsichtsrates der deutschen Tochter des wohl weltweit bedeutendsten Vermögensverwalters, BlackRock.** Darüber haben wir hier berichtet:

Aufsichtsratsvorsitzender der deutschen „BlackRock“ – das sollten Sie über Friedrich Merz wissen ...

BlackRock – Der unbekannte Weltherrscher

Wie Finanzdynastien und Finanzkonzerne heimlich die Welt regieren

So mächtig wie eine Staatswirtschaft

BlackRock ist ein Vermögensverwalter. Das hört sich zunächst harmlos und solide an. Doch kein anderer Finanzkonzern beherrscht so viel Kapital wie BlackRock. Genauer gesagt, mehr als fünf Billionen US-Dollar. Daneben verblassen Finanzhäuser wie Goldman Sachs oder JP Morgan. Der Finanzgigant ist bislang nur wenig bekannt und wird kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Denn BlackRocks Strategie ist Diskretion. Von der Macht des Unternehmens soll möglichst wenig durch die Medien bekannt werden. Es lohnt sich also definitiv, einen genaueren Blick auf diese „Schattenbank“ zu werfen.

Denn wäre BlackRock ein Staat, hätte sich das Unternehmen nach den USA und China mittlerweile zur drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt entwickelt. Selbst der Vorstandschef der Deutschen Bank, John Cryan, bezeichnete BlackRock als „letzte Instanz“ der weltweiten Versorgung mit Liquidität – über die Zentralbanken hinaus. Unternehmensanteile auf der ganzen Welt

Klingt unwahrscheinlich? Ist aber so. Der US-Investor „schwarzer Fels“ hält selbst an nahezu allen großen börsennotierten westlichen Konzernen, Banken, Investmentunternehmen und Goldminen die größten Unternehmensanteile. Auch in fast jedem Land der Erde ist BlackRock größter Investor. So auch in Deutschland. Alleine an 30 DAX-Konzernen hält BlackRock Anteile von rund 60 Milliarden Euro. Gleichzeitig ist BlackRock ein wichtiger Gläubiger, der Anleihen und Kredite hält.

Als Vermögensverwalter verwaltet BlackRock das Geld seiner Kunden, von Pensionskassen, Staatsfonds und privaten Anlegern.

Die Lenkung der Märkte durch selbsterfundenes Finanzprodukt

Ein Finanzprodukt, das BlackRock kreiert hat, sichert dem Unternehmen Macht bei vielen großen multinationalen Unternehmen: Die ETFs (Exchange Traded Funds) – börsengehandelte Indexfonds, die Indizes wie den DAX oder den S&P500 einfach abbilden und so das Sparen auf Indizes ermöglichen. Doch BlackRock bietet nicht nur den Kauf der ETFs an – durch Kauf- und Verkaufsdruck beeinflusst BlackRock den Markt massiv. Und sorgt so dafür, dass das Unternehmen selbst durch ETFs große Gewinne einfährt. Bis zu zwei Drittel seiner Einkünfte.

Mit den Rothschilds zum Finanzimperium

Der Gründer von BlackRock, Larry Fink, wuchs in der Finanzbranche auf. Nach seinem Studium startete er seine Karriere als Wertpapierhändler bei der Investmentbank First Boston. In den Achtzigerjahren wurde Fink von der größten Immobilienfirma der Welt, Blackstone, rekrutiert. Die Kapitalgesellschaft wurde damals durch die Finanzierung der Rothschilds gegründet. Larry Fink gehörte dort zu den Erfindern von Hypothekenpapieren, die Jahrzehnte später zum Platzen der größten Spekulationsblase und schließlich zur Weltfinanzkrise 2008 führten. 1992 stieg Fink bei Blackstone aus und gründete sein eigenes Unternehmen BlackRock, das 1999 an die Börse ging. 2006 fusionierte BlackRock mit der Investmentbank Merrill Lynch, an der die Rothschilds ebenfalls beteiligt sind. 2009 übernahm BlackRock die Vermögensverwaltung der Londoner Barclays Bank. Die Bank galt damals als einflussreichstes Unternehmen der Welt und als wichtigste Bank der Rothschilds.

BlackRock: Macht über Zentralbanken und Regierungen

Rob Goldstein, der Chef von BlackRock Solutions, hat ein Programm erfunden, dem Pensionskassen, Staatsfonds, Stiftungen und Versicherer ihre Milliarden anvertrauen. „Aladdin“ ist ein gigantisches Datensammlungs- und Analysesystem. Es besteht aus über 5000 Großrechnern, einem Heer von Datenanalysten, Nachrichtenagenturen und Börsenplätzen. Pro Woche kann es Hunderte Millionen Kalkulationen ausführen. „Aladdin“ rechnet sekundlich aus, welchen Wert Aktien, Devisen oder Kreditpapiere haben, die in Anlageportfolios liegen. Dadurch verschafft das System einen entscheidenden Vorteil und kann rechtzeitig kaufen oder verkaufen.

Die Aufgabe Goldsteins ist es, die Ergebnisse von „Aladdin“ zu interpretieren – zu erkennen, ob und wo Gefahren auf den Finanzmärkten drohen. „Aladdin“ soll sogar den Zusammenbruch des Finanzsystems verhindern. Selbst die US-Notenbank, die Federal Reserve Bank und die Europäische Zentralbank EZB nutzen die Analysen von „Aladdin“. Damit überwacht Goldstein ein Vermögen von über 15 Billionen US-Dollar. Und es wird täglich mehr.

Die Finanzkrise: ein „willkommenes Geschenk“ für BlackRock

In der Finanzkrise gehörte BlackRock zu den wenigen Finanzfirmen, die sich nicht mit Krediten verspekuliert hatten. BlackRock setzte damals auf seine eigenen Analysten und erkannte, wodurch Portfolios anderer Finanzkonzerne kollabierten. Seitdem will jeder seine Portfolios von BlackRock bewerten lassen. Sogar Finanzminister der USA.

BlackRock berät seitdem Finanzkonzerne wie die Citibank, die Royal Bank of Scotland oder die griechische Zentralbank. Auch Ölgiganten wie ExxonMobil sind dabei und Konsumgüterkonzerne wie Apple oder Nestlé.

BlackRock ist überall als Anteilseigner dabei. Selbst der Chef der EZB, Mario Draghi, vertraut den Analysten von BlackRock mehr als seinen eigenen. Beim jüngsten Bankenstresstest ließ Draghi sich von BlackRock beraten, genau wie beim Anleihekaufprogramm.

Verursacht oder verhindert BlackRock die nächste Finanzkrise?

Fraglich ist, was passiert, wenn nahezu die ganze westliche Finanzwelt demselben System vertraut. Kritiker sagen, dass „Aladdin“ den Kollaps des Finanzsystems nicht verhindern, sondern verursachen wird. Denn wenn alle ihre Handlungen auf der Analyse eines Systems aufbauen, kann aus einer kleinen Krise schnell eine Massenpanik werden.

Der Internationale Währungsfonds IWF sieht BlackRock als extrem gefährliche Firma an. Denn Regierungen und Zentralbanken machten sich damit für BlackRock nicht nur vollkommen gläsern, sondern auch abhängig von dem Unternehmen. Der Kontakt zu Zentralbanken verschaffe BlackRock einen massiven Vorteil. Beim Bankenstresstest der EZB beispielsweise erhielt BlackRock Einblick in sämtliche Bilanzen von Europas Geldhäusern. Gleichzeitig ist BlackRock oftmals größter Anteilseigner bei diesen Finanzinstituten. Ein klarer Interessenskonflikt.

Larry Fink argumentiert auf solche Angriffe, BlackRock sei lediglich ein guter Vermögensverwalter. Der Einfluss des Unternehmens werde überschätzt. BlackRock wolle nur das Beste für seine Anleger: Deren Vermögen maximieren. Dabei spekuliere und zocke BlackRock nicht, es verwalte nur die Ersparnisse und Renten von Menschen.

Der Lobbyist Larry Fink

Doch das ist weit untertrieben. Denn Larry Fink ist Lobbyist. Die Entscheidungsträger der USA hat er längst für sich gewonnen. So wurde Fink engster Berater des US-Finanzministers in den Jahren zwischen 2009 und 2013. Außerdem holte US-Präsident Donald Trump Larry Fink in sein Beraterteam ins Weiße Haus.

Fink hat Kontakte zu den wichtigsten Finanzchefs der Welt. So auch zu Warren Buffett, JP Morgan-Chef Jamie Dimon oder dem ehemaligen Deutsche-Bank-Chef Anshu Jain. Auch in Europa lässt Fink seinen Einfluss spielen. So holte er den ehemaligen Schweizer Notenbankchef Phillip Hildebrand in sein Team, der die Beratung von EZB-Chef Draghi eingefädelt haben soll.

BlackRock zieht auch in Deutschland die Fäden

Der ehemalige deutsche CDU-Finanzchef Friedrich Merz wurde in den Aufsichtsrat von BlackRock berufen. Auch diese Personalbesetzung wird nicht grundlos erfolgt sein. Denn die Bundesregierung „denkt“ über eine obligatorische private Altersvorsorge für Arbeitnehmer nach. Ein Verwaltungsauftrag, den BlackRock nur zu gerne übernehmen würde.

In Deutschland ist BlackRock Anteilseigner zahlreicher Großunternehmen wie Daimler oder Bayer. Die Deutsche Bank und die Deutschland AG lassen sich schon lange von BlackRock beraten. Der Vermögensverwalter spricht also auch entscheidend bei deutschen Konzernen mit. Und wie es aussieht, auch bei der Bundesregierung.

Quelle:

<https://www.welt.de/wirtschaft/article159304780/BlackRock-der-unheimliche-Herrscher-der-Finanzwelt.html>

BlackRock dirigiert die großen Konzerne in Deutschland, wie wir in einem anderen Fall belegen konnten. Hier ging es um die großen Unternehmen im DAX, also dem deutschen Hauptindex für Aktiengesellschaften.

Wer regiert Deutschland hinter den Kulissen?

Die Massenmedien stellen jetzt einen neuen Chef der „Deutschen Bank“ vor. Doch gehört die deutsche Wirtschaft noch sich selbst? Und hat die „Deutsche Bank“ – fremdgesteuert – auch EINFLUSS auf die MERKEL-REGIERUNG? Fragen, die gerade in diesen Tagen besonders brisant werden.

Denn jetzt geht es auch um die Finanzierung der EU und der Haftungsgemeinschaft, die Macron und Merkel zusammen schmieden. Haften wir als Steuerzahler am Ende für Banken und Konzerne, die wiederum ganz anderen gehören – und die jetzt im Hintergrund dafür sorgen, dass diese Haftungsallianz geschmiedet wird? Ein interessanter Blick hinter die Kulissen der Mächtigen.

Der amerikanische Finanz-Gigant, der deutsche Konzerne kontrolliert und lenkt

Nehmen wir den größten dieser Giganten. BlackRock. Ein Unternehmen, das bei uns kaum ein Mensch kennt. Schon an anderer Stelle berichteten wir davon, dass man diesen 6,3 Billionen Dollar schweren Finanzkonzern und Vermögensberater sogar als einen der großen und heimlichen Beherrscher dieser Welt bezeichnen kann.

BlackRock kontrolliert eben diese Summe – mit minimalen Abweichungen nach oben und unten, je nachdem, wie die Kurse stehen. Neben dieser enormen Kapitalkraft, die von BlackRock kontrolliert wird, verblassen andere Finanz-Riesen wie Goldman Sachs oder JP Morgan.

Spannende Geschichte

Doch sehen wir uns an, was wir in diesem Zusammenhang bereits einmal berichtet haben. Es ist die Geschichte eines Konzerns, den die deutschen Massenmedien im Kern niemals beleuchten.

Wie ist BlackRock zu solcher Finanzmacht gelangt? Der US-Investor hält an nahezu allen großen börsennotierten westlichen Konzernen, Banken, Investmentunternehmen und Goldminen die größten Unternehmensanteile. Auch in fast jedem Land der Erde ist BlackRock größter Investor. So auch in Deutschland. Alleine an den 30 großen Konzernen im Hauptindex DAX hält BlackRock Anteile von rund 60 Milliarden Euro.

Gleichzeitig ist BlackRock ein wichtiger Gläubiger, der Anleihen hält und Kredite vergeben hat. Unternehmen und Staaten haben sich um den Tisch des Geldhauses gescharrt, um hier Geld auszuleihen. Unvorstellbar, dass dies nicht auch mit Forderungen einhergeht. Wie kommt das?

Als Vermögensverwalter verwaltet BlackRock das Geld seiner Kunden von Pensionskassen, Staatsfonds und privaten Anlegern. Die kaufen zum Beispiel dann über BlackRock Anleihen von Staaten auf, weil BlackRock dies einfach so durchführt. Oder sie kaufen Schuldtitel, die BlackRock selbst an den Markt gibt. Etwa sogenannte ETF-Fonds, die auch in Deutschland über „iShares“ vertrieben werden. Dann kaufen die Investoren einen solchen Fonds, der in deutsche Konzerne (zum Beispiel) investiert. Wer hat die Kontrolle aus rechtlicher Sicht? Die Fondsgesellschaft, die als Verwalter einen großen Stimmanteil beherbergt.

Zentralbanken lassen sich von BlackRock beraten

Doch nicht nur Konzerne und Privatanleger vertrauen ihr Geld BlackRock an. Auch über Zentralbanken und Regierungen hat BlackRock Macht. Selbst die US-Notenbank, die Federal Reserve Bank und die Europäische Zentralbank EZB nutzen die Finanzanalysen von BlackRock.

Mario Draghi, Chef der EZB, vertraut den Analysten von BlackRock mehr als den eigenen, heißt es. Beim sogenannten Bankenstress-test 2017 ließ Draghi sich von BlackRock beraten, genau wie beim Anleihekaufprogramm. Zusammen mit den Notenbanken verwaltet BlackRock ein Vermögen von über 15 Billionen US-Dollar.

Weil Regierungen, Zentralbanken, Konzerne und Privatanleger sich von BlackRock beraten und ihr Geld verwalten lassen, machen sie sich vom größten Vermögensverwalter und Finanz-Giganten nicht nur gläsern, sondern auch gefährlich abhängig. Denn bei dem Bankenstresstest der EZB erhielt BlackRock Einblick in sämtliche Bilanzen von Europas Geldhäusern. Gleichzeitig ist BlackRock oftmals größter Anteilseigner bei diesen Finanzinstituten. Es besteht ein massiver Interessenskonflikt.

BlackRock ist auf jeder Seite des fast runden Tisches zu Hause. Anleger, Schuldner, Politiker – sie alle lassen sich von BlackRock in die Karten schauen und benötigen deren Geld, deren Erfahrung und Expertise und erhalten – im Fall von Politikern – natürlich auch Druck.

Großaktionär von 30 DAX-Unternehmen

In Deutschland ist BlackRock Anteilseigner zahlreicher Groß-Unternehmen wie Daimler oder Bayer. Die Deutsche Bank und die Deutschland AG lassen sich schon lange von BlackRock beraten.

Der Vermögensverwalter spricht also auch entscheidend bei deutschen Konzernen mit. So auch bei dem Münchner Konzern Siemens. BlackRock hält derzeit 6 % Unternehmensanteile an Siemens.

Der Unternehmenschef von Siemens, Joe Kaeser, vertritt andere Ansichten als andere Konzernchefs. Sein Credo lautet immer wieder: „Das Business des Business ist nicht Business. Das Business des Business ist es, Werte für die Gesellschaft zu schaffen“. Unternehmen seien also nicht nur da, um Gewinne zu erwirtschaften. Firmen müssten auch einen gesellschaftlichen Mehrwert produzieren.

Seit einiger Zeit schickt BlackRock jeden Januar Briefe an die Unternehmen, an denen der Investor mit Aktien beteiligt ist. Darin schreibt der Unternehmenschef Larry Fink: „Die Gesellschaft verlangt, dass Unternehmen einem sozialen Ziel dienen. Ein Unternehmen, das keinen Sinn dafür hat, wird seine Ziele nicht erreichen. Deswegen ist es mehr denn je unsere Pflicht, dass wir uns einmischen“.

Der „Einflüsterer“ der deutschen Großunternehmen

Dass sich Kaeser und Fink regelmäßig treffen, ist kein Geheimnis. Die Aussagen der beiden Konzernchefs ähneln sich auffallend. Gibt BlackRock deutschen Konzernen ihre Geschäftsstrategien und Finanzziele vor? Anzunehmen, denn BlackRock ist der mächtigste Finanzkonzern der Welt. Wer wollte sich schon mit diesem Unternehmen anlegen? Mehr als wahrscheinlich ist, dass BlackRock die ganze Weltwirtschaft beeinflusst. Regierungen lassen sich von BlackRock beraten. Es scheint, als ob BlackRock tatsächlich die „Welt beherrscht“.

Auch bei der Deutschen Bank soll BlackRock ein entscheidendes Wort mitgeredet haben. Als Ackermann vor einigen Jahren seine Nachfolge regeln wollte, hatte er für sich einen bestimmten Nachfolger auserkoren. Black Rock wollte Anshu Jain.

Dieser wurde schließlich Ackermanns Nachfolger.

Selbst bei deutschen Energiekonzernen bestimmt BlackRock mit. So auch bei Eon. Dessen Chef Johannes Teysen musste vor gut drei Jahren bei BlackRock-Chef Larry Fink in New York persönlich antanzen. Fink wollte sich die Aufspaltung des deutschen Energiekonzerns vom Eon-Chef persönlich „erklären“ lassen. Dennoch besteht BlackRock darauf, dass sein „Engagement“ bei einzelnen Unternehmen nicht willkürlich erfolge, sondern nur aufgrund der mangelnden personellen Kapazitäten. BlackRock will jetzt allerdings seine Mitarbeiter verdoppeln.

Kein Handlungsspielraum, sonst ist der Chefsessel weg

Die neuen, heimlichen Herren der Weltwirtschaft heißen also BlackRock. Der Handlungsrahmen des angestellten Managements wird massiv eingeschränkt. Würden die Chefs der deutschen Konzerne den Interessen von BlackRock zuwider handeln, wäre ihre längste Zeit als Unternehmenschef und Vorstandsvorsitzender vorbei. Die Bedeutung der Verschiebung der Besitzverhältnisse deutscher Konzerne zu wenigen, oft in den USA ansässigen Vermögensverwaltern scheint von der Öffentlichkeit noch nicht erfasst worden zu sein. Denn die Interessen der Großaktionäre liegen rein darin, den Profit zu maximieren, und kaum an der Firma oder den Arbeitskräften selbst.

Dabei werden BlackRocks Strategien nicht von Finanzmanagern getroffen, sondern vom dem Finanzanalyse-System Aladdin. Aladdin ist ein Supercomputer, der aus 6.000 Hochleistungsrechnern besteht und als größter „Risikobewertungscomputer“ der Welt gilt. 30.000 Wertanlagen, darunter Pensionsfonds, werden von Aladdin bewertet. Die Zeiten sind vorbei, als sich noch Konzernchefs wie die Krupps, die Porsches oder die Quandts persönlich um die Geschäfte und ihre Mitarbeiter kümmerten. Heute macht dies Aladdin.

Denn Aladdin weiß aufgrund seiner Berechnungen, was am besten für das Unternehmen ist.

Die Deutsche Bank also ist wohl keine „Deutsche Bank“. Und MERKEL – wie sehr darf und kann sie eigentlich noch selbst entscheiden?

Das also ist BlackRock. Und Friedrich Merz ist damit formal und organisatorisch eigentlich ein Abgesandter von Larry Fink. Einer, der demnach auch Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden könnte.

Das haben wir vor fast genau einem Jahr kommen sehen. Mit all den Gründen, die wir damals schon nannten.

Warum ausgerechnet Friedrich Merz der Merkel-Nachfolger wird: Unsere Überlegung vom 9. Dezember 2017 ...

Angela Merkel muss weg, sagen viele. Dabei kann es jetzt eine Überraschung geben. Sie schaltete ihren einstigen Konkurrenten Friedrich Merz auf dem Weg zu ihrer Kanzlerschaft aus. Denn Merz galt in der CDU als Mann mit Format und Zukunft. Bis Merkel kam. Kommt er jetzt auf Umwegen wieder zurück? Wird er gar der Nachfolger von Merkel?

Angela Merkel ist heute in einer ähnlichen Situation wie Kohl vor 18 Jahren. Damals hatte Merkel dafür „gesorgt“, dass Kohl als Ehrenvorsitzender der CDU zurückgetreten ist.

(<http://www.watergate.tv/2017/12/06/merkel-ihr-eigener-putsch-gegen-kohl-drehbuch-fuer-ihr-ende/>).

Heute kann Merkel von der Macht nicht lassen, obwohl ihre Zeit längst um ist. Sie hat den Bogen überspannt und ist der Meinung, so weiteragieren zu können wie bisher. Merkel scheint sich, wie Kohl damals, für unantastbar zu halten.

<http://www.watergate.tv/2017/12/07/merkels-deal-mit-libyen-gegen-sklaverei-in-afrika/>.

Doch die Deutschen wollen Merkel schon lange nicht mehr. Auch in den eigenen Reihen der Union sind die Kritiker nicht mehr mundtot zu kriegen. So sagte der Kreisvorsitzende der Jungen Union der Welt, er fordere einen Basisaufstand in seiner Partei.

„Es ärgert mich, dass gesagt wird, die Bundeskanzlerin sei alternativlos. In einer Partei mit fast 450.000 Mitgliedern muss es Nachfolgemöglichkeiten geben. Niemand ist unersetzbar. Es ist ja kein Halbgott, den wir da zum Parteivorsitzenden wählen, sondern ein Mensch. Ich fände es gut, wenn Friedrich Merz auf Bundesebene wieder mehr anpackt“.

Friedrich Merz, der große Ex-Konkurrent von Merkel, nahm jüngst seine Kritik an der Kanzlerin wieder auf. Nach den gescheiterten Jamaika-Gesprächen kritisierte er sie aufs Schärfste. Merz sagte, „Die Strategie, möglichst alle Wähler auf der anderen Straßenseite ins Koma zu versetzen, dürfte sich erledigt haben.“ Es dürfe nicht mehr egal sein, mit wem man „eine beliebige Regierung zusammenschuert“.

Die CDU müsse jetzt gründlich analysieren, was bei der Bundestagswahl eigentlich passiert sei. Merz halte den Rückzug des FDP-Chef Lindners für nachvollziehbar und richtig. Er galt einst als Hoffnungsträger der CDU. Doch nach dem parteiinternen Machtkampf, den er gegen Merkel verlor, zog er sich aus der Politik zurück.

Dennoch ist Friedrich Merz kein unbeschriebenes Blatt. Er wird für seine Fähigkeiten international geschätzt.

Es lässt aufhorchen, dass der Finanzgigant BlackRock 2016 den ehemaligen CDU-Finanzchef in den Aufsichtsrat holte. Diese Personalbesetzung wird nicht grundlos erfolgt sein. Denn BlackRock hat großen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft, da der Finanzkonzern Anteile in nahezu allen großen deutschen Firmen hält.

Die Deutsche Bank und die Deutschland AG lassen sich schon lange von BlackRock beraten.

<http://www.watergate.tv/2017/09/14/aufgedeckt-weltbeherrscher-blackrock-einfluester-er-unsere-regierung-es-geht-auch-um-ihre-rente/>

Die Frage nach Merkels Nachfolge wird die Partei bald beschäftigen. Wer hat das Format, ihr Nachfolger zu werden? Wolfgang Schäuble galt einige Zeit als potenzieller Kandidat. Doch Schäuble ist zu alt. Jens Spahn wird unter Spekulanten als möglicher Nachfolger gehandelt, da er beim letzten Bilderberger-Treffen eingeladen war. Spahn könnte zwar einen jungen Hoffnungsträger wie Macron oder Kurz abgeben. Doch ob seine bisherige Erfahrung für dieses Amt ausreicht, ist fraglich.

Bleibe Friedrich Merz. Merz war schon von 1998 bis 2000 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Geld kann ihn nicht interessieren. Er hat genug in der freien Wirtschaft verdient. Finanziell hat er also ausgesorgt.

Merz hat ausgesorgt – Martin Schulz wird alimentiert

Ganz im Gegensatz zu Martin Schulz, der seine Diäten aus Steuergeldern der Bürger bezieht. Merz ist zudem Jurist, scharfsinnig und wortgewandt. Er selbst soll sich zu den Vorschlägen, Merkels Nachfolge anzutreten, sehr bedeckt halten. Es ziehe ihn nicht gerade wieder in die Politik zurück, sagte er. Er sei mit seinem Leben zufrieden. Wenn man ihn aber brauche, werde er sich nicht drücken.

Auch der ehemalige Industriepresident, Hans-Olaf-Henkel, äußerte sich mehrmals kritisch gegenüber Merkel. Merkels Flüchtlingspolitik belaste nicht nur Deutschland, sondern auch die Nachbarländer.

Seit Jahren sei Merkel dabei, den Euro auf Kosten Deutschlands zu retten. Deutsche Sparer müssten mit Negativzinsen für die Rettung ausländischer Banken haften. Merkel habe jetzt endgültig versagt. Nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche brauche Deutschland jetzt einen Friedrich Merz, so Henkel.

Merkel werde sonst der Union nur weiter schaden. Es gebe nur einen, der die entglittenen Projekte jetzt noch retten könne: Friedrich Merz. Die ÖVP in Österreich habe es vorgemacht. Ein neues Gesicht könne eine Partei wieder aufrichten. Doch Merkel und Schulz machten einfach weiter so wie bisher. Eine Kanzlerin, die mit jedem regieren wolle, nur um an der Macht zu bleiben, sei nicht prinzipientreu. Doch Merz wird nicht von jedem begeistert als potenzieller Merkel-Nachfolger gesehen. Als Aufsichtsratschef der deutschen BlackRock könnte er als Kanzler dem Konzern weitere Deals ermöglichen, durch die der Finanzgigant seinen Einfluss nicht nur in deutscher Wirtschaft und Finanz vermehren, sondern sich auch für die Bundesregierung unentbehrlich machen könnte.

BlackRock hatte schon signalisiert, für die Bundesregierung die Verwaltung einer „obligatorischen“ privaten Altersversorgung übernehmen zu wollen.

Das Personalkarussell in Berlin dreht sich weiter. Es bleibt spannend. Watergate.tv bleibt dran.

Vgl. Welt, <http://bit.ly/2j03u9i>

Damit ist klar, dass BlackRock ein Interesse daran hat, auch in der deutschen Regierung zu sitzen. Und es ist auch deutlich geworden, dass Friedrich Merz den Ehrgeiz hat, hier dabei zu sein. Schließlich ist er nicht „nur“ bei BlackRock, sondern zudem auch noch „Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke“. Er ist beim „Council on Public Policy“ sowie schließlich Mitglied der deutschen Trilateral-Kommission.

Die letztgenannten Fakten bedeuten, dass Friedrich Merz sowohl die Interessen der Finanzindustrie in den USA bedient wie auch die Interessen des Staates USA. Dies können außenpolitische wie auch sicherheitspolitische Aspekte sein.

Deshalb ist es kaum vorstellbar, dass Friedrich Merz nebenher überlegt hat, dass er Angela Merkel einfach ablösen könne.

Die Kandidatur von Friedrich Merz, zu der es kommen wird, ist sicher mit diversen Auftraggebern abgesprochen und möglicherweise – dies lässt sich allerdings nicht belegen – auch von diesen forciert worden.

Friedrich Merz ist ein Mann der sogenannten Transatlantiker und ideologisch ein Neoliberaler. Das wiederum bedeutet, er ist derjenige, der die Interessen etwa der Wall Street in Deutschland vielleicht sogar noch effektiver oder zumindest in derselben Richtung durchsetzen kann wie Angela Merkel.

Möglicherweise ist er sogar im Interesse dieser Auftraggeber der „bessere Merkel“, die sich zu sehr als Sündenbock für die Leitmedien und für die oppositionellen Kräfte in Deutschland zur Verfügung stellen musste. Wenn es ihr um Globalisierung, um Internationalisierung und Auflösung nationaler Souveränitäten ging, dann dürfte Merz ein idealer Nachfolger sein, auch wenn die persönlichen Verhältnisse zwischen beiden offenbar nicht die besten waren.

Insofern ist davon auszugehen, dass Friedrich Merz der ideale Vorsitzende und spätere Kanzlerkandidat der Union werden wird. Die deutsche Ausgabe von Emmanuel Macron.

Andere Kandidaten ...

Immer wieder erwähnt wird Armin Laschet. Ministerpräsident aus Nordrhein-Westfalen und damit per se ausgestattet mit einer starken Hausmacht. Laschet hat es immerhin geschafft, die Union in einem schwierigen Bundeslang – für diese Partei – an die Macht zu führen und das Machtvakuum, das die SPD überall hinterlässt, recht formidabel zu stopfen.

Laschet gilt als Politiker, der auch in der Öffentlichkeit hinreichend gut moderieren kann. Diese Eigenschaften zählen jedoch bei einer internen Aufstellung nicht. Laschet dürfte für den Parteivorsitz die Kompromissfigur sein, sofern die anderen Kandidaten in ihrem Machtkampf anfangen, sich zu verschleißen.

Eine ähnliche Figur hatte in der SPD der Parteivorsitzende Steinmeier abgegeben, der sich damit nicht lange hielt. Eine ähnliche Figur hatte auch schon Kurt Beck inne, der allerdings selbst Kanzler werden wollte.

Wolfgang Schäuble

Oftmals war zu lesen, auch Wolfgang Schäuble könne wieder ans Ruder. Schäuble ist indes noch immer verbrannt, weil er aus der Affäre um die Parteienfinanzierung nicht zu 100 % sauber herausgekommen ist. Damit ist Schäuble angreifbar. Auch Schäuble wäre allenfalls ein Übergangsvorsitzender, der zudem als zu alt gilt, um die jetzt noch anstehenden Schritte zur De-Nationalisierung einleiten zu können und Konkurrenten wie Merz und Spahn zu bändigen.

Die Chancen auf einen nachhaltigen Parteivorsitz von Schäuble liegen nahe 0 %.

Ursula von der Leyen

Von der Leyen galt lange Zeit als mögliche Nachfolgerin, bis Angela Merkel auch diese Kandidatin wegbiss. Sie machte eine ihrer möglichen Nachfolgerinnen einfach zur Verteidigungsministerin. Das Verteidigungsministerium ist bereits für zahlreiche Politiker zur Falle geworden, da sich sowohl der Behördenapparat wie auch das Militär offenbar nicht so einfach lenken lassen wie andere Ministerien.

Allein der Zeitpunkt spricht schon gegen eine ernsthafte Kandidatur von der Leyens – sie dürfte angesichts ihrer eigenen Affären und der schwach ausgerüsteten Bundeswehr keine Chance haben.

5. ZWISCHENFAZIT

- Wir gehen davon aus, dass der Rücktritt von Angela Merkel eine wohldurchdachte Inszenierung war, um ihre Aufgabe (auch ihre selbstgestellte Aufgabe) im Zuge der De-Nationalisierung dieses Landes, im Zuge der weiteren „Integration“ in die EU noch zu erfüllen. Sie hat damit Zeit gewonnen, insofern die Legislaturperiode erst im Jahr 2021 enden wird. Ob sie die Zeit tatsächlich noch hat, wird sich mit der Wahl des Nachfolgers und den EU-Wahlen zeigen.
- Wir unterstellen, dass Annegret Kramp-Karrenbauer die geeignete Nachfolgerin aus Sicht von Angela Merkel ist. Die dürfte der Kanzlerin ihre Loyalität erweisen, wenn sie als Parteivorsitzende Angela Merkel bei der De-Nationalisierung weiter stützt und die EU-Integration fortführen lässt.
- Wir gehen allerdings davon aus, dass die Kräfte in den atlantischen Bündnissen schon lange an Angela Merkel gesägt haben. Ihre jetzige Position, eindeutig geschwächt, ist von langer Hand vorbereitet oder ausgenutzt worden. In diesem Sinne dürfte Friedrich Merz bereits gut positioniert worden sein, um möglicherweise auch in der Partei die Macht ausüben zu können – oder spätestens Kanzlerkandidat zu werden. Jens Spahn wird offenbar als Ersatzkandidat herangezogen – wir haben dies mit dem sehr frühen Hinweis auf die „Bilderberger“ schon lange dokumentiert.

Am Ende werden auch die letztgenannten Kandidaten die De-Nationalisierung und die Auflösung innerhalb der EU vorantreiben. Die neoliberale Politik, die „Bekämpfung der Schulden“ innerhalb der EU und die damit verbundene Zwangsenteignung, die auf Sie in der einen oder anderen Form wartet, wird sich nur in schärferer Form durchsetzen.

Ab Dezember und dann ab Mai, mit den EU-Wahlen, wird dieser Weg für uns alle noch wesentlich sichtbarer.

6. MERKELS PLAN HINTER ALLEM - DAMIT MÜSSEN WIR JETZT RECHNEN

Merkels Plan: Kramp-Karrenbauer soll es machen...

Mit Annegret Kramp-Karrenbauer hat Angela Merkel eine Kandidatin nach vorne geschoben, die sie sich selbst aufgebaut hat. Die frühere Ministerpräsidentin des Saarlandes ist erst seit Februar 2018 im Amt als Generalsekretärin und ergriff die Möglichkeit zur Kandidatur erst, als Merkel grünes Licht gab.

Schon am Sonntag der Hessenwahl war klar, dass Angela Merkel zurücktreten könnte. Kramp-Karrenbauer gab sich vor den Kameras jedoch keine Blöße und meinte, Angela Merkel würde bleiben. Am nächsten Montagmorgen bat Angela Merkel sie kurz vor der Pressekonferenz zum Gespräch und teilte ihr den Rücktritt mit. Für Kramp-Karrenbauer Gelegenheit und Antrieb, selbst anzutreten.

Dazu unsere Einschätzung aus der Watergate-Redaktion:

„Merkels Wunsch-Kandidatin für den CDU-Parteivorsitz, Annegret Kramp-Karrenbauer, steht unumwunden hinter Merkels Politik. **In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ sagte AKK, dass sie „klar zur Politik der offenen Grenzen“ stehe.** Auch in einer „nationalen Drucksituation“ müsse man die „Kraft haben, weiter auf Europa zu setzen, so AKK. Zudem zweifle sie daran, dass 2015 eine „Grenzschießung geboten gewesen wäre“. Polizei und Militär hätten kaum gegen Flüchtlinge vorgehen können, in einer Zeit, in der Deutschland von Willkommenskultur geprägt gewesen sei, so AKK.

AKK stand und steht zu Merkels Entscheidung und steht ebenso hinter Merkels „Wir schaffen das“-Floskel: „Was hätte Merkel auch anderes sagen sollen? Wir schaffen das nicht?“, so AKK. In Europa brauche es jetzt einen wirksamen Schutz der Außengrenzen.

Zudem müssten afrikanische Länder dabei unterstützt werden, ihren Menschen eine Perspektive zu bieten, d. h. Deutschland und Europa müsse Afrika dabei helfen, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Zudem müsse es eine einheitliche Politik in Europa geben, die darüber entscheidet, wie mit Hilfesuchenden umgegangen werde, so AKK.

Kramp-Karrenbauer schlägt dazu ein System der „flexiblen Solidarität“ vor, wonach jedes Land an allen Aufgaben beteiligt werden müsse. Das Maß der Beteiligung sei flexibel. **Der UN-Migrationspakt sei von Populisten bewusst fehlinterpretiert und damit der Diskurs in der CDU bestimmt worden.** Die öffentliche Debatte darüber sei zu spät aufgenommen worden. Künftig dürfe die CDU keine Angst mehr vor Populisten haben und Debatten deshalb zurückhalten. Der Pakt sei wichtig für Deutschland, weil er auch die Herkunftsländer in die Verantwortung nehme, so AKK weiter.

Die Worte Kramp-Karrenbauers lassen deutlich erkennen, dass sie keine Alternative zu Merkel bietet. Sie ist Merkels Zögling und wird Merkels Politik weiterführen. Merkel wird alles tun, damit AKK die neue CDU-Parteivorsitzende wird. Wenn die CDU Kramp-Karrenbauer am 8. Dezember wählt, hat die Partei den „Notausgang“ endgültig verpasst. Die Wahl wird dann in etwa so zielführend sein, wie die Ernennung von Egon Krenz als Honecker-Nachfolger im Herbst 1989. **Jeder, der unter Merkel gearbeitet hat, ist moralisch „verschlissen“.** (26.11.2018)

Plan 1: Souveränität aufgeben

Angela Merkel selbst räumte bereits ein, dass sie nationale Souveränität an die EU abgeben wolle. Das kann sie in einer nicht-präsidentialen Demokratie allerdings nur begrenzt. Zumindest muss sie sich die Kanzlerschaft erhalten und eine gewisse Rückendeckung aus der Partei organisieren. Also benötigt sie AKK als Vorsitzende.

Worum es dann ging, teilten wir am 23. November mit:

„Merkel und Macron sind sich einig: Die EU soll künftig noch mehr Befugnisse bekommen, die Nationalstaaten sollten deshalb bereit sein, Souveränität abzugeben. Am Mittwoch (22. November, d. Red.) sagte Kanzlerin Merkel bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Parlamentarismus zwischen Globalisierung und nationaler Souveränität“ in Berlin: „Nationalstaaten müssen heute – sollten heute, sage ich – bereit sein, Souveränität abzugeben.“

Macron, der an dieser Veranstaltung teilnahm, war von Merkels Statement begeistert.

Deutlicher konnte es die Kanzlerin nicht sagen. Man muss nur genau zuhören, was sie sagt und sie beim Wort nehmen. Merkel und Macron sind die größten Treiber des EU-Zentralismus und des UNO-Globalismus. Deshalb betonte Merkel nochmals, wie wichtig der UN-Migrationspakt für Deutschland sei.

Die Kanzlerin warnte vor Nationalismus: „Entweder man gehört zu denen, die glauben, sie können alles alleine lösen und müssen nur an sich denken. Das ist Nationalismus in reinster Form. Das ist kein Patriotismus. Denn Patriotismus ist, wenn man im deutschen Interesse auch andere mit einbezieht und Win-Win-Situationen akzeptiert.“

Auch Macron forderte bei einer Gastrede im Bundestag eine stärkere Abgabe von nationaler Souveränität. Jedes Land müsse Entscheidungsgewalt teilen und mit anderen Staaten gemeinsam über seine Außenpolitik sowie über seine Einwanderungspolitik entscheiden.

Oft vergessen... MERKEL will seit vielen Jahren die Nationale Souveränität aufgeben!

Merkel sagte bereits beim Evangelischen Kirchentag 2011: „Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen Stellen auch Souveränität und Rechte an andere abzugeben.“

Merkel und Macron sind ein Sprachrohr. Gemeinsam mit den Autokraten in Brüssel. Sie wollen den EU-Zentralstaat umsetzen: EU-Armee, deutsch-französisches Parlament, europäischer Währungsfonds, Eurozonen-Budget, europäische Arbeitslosenversicherung und UN-Migrationspakt. Das ist nur der Beginn der Entrechtung der Nationalstaaten.“

Angela Merkel hätte mit AKK auf jeden Fall die Kraft hinter sich, die es ihr sogar erlaubte, die Europa-Wahlen 2019 noch anzugehen. Die weiteren Pläne sind deutlich.

Pläne 2 und mehr....

- Verteidigungsbündnis zur Abschaffung der nationalen Souveränität
- Bankenhaftung – Sicherstellung, dass es noch mehr Hilfen über den neuen Europäischen Währungsfonds gibt
- Mehr Geld für den Haushalt der EU (gemeinsames Budget)
- Und, lange vergessen, möglichst eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung (jedenfalls, was die Auszahlung der Hilfeleistungen betrifft).

Plan mit der Türkei

Merkel will offenbar auch die Türkei retten oder zumindest deren Ministerpräsidenten Erdogan. Der wiederum steht Ende 2018 kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Die Türkei ist ein möglicher Verbündeter im Kampf a) gegen die alleinige Herrschaft Chinas beim wirtschaftlichen Vormarsch Richtung Europa und Afrika und b) auch im Flüchtlingsstrom.

Deshalb hat Merkel bereits viele Milliarden aus Steuergeldern in die Türkei verbringen lassen. Und dies setzt sich fort, wie dieser Bericht zeigt:

„Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Sevim Dagdelen, sagte jüngst in einer Pressemitteilung, es sei „unverantwortlich, dass Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ein Rettungspaket für das islamistische Erdogan-Regime schnüre, während der türkische Staatschef die Opposition weiterverfolge und Nachbarländer völkerrechtswidrig überfalle. Anstatt neue Rüstungsdeals zu vereinbaren, brauche es einen Neuanfang in den deutsch-türkischen Beziehungen“.

Deutsche Steuerzahler dürften nicht in die Haftung für Erdogans Misswirtschaft genommen werden, so Dagdelen, etwa durch die Absicherung eines 35 Milliarden Euro Bahnprojekts. Stattdessen müsse die Bundesregierung den Demokraten in der Türkei den Rücken stärken. Das Erdogan-Regime dürfe nicht durch weitere EU-Beitrittsgespräche, milliardenschwere Rettungspakete, Visaliberalisierung oder eine Erweiterung der Zollunion gestärkt werden, kritisierte die Linken-Politikerin.

In den vergangenen Jahren war das deutsch-türkische Verhältnis mehr als angespannt. Deutsche Politiker wurden von Erdogan als Nazis bezeichnet, Deutsche Urlauber wurden vom Auswärtigen Amt vor Reisen in die Türkei gewarnt.

Bei dem Besuch von Bundeswirtschaftsminister Altmaier in Ankara wurde dieser allerdings empfangen, wie ein guter alter Freund. Und Altmaier vermied es, über die kritischen Beziehungen mit der Türkei zu sprechen. Stattdessen wolle er sich „mit aller Kraft dafür einsetzen, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei nachhaltig verbessern“.

Jetzt, wo die Türkei finanzielle Probleme hat und kurz vor dem Bankrott steht, sind die Deutschen auf einmal die „Freunde“ oder „Brüder“. Die Deutschen oder vielmehr ihre Unternehmensinvestitionen sind in der Türkei wieder willkommen. Erdogan weiß, dass er die massiven wirtschaftlichen Probleme ohne die Unterstützung Deutschlands nicht in den Griff bekommen kann. Denn die Türkei schlittert massiv auf eine Wirtschaftskrise zu. Deutschland spielt das Spiel mit, denn auch für Deutschland steht einiges auf dem Spiel, z. B. der Flüchtlingsdeal oder der Euro. Denn Eurobanken haben auch in der Türkei investiert.

Sogar eine gemeinsame Handelskommission soll gegründet werden, die JETCO (Joint Economic and Trade Commission). Bei dem Treffen verlor Altmaier, entgegen seiner Ankündigung, kaum ein Wort über die Menschenrechte in der Türkei. Weder darüber, dass es keine Rechtssicherheit und keine Pressefreiheit in der Türkei gibt, noch dass Journalisten nach willkürlichen Vorwürfen verhaftet werden und monatelang in Gefängnissen verschwinden.

„Deutschland ist nicht nur von Ländern umgeben, die in Sachen Demokratie so mustergültig sind, wie Frankreich oder Deutschland“, sagte Altmaier dem Deutschlandfunk in Ankara. Die Doppelmoral der Bundesregierung zeigt sich dieser Tage immer deutlicher. Ob im Fall Skripal, Khashoggi oder nun Erdogan. (Watergate.TV, 29. Oktober 2018)

Plan: Erdgas aus den USA ... gegen Russland

Auch strategische Entscheidungen zum Thema Gas hat Merkel bereits getroffen. Darüber berichteten wir Ende Oktober....

„Merkel wird nun auf die Forderungen von US-Präsident Trump eingehen, die US-Flüssiggaslieferungen nach Deutschland zu ermöglichen. Demnach hat die Kanzlerin gegenüber einer Gruppe von Abgeordneten in Berlin gesagt, die „Regierung habe sich dazu entschlossen, den Bau des ersten großen Flüssiggas-Terminals in Deutschland finanziell zu unterstützen“. Dies berichtet das „Wall Street Journal“.

Trump hatte Sanktionen gegen Deutschland angedroht, als das North-Stream-2-Projekt mit Russland abgeschlossen wurde. Mit dem Neubau der LNG-Anlage (Liquefied Petroleum Gas) erklärt sich Deutschland zum ersten Mal bereit, Flüssiggaslieferungen aus den USA annehmen. Die Investition für einen Gas-Terminal wird auf mindestens 500 Millionen Euro geschätzt. Ein lukratives Geschäft für den Konzern, der den Auftrag erhält. Derzeit sollen sich drei norddeutsche Hafenstandorte um den Auftrag bemühen: Stadt an der Elbe, Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal sowie Stade bei Hamburg.

Ein Firmenkonsortium soll bereits mit LNG-Lieferanten aus den USA in Verhandlung stehen. Der deutsche Erdgasbedarf soll künftig mit 15 Prozent LNG gedeckt werden. Die USA verfügen anscheinend über riesige Mengen des Fracking-Gases. Es wird in riesigen Schiffen hierher transportiert und in flüssiger Form vereinnahmt. In den LNG-Terminals soll das Flüssiggas in Erdgas umgewandelt werden. Durch den hohen Aufwand (Transport, Umwandlung) ist das Gas allerdings 20 Prozent teurer, als das Erdgas aus der russischen Pipeline.

Merkel bezeichnet ihren Sinneswandel nicht als Niederlage, sondern als „strategische Entscheidung“, die sich nach ihrer Ansicht langfristig für die „Menschen“ auszahlen könne.

Man könne nicht davon ausgehen, dass sich ein LNG-Terminal nach zehn Jahren rechne. Daher sei eine langfristige staatliche Unterstützung notwendig. Experten sind der Ansicht, dass die Öffnung des LNG-Energiemarktes für Deutschland keinen wirtschaftlichen Nutzen haben wird.

Merkel hatte bereits im Mai die umwelt- und gesundheitsschädlichen Fracking-Bohrungen in Deutschland erlaubt. Anstatt Fracking für alle Lagerstätten zu verbieten, will die Bundesregierung die gefährliche Fördermethode noch ausweiten. Beim Fracking wird Sand mit Chemikalien und Wasser versetzt und unter hohem Druck in die Erde befördert. Bei den dadurch entstehenden Rissen strömt Erdgas zur Bohrstelle. Das Gestein muss mittels Chemikalien und hohem Druck erst aufgebrochen werden, damit das Erdgas entweichen kann.

In den USA wird schon seit längerem Gas und Öl durch Fracking gewonnen. Das Problem dieser extrem teuren und aufwendigen Fördermethode ist die Umweltverschmutzung durch die eingesetzten Chemikalien. Denn die Chemikalien sind hochgradig gesundheitsschädlich. Wissenschaftliche Untersuchungen in den USA haben ergeben, dass der Chemikalien-Cocktail, der beim Fracking zum Einsatz kommt, Krebs verursachen kann.“

Merkel-Plan: Die Zensur soll kommen

Viele vermuten, hinter den Zensur-Angriffen aus der Politik stecke lediglich Heiko Maas. Das ist so nicht richtig. Auch die Kanzlerin plant in dieser Hinsicht rigide Eingriffe. Nur, dass kaum jemand davon hinreichend berichtet.

Deshalb greifen wir als Beleg einen eigenen Bericht vom 21. Oktober 2018 auf, in dem dies genau beschrieben wird:

„Die Luft für die Merkel-Regierung in Deutschland wird dünner. Die Kanzlerin fängt an, sich gegen die zahlreichen Berichte in den Medien auf Basis der Anfragen von oppositionellen Parteien zu wehren. Auf politischer Ebene kann sie eingreifen: Die Parteien, die „Desinformation“ verbreiteten, könnten finanziell sanktioniert werden, droht die mächtige Kanzlerin. Das ist ein Affront gegen die Demokratie, die auch aus Kontrolle der Regierungen besteht, so Kritiker.

Merkel droht

Merkel möchte, so sagte sie im Deutschen Bundestag, mit finanziellen Sanktionen die von ihr identifizierten „Desinformationskampagnen“ verschiedener Parteien begegnen. Die Wahl des Begriffs erinnert an das, was ihr früherer Justizminister, der heutige Außenminister Maas, mit dem „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ bereits erfolgreich umsetzte: Angebliche Hetze im Netz wird verfolgt.

Was Hetze ist, entscheiden hier nicht die Gerichte, sondern die privaten Unternehmen, die eine Plattform für die „Hetze“ zur Verfügung stellen. Angela Merkel wiederum ließ sich zu folgender Drohung hinreißen:

„Wir wollen zudem Leitlinien für den Umgang mit Parteien schaffen, die in ihren Kampagnen aktiv Desinformation betreiben. Und das bedeutet in letzter Konsequenz auch, in solchen Fällen über finanzielle Sanktionen nachzudenken“.

Die „demokratischen Willensäußerungen der Wählerinnen und Wähler“ könnten ansonsten durch solche Kampagnen „verfälscht“ werden. Der dumme Wähler also, der sich verführen lässt.

Angela Merkel nimmt dazu die Möglichkeiten, die von der EU zur Verfügung gestellt werden, merkt dazu Juergenfritz.com in seinem entsprechenden Blog an. **Die EU hatte Richtlinien eingeführt, die schlicht auf die Meinungsfreiheit abzielen.**

Mithilfe dieser Richtlinie möchte Merkel die politische Debatte um die Eingaben der anderen Parteien offenbar reduzieren.

Erschreckend, so Beobachter und Kritiker, wie leichtfertig das wichtigste Gut der Demokratie, die freie Rede, hier in Zweifel gezogen wird. Unabhängig davon, ob „Hass“ oder Straftaten angeprangert werden. Dies kann der Rechtsstaat ohnehin angehen. „Desinformation“ ist eine neue Kategorie.

Plan: Unterstützung der „richtigen“ Freunde – das Beispiel IS... in Syrien

Angela Merkel hat sich zudem niemals hervorgetan, wenn es um den Ausbau demokratischer Projekte ging. Stets zeigte sie sich Seite an Seite mit den US-Welteroberern, die entweder die dortigen Eliten tragen oder aber – je nach politischer Ausrichtung – von diesen eingesetzt werden. Die Doppelmoral der Merkel-Regierung deckten wir bereits am 18. Oktober 2018 auf:

„Der deutsche Historiker Götz Aly schreibt in einem Beitrag in der „Berliner Zeitung“ über die Doppelmoral der deutschen Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel. In dem Beitrag beschäftigt sich der Historiker mit der Berliner Außenpolitik und resümiert: „Wenn russische Geheimdienste morden, reagiert die Bundesregierung hart. Wenn aber der IS 150 syrische Familien, hauptsächlich Frauen und Kinder entführt, fällt Merkels Sprecher Seibert dazu nichts ein. Niemand fordere Wirtschaftssanktionen gegen Saudi-Arabien, wenn regimekritische Journalisten ermordet werden. Wenn es wie im Fall Skripal dagegen um angebliche Verbrechen des russischen Geheimdienstes gehe, sei die Bundesregierung schnell dabei, Russland zu verurteilen und neue Sanktionen zu erlassen.“

Wenn aber der syrische Präsident Baschar-al-Assad gegen den „Islamischen Staat“ vorgehe, um das Land vom Terrorismus zu befreien, so laute das einhellige Urteil aus Berlin: „Alles, was Assad tut, ist böse“. So funktioniere die Merkelsche Doppelmoral, denn mit Saudi-Arabien verfolge sie wirtschaftliche Interessen, egal welche Verbrechen die Saudis begehen. Bis heute wolle die Bundesregierung nicht zugeben, dass ihre Außenpolitik den Syrienkonflikt angeheizt und die Rebellen unterstützt habe, so Aly. Dabei sei dieser Fehler längst offenkundig.

Auf der anderen Seite habe die Bundesregierung die Umstürzler in Ägypten 2011 geradezu aufgewiegelt. Denn alle führenden Politiker Berlins, Jerusalems, Londons und Washingtons wollten den Sturz der demokratisch gewählten Regierung zugunsten der jetzt dort herrschenden Militärjunta. Diese hatte schließlich 2013 gegen die demokratisch gewählte Regierung der Muslimbrüder geputscht und hunderte Todesurteile gegen deren Unterstützer verhängt. Damals hatte Merkels Sprecher Seibert erklärt: „Die ägyptische Bevölkerung demonstriert für Ideale wie Freiheit, Demokratie, faire Wahlen und Menschenwürde“.

Zwar seien im Irak und in Libyen schlimme Diktatoren gestürzt worden. Doch wenn man die aktuellen Bürgerkriege dort betrachte, auch im Jemen und Syrien, komme man zu dem Schluss, dass durch die Zerstörung der dort etablierten Ordnungen die „Geister des Hasses, der Rache, der Raubgier und der Mordlust“ geweckt werden. Alte Stammes- und Religionsfehden, wie ethnische und kulturelle Gegensätze würden durch herbeigeführte Umbrüche, Putsch und Regimestürze zu sozialen Gegensätzen gemacht. Diese Konflikte resultierten dann in Gewaltexplosionen, die nur schwer wieder zu befrieden seien.

Die Doppelstandards der Bundesregierung wurden selten so deutlich, wie im Fall Skripal und des saudischen Journalisten Khashoggi.

Merkels Regierungssprecher Seibert wurde bei einer Pressekonferenz von einem Journalisten dahingehend befragt, weshalb die Bundesregierung gegen Russland Sanktionen erlassen und russische Diplomaten ausgewiesen hat, obwohl die Untersuchungen im Fall Skripal noch gar nicht abgeschlossen seien. Im Falle des regierungskritischen saudischen Journalisten Khashoggi, der mutmaßlich von einem saudischen Mordkommando gefoltert und umgebracht worden ist, will die Bundesregierung erst dann Sanktionen gegen Saudi-Arabien erwägen, wenn die Untersuchungsergebnisse zu diesem Fall vorliegen, sagte Seibert. Die Frage des Journalisten nach den Doppelstandards der Bundesregierung wurde von Seibert nicht beantwortet.“

AKK würde weitermachen...

Der „Plan“, mit AKK Friedrich Merz – scheinbar – zu verhindern und damit die hier veröffentlichten Pläne auch umzusetzen kann aufgehen. Die Kampagnen gegen Friedrich Merz laufen bereits.

Der entscheidende Kampf im Hintergrund: Schäuble, Merz und das Ende von Angela Merkel

Damit fällt das Licht nun auf die längerfristige Entwicklung der vergangenen Monate. Woher kam Friedrich Merz eigentlich, den viele Beobachter lange schon nicht mehr auf der politischen Bühne gesehen hatten?

Hier zeigt sich ein Kulissenstück, das spannender kaum sein könnte. Der alte Rivale von Angela Merkel, Dr. Wolfgang Schäuble, kommt ins Spiel. Der hatte Ende der 90er Jahre eigentlich Nachfolger von Dr. Helmut Kohl an der Parteispitze der Union werden wollen – und sich sicher auch als Kanzler gesehen.

Angela Merkel nutzte eine Schwäche in der Zusammenarbeit des geschassten Helmut Kohl, der in der Schwarzgeld-Affäre den Rückhalt der Union verloren hatte. Dr. Schäuble selbst kam nicht besenrein aus der Angelegenheit, erhielt er doch – vielleicht – einen Koffer voller Geld, dessen Verwendung nicht hinreichend geklärt werden konnte. Angela Merkel ließ in der „FAZ“ einen Beitrag drucken, durch den Kohl geschwächt wurde. Kohl vermutete Schäuble als Drahtzieher, die beiden Weggefährten wurden zu Feinden – und Angela Merkel nutzte das Machtvakuum aus. Sie zerstörte die größten Pläne in der politischen Karriere des Dr. Schäuble.

Der dürfte über Jahre an seinen Racheplänen gearbeitet haben. Schäuble musste mitansehen, wie Angela Merkel Dr. Stoiber als Kanzlerkandidaten der Union gegen Gerhard Schröder für 2002 zuließ. Merkel schnappte sich dafür im Gegenzug das Versprechen, Fraktionschefin der Union zu werden – im Bundestag. Der vormalige Fraktionschef Friedrich Merz, ein Schäuble-Günstling, durfte als „Vize-Fraktionschef“ leiden. Dr. Schäuble wurde später GroKo-Minister.

Nun ist der Zeitpunkt der Rache gekommen. Das Imperium Schäuble/Merz schlägt zurück. Darüber berichteten wir Anfang November.

„Im Kampf um den CDU-Vorsitz soll Friedrich Merz mächtige Verbündete in der CDU haben. Wie der „Spiegel“ berichtete, soll Wolfgang Schäuble Merz dazu „gedrängt“ haben, für den Parteivorsitz zu kandidieren. Schäuble forderte Merz auf, sich bis spätestens zur Landtagswahl in Hessen zu entscheiden, ob er für den Parteivorsitz kandidieren wolle.

Schäuble soll Merz auch mit Politikern und Spitzenbeamten in Brüssel bekanntgemacht haben. Merkel hat jedoch durch einen Informanten aus Brüssel erfahren, dass sich Merz in Stellung brachte.

Während ihres Sommerurlaubs in der Uckermark soll sich Merkel (bereits) mit ihrer Vertrauten Annette Schavan über ihr weiteres Vorgehen beraten haben.

Beide, Merz und Schäuble, haben genügend Motive, Merkel von ihrem Sockel zu fegen. Im Jahr 2000 ließ Merkel auffliegen, dass auch Wolfgang Schäuble in die Spendenaffäre Kohl verwickelt war. Damit war der Weg für Merkel als CDU-Chefin frei. Ähnliches ereilte Friedrich Merz.

Auch ihn stellte Angela Merkel kalt. Merz hatte sich 2000 als neuer Unionsfraktionschef bei Edmund Stoiber vorgestellt. 2002 verlor Merz seinen Posten als Fraktionschef an Merkel, weil Merkel bereits mit Stoiber nach der verlorenen Bundestagswahl ausgemacht hatte, dass sie den Posten haben will. Nach den Bundestagswahlen 2005 verlor Merz das Rennen gegen Merkel endgültig und gab alle Spitzenämter bei der Union auf.

Bereits nach den Bundestagswahlen im September 2017 begann Schäubles Kritik an Merkel. Sie habe schon bei der Wahlkampagne Fehler gemacht, weil sie keine Richtungsdebatten führte. Zudem habe sie mit ihrer „Weiter so“ Politik große Fehler gemacht. Es habe keine neuen Themen und keine neuen Projekte im Wahlkampf gegeben und Merkels Uneinsichtigkeit bei der Flüchtlingspolitik wäre letztendlich der größte Fehler gewesen, der der Union schwer geschadet habe.

Gemeinsam mit Merz könnte Schäuble Merkel bekämpfen, damit sie vorzeitig als Kanzlerin abtritt. Für die Übergangszeit könnte sich Schäuble als Übergangskanzler in Stellung bringen. Denn Schäuble machte entsprechende Äußerungen, die darauf schließen lassen, dass er sich für eine mögliche Überbrückungs-Kanzlerschaft, mit Merz als CDU-Vorsitz an seiner Seite, in Stellung bringt. Schäuble sagte der „Bild am Sonntag“:

„Angela Merkel weiß, dass in der Demokratie wie bei uns allen das Amt irgendwann einmal weitergegeben wird. Es ist das Wesen der Demokratie, dass es immer mal wieder einen Wechsel gibt“.

Schäuble sprach davon, dass die „christlichen Werte des Westens“ bewahrt werden müssten. Merkels Willkommenskultur ist in Deutschland inzwischen nicht mehr willkommen. Auch Schäuble kritisierte Merkels Flüchtlingspolitik. Keiner in der CDU will mehr darauf warten, dass Merkel 2021 abtritt bzw. abgewählt wird. Gerhard Schröder, der 2001 die Vertrauensfrage stellte, empfahl Merkel jetzt, die Vertrauensfrage ebenfalls zu stellen. Merkel habe die Partei nicht mehr im Griff. Für Merkel wäre es besser, freiwillig auch als Kanzlerin abzutreten. Denn wenn Merz erst CDU-Vorsitzender sei, werde er alles gemeinsam mit Schäuble tun, um seine offene Rechnung mit Merkel zu begleichen.“

Plan: Armut wird in Kauf genommen....

Dabei nimmt Angela Merkel seit 13 Jahren keine Rücksicht auf die Befindlichkeit ärmerer Menschen. Von Rentnern etwa, wie zahlreiche Beispiele zeigen. Dementsprechend wird auch die Zukunft – die sie retten möchte, unter AKK die Situation der Ärmeren nicht verbessern, so Beobachter.

Selbst wenn Friedrich Merz die Wahl gewinnen würde, änderte sich nichts. Merkel hat für die Zukunft vorgesorgt, wie wir berichteten:

„Die Rente in Deutschland wird für die meisten Menschen nicht reichen. Der Wirtschaftsexperte John Greenwood hat lange Zeit lang den Staatsfonds Norwegens betreut, der wiederum das Geld für den Staat und seine Bürger Jahr für Jahr mehrt. Der Experte meint zur Rente in Deutschland in einem Interview mit dem „Focus“, da helfe nur noch beten.

Versicherungen wurden künstlich ausgebremst – für den Staat

Die Situation in Deutschland ist vor allem für Ältere bedenklich. Wer zwischen 55 und 64 Jahre alt ist und mit Blick auf die Rentenbescheide feststellen muss, dass 700 Euro Rente fehlen, der wird kaum noch Chancen haben, diese Nachteile auszugleichen. „Da hilft nur noch beten“. Leider nicht, wie diese Redaktion meint.

Die Versicherungen konnten in Deutschland bei weitem nicht so viel Geld aus den Anlagen erwirtschaften, wie es nötig gewesen wäre. Die Regulierung „Solvency II“ der EU hat dafür gesorgt, dass die Konzerne vermeintlich aus Sicherheitsgründen vor allem niedrig verzinsliche Anleihen kaufen mussten. Auf Aktien wurde weitgehend verzichtet, die aber vor allem wegen der Gewinnbeteiligung durch die Unternehmen (per Dividenden) interessant sind.

Die „Sicherheitsanweisung“ hat jedoch einen ganz anderen wirtschaftlichen Effekt: Auf diese Weise kaufen die Versicherungen Unmengen an Anleihen der Staaten zu niedrigsten Zinsen auf. Die Staatsanleihen werden an die größten Kapitalsammelstellen überhaupt verkauft. Dies ist der Hintergrund, der wirtschaftlich von den Staaten organisiert wird/wurde.

Und das ist auch der eigentliche Skandal: Da hilft nur noch beten. Der „Experte“ macht indes auch die Anbieter selbst verantwortlich. „Berater“ würden oft daran verdienen, wenn Menschen permanent umschichteten. Diese Berater in Deutschland beziehen oft noch Provisionen – und dort würde Geld verprasst.

Deshalb rät der frühere „Fondsmanager“ zu ETFs, also börsengehandelten Fonds auf Indizes wie den Dax aus Deutschland oder den Dow Jones aus den USA. Für viele Menschen in Deutschland allerdings ist genau dies keine Alternative – schon jetzt fehlt das Geld.“ (13. Oktober 2018)

Ein zweiter Bericht am selben Tag bestätigt den Befund....

„Die Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen lässt sich in verschiedensten Statistiken nachweisen. Zu den schwerer wiegenden Befunden zählt der Umstand, dass 10 % aller Empfänger von „Hartz-IV“ seit 2005 im System leben. Die Arbeitsmarktreform ist annähernd 14 Jahre alt und ist bislang nicht in der Lage gewesen, diese Gruppierung am Arbeitsmarkt – oder in anderen Sozialsystemen – zu platzieren. Der Druck, den sich die Regierung Schröder von „Hartz-IV“ versprochen hatte, scheint zwar größer geworden zu sein, jedoch am Grundproblem schlicht nichts zu ändern.

Fast 470.000 Menschen dauerarm...

In Zahlen ausgedrückt: Nach einem Bericht der „FAZ“, die sich auf die Angaben der Bundesagentur für Arbeit bezieht, sind 468.990 Menschen davon betroffen. Dies wären sogar 11 %, wobei die relative Angabe schwanken muss, da sie sich auf die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger bezieht. Diese schwankt wiederum annähernd täglich.

Es gibt in Deutschland 4,25 Millionen Leistungsempfänger, die Hartz-IV beziehen oder beziehen müssen, so die Auskunft der Bundesagentur für Arbeit. Dabei wird in dieser Statistik noch nicht einmal berücksichtigt, dass zahlreiche Menschen den Regelbezug gar nicht erhalten, obwohl sie als arbeitssuchend gelten müssten. Dies sind Menschen, die „Verstöße“ gegen Amtsvorschriften begangen haben. So sind junge Menschen unter 25 Jahren bei einem „ersten Verstoß“, der nachhaltiger sei als ein reiner Meldeverstoß, damit konfrontiert, dass ihre Leistungen komplett gestrichen würden. Bei schwerwiegenden Pflichtverletzungen können auch ältere Leistungsbezieher aus dem Bezug gestrichen werden.

Dies betrifft offenbar „Tausende“ von Empfängern, wie der „Spiegel“ berichtete.

Dass das System „Hartz-IV“ lediglich der Abschreckung dient, ist wohl der Hauptkritikpunkt an der Reform aus dem Jahr 2005. Der Arbeitsmarkt liefert inzwischen tatsächlich bessere Daten – dies ist jedoch in erster Linie der günstigen Entwicklung im Export zu verdanken, also einer besseren Konjunktur.“

Stattdessen verbreitet die Merkel-Regierung lauter Lügen. Wie am 14. Oktober aufgezeigt:

„Deutschland verarmt. Darüber haben wir einige Male berichtet. Nun wird klar, dass die Regierung keinerlei Konzept dagegen hat. Der Bundestag muss nun – jetzt in erster Lesung – über den sogenannten Rentepakkt der Bundesregierung entscheiden. Diesen hatte Hubertus Heil, der Sozialminister, verantwortlich zusammengeschnürt. Olaf Scholz, Vizekanzler und Finanzminister, hatte das Thema Rente vor Wochen in die Öffentlichkeit getragen und visionierte vor sich hin: Auch 2040 könne das aktuelle Niveau noch erhalten bleiben. Alles vorbei, heißt es nun ernüchtert. Die jüngsten Berechnungen aus dem eigenen Haus zeigen, dass die Versprechen der Regierung schon jetzt nicht mehr zu halten sind.

Haltelinie hält nicht...

Einer der zentralen Punkte der Regierungsvorhaben ist die „Haltelinie“ bei den Beitragssätzen. Mehr als 20 % des Einkommens soll die Rentenkasse bis zum Jahr 2025 nicht erhalten. Diese Haltelinie allerdings ist eine reine Fiktion. Die jüngsten Berechnungen zeigen nun bereits, dass der Beitragssatz zwischen 2025 und 2030 dann auf 22,2 % klettert. Hier steht nun wiederum das Sozialgesetzbuch davor, mahnt die „FAZ“.

Der Beitragssatz darf bis zum Jahr 2030 eine Ausprägung von lediglich 22 % annehmen. Nun muss die Regierung laut eigenem Gesetzestext im Sozialgesetzbuch „Maßnahmen“ vorschlagen, wenn die amtliche Vorausberechnung diesen Schwellenwert übersteigt.

Wenn das Rentenpaket nun nicht verabschiedet würde, dann würden die Beitragssätze auch künftig – von 2025 bis 2030 – lediglich bei 21,5 % liegen. Die SPD hatte – der Erinnerung der „FAZ“ hier folgend – schon 2005 dasselbe Problem wenig elegant gelöst. Der damalige Sozialminister Muntefering hob einfach das gesetzliche Rentenalter auf 67 Jahre an. Ob die SPD hier wieder zulangt?

Die Wahrscheinlichkeit ist groß. Denn die Zahlen lassen sich nicht ohne Weiteres revidieren, das Sozialministerium selbst hat sie ausgerechnet und damit durch einen amtlichen Stempel sozusagen veredelt. Bislang ist nicht klar, was die Union dazu sagt: Die will an der Mütterrente offenbar festhalten. Oder wird die SPD „zusagen“, dass die Steuern erhöht werden müssen? Dies wäre wiederum ein erneuter Vorfall, der die Steuerversprechen der GroKo ad absurdum führte.“

Plan: Weitere „Ausbeutung“ der Bevölkerung durch höhere Steuern auf Benzin?

Spektakulär in diesem Zusammenhang sind Diskussionen um eine weitere Ausbeutung der Steuerzahler und derjenigen, die keine direkten Einkommensteuern zahlen, über die Preise an der Zapfsäule. Die Steuern sollen steigen, wie wir am 11. Oktober 2018 berichteten. Hier durfte in der Regierung unter Chefin Angela Merkel ausnahmsweise jemand aus der zweiten Reihe unwidersprochen sinnieren...

„Im Oktober knackte der Benzinpreis einen neuen Jahresrekord. Der Grund für die stetig steigenden Preise sind die derzeitigen Unsicherheiten am Rohölmarkt. Im Vormonat kostete ein Liter Super E10 zuletzt 1,50 Euro und damit 3,2 Cent mehr als noch im August. Für einen Liter Diesel mussten Autofahrer 1,34 Euro bezahlen, zuvor waren es 4,1 Cent weniger. Mitte September kostete Super E10 durchschnittlich 1,52 Euro. Diesel erreichte seinen Höchststand Ende September mit 1,35 Euro.

Rohölmarkt ist unsicher

Der Rohölmarkt zeigte zuletzt starke Schwankungen. Zudem gingen die Ölfördermengen der OPEC Länder zurück. Venezuela, das zu den erdölexportierenden Ländern gehört, durchläuft aktuell eine Krise, die für riesige Förderausfälle sorgt. Venezuela soll die größten Erdölreserven der Welt haben. Die Rohöl-Situation soll sich erst dann wieder entspannen, wenn Saudi-Arabien und Russland ihre Fördermengen erhöht haben. Zudem drohen die USA dem Iran mit Sanktionen. Da der Iran ebenfalls zu den OPEC gehört, heizt diese Unsicherheit die Benzinpreise weiter an.

Obwohl die Spritpreise derzeit einen neuen Rekord erreicht haben, will das Bundesumweltministerium die Steuern für Benzin- und Dieselpreise erhöhen. „Die Besteuerung von Energien muss nachjustiert werden“, sagte Staatssekretär Jochen Flasbarth (SPD) des Umweltministeriums.

Es könne nicht sein, dass der Strom, der immer erneuerbarer werde, höher besteuert wird, als die Energieträger Heizöl und Sprit. Außerdem gebe es viel zu wenig Anreize, bei dem Betrieb von Bussen von Diesel auf Elektromotoren umzusteigen. Der Ausstieg aus fossilen Energien müsse schneller kommen, als bisher gedacht und schneller, als mancher das wahrhaben wolle, sagte Flasbarth im ARD-Mittagsmagazin. Die Politik hinke in den Entscheidungsprozessen hinterher, weil die Veränderungen in vielen Regionen nicht leicht seien.

Benzinpreis: Steuern sind größter Anteil

Wie sich der Benzinpreis tatsächlich zusammensetzt, ist den wenigsten Autofahrern bewusst. Die Steuern machen den größten Anteil aus. Pro Liter Benzin sind 65,45 Cent Mineralölsteuer zu zahlen, beim Diesel beträgt die Steuer 47,04 Cent.

Diesel ist deswegen noch günstiger, weil der Kraftstoff aufgrund des Transportgewerbes subventioniert wird und aus wirtschaftlichen Gründen weniger stark besteuert werden sollte. Dieser Umstand wird jedoch bald unerheblich sein, weil man daran arbeitet, Autos abzuschaffen, die mit Diesel oder Benzin betrieben werden. Bis dahin will die Bundesregierung nochmal kräftig an den Steuern verdienen.

Doch sind die vielpropagierten Elektrofahrzeuge wirklich umweltfreundlicher? Und warum gibt es Dieselfahrverbote nur in Deutschland und nicht in anderen Ländern? Die Politik sagt, Diesel-Fahrzeuge sollen verschwinden, weil Elektroautos die Luft in den Städten besser machen. Doch wie umweltfreundlich ist die Produktion von Elektroautos tatsächlich? Sie ist extrem umweltschädlich. Die Akkus enthalten spezielle Metalle wie seltene Erden und Lithium. Diese Rohstoffe stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Zudem werden sie oft unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut.

Elektroautos sind umweltschädlich

Die Produktion der Akkus verbraucht sehr viel Energie und sie werden oft in Ländern ohne erneuerbare Energie, wie z. B. in China produziert. Bei der Produktion eines Elektroautos sind also bereits sehr viele Emissionen erzeugt und sowohl natürliche als auch menschliche Ressourcen ausgebeutet worden. Zudem fahren Elektroautos überwiegend mit schmutzigem Strom, der aus der Verbrennung von Braun- und Steinkohle gewonnen wird. Wegen ihrer geringen Reichweite eignen sich Elektroautos zudem kaum für Fahrer, die lange und häufige Fahrten absolvieren müssen.

Bei der Abschaffung der Dieselaautos mit manipulierten Abgaswerten werden unglaubliche Mengen an Ressourcen vergeudet. Es wird nicht mehr lange dauern, bis auch der Benziner dran ist. Auch an der Herstellung der Elektroautos sollen Industrie und Energiekonzerne wieder kräftig mitverdienen.

Dabei gibt es bereits Autos mit Motoren, die mit Wasser betrieben werden. Doch darüber berichten die Medien kaum. In vielen Fällen wurden die Erfinder von wasserbetriebenen Motoren eingeschüchtert, einige sind sogar unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen.

Saubere und kostenlose Antriebstechnologien

Genauso wird die freie-Energie-Technologie unterdrückt, eine Technologie, mit der Autos ganz ohne Treibstoff fahren können. Tesla hatte das erste freie-Energie-Auto erfunden und selbst gefahren. Wir könnten also schon lange auf einen Planeten leben, dessen Energiebedarf durch freie Energie gedeckt und die Umwelt geschont wird. Solange die Lobby noch zu stark und die Regierung zu schwach ist und nicht im Sinne der Bevölkerung handelt, werden die Menschen weiter geschröpft. Nur ein vollkommener Paradigmen- und Bewusstseinswechsel kann diesen Zustand verändern. Doch ohne Handlungen durch das Volk wird die Politik stets so fortfahren, wie bisher. Egal ob schwarz, rot, grün, gelb oder blau.“

Merkel-Macron-Plan: Die „kalte Enteignung“

Ein Teil des Schauspiels, das wir aktuell erleben, ist zudem die „kalte Enteignung“ der Bevölkerung in Deutschland. Deutschland, so hieß es im Mainstream, Macron zitierend, müsse das Teilen lernen. **Angela Merkel hat es diesem Land halb beigebracht und halb einfach verschwiegen. Die Fakten zeigen:**

Wir werden teilen müssen. Sehen Sie selbst.

„Bei der Rede des französischen Präsidenten Macon zum 100-jährigen Ende des Ersten Weltkriegs in Paris sagte Macron, Europa brauche einen neuen Anlauf. Dieser großartige europäische Zusammenschluss dürfe nicht durch Nationalismen aufs Spiel gesetzt werden.

Die ungeheure wirtschaftliche Stärke Europas müsse genutzt werden, um globale Probleme wie Klimawandel und Armut in unterentwickelten Ländern zu lösen. Europa müsse bürgernäher sein. Die Bürger müssten verstehen, warum Europa so wichtig für alle sei.

Deutschland muss gar nichts

„Ein reiches Land wie Deutschland muss lernen, seinen Wohlstand mit anderen Ländern zu teilen“, lautet der Kommentar eines Journalisten der „Welt“ zu Macrons Rede. Dieser Satz dürfte so ziemlich jedem Deutschen den „Kamm anschwellen“ lassen. „Deutschland muss gar nichts“ dürfte vielen angesichts der Worte dieses Journalisten durch den Kopf gehen. Bürgernäher muss Europa in der Tat werden, zum Beispiel mit direkter Demokratie, damit die Bürger selbst über wichtige Themen Stellung beziehen können.

Nach all den Erfahrungen wie den Abkommen TTIP und dem UN-Migrationspakt wird versucht, Verträge still und heimlich am Bürger vorbei zu verabschieden. Auch wenn die Bundesregierung behauptet, der Migrationspakt sei rechtlich nicht bindend, so ist er doch verpflichtend. Und moralischer Druck reicht dann schon aus, damit aus rechtlich nicht bindend schon bald Vollzug wird.

1,9 Millionen Asylanträge und 9,8 Millionen Sozialhilfeempfänger

Das Thema Flüchtlinge beherrscht seit 2015 die Schlagzeilen und angesichts von 1,9 Millionen Asylanträgen und der Tatsache, dass Deutschland nach den USA das Land mit den größten Ausgaben für humanitäre Zwecke ist, ist diese Aussage gelinde gesagt eine eklatante Unverschämtheit. Gleichzeitig geht bei uns die Infrastruktur den Bach runter und die digitale Infrastruktur ist in großen Teilen gar nicht vorhanden.

Griechen haben mehr Vermögen als Deutsche

Die Pro-Kopf-Vermögen in Frankreich, Italien und sogar in Griechenland sind im Durchschnitt höher als in Deutschland. Die Renten in Frankreich, den Niederlanden und in Österreich sind höher als in Deutschland. Die letzte Vermögensstudie der EZB fand heraus, dass die Deutschen zu den Ärmsten in Europa gehören. Das Vermögen liegt im Median bei 57.000 Euro, ein Vielfaches unter dem der angeblich armen Südländer wie Spanien (160.000) und Italien (146.000).

Die Deutschen zahlen mit die höchsten Steuern in der EU und so verwundert es auch nicht, dass die Deutschen die Zahlmeister Europas sind. In Griechenland verschwinden die Milliarden in schwarzen Löchern, die die Deutschen zur „Rettung“ Griechenlands gezahlt haben. Dass Griechenland noch immer pleite ist und immer pleite sein wird, solange es den Euro gibt, davon sprechen die Medien nicht. Zudem soll bald die Schulden- und Haftungsunion kommen. Dann dürfen die Deutschen für alle maroden Staaten und Banken Südeuropas, die pleite gehen, zahlen. Die Zinspolitik der EZB beraubt die deutschen Sparer ihrer Einkünfte und treibt sie in die Altersarmut.

Ungerechte Belastung

Wo soll da also noch Reichtum sein? Von welchem Wohlstand spricht der „Welt“-Journalist? Soll das Rentenniveau in Deutschland auf 30 Prozent oder die Leistungen bei Arbeitslosigkeit noch mehr gesenkt werden? Wenn Europa solidarisch sein sollte, würde das bedeuten, dass Ausgaben, die sich ein Staat nicht leisten kann, nicht der Bevölkerung eines anderen Staates aufgehast werden. Zudem wird in der EU nicht dem Umstand Rechnung getragen, dass Deutschland zwar das größte BSP in der EU hat, jedoch wird es auch von einer größeren Einwohnerzahl erwirtschaftet. Die Anteile, die einzelne Mitgliedsländer in die EU einzahlen, beziehen sich immer auf die absolute Zahl des BIP. Beim BIP pro Kopf liegt Deutschland jedoch nur auf Platz 9 der EU.

Diese Relation wird nicht berücksichtigt, weshalb die Deutschen nach wie vor als die Zahlmeister der EU herangenommen werden.

Kalte Enteignung

Die Deutschen fühlen sich angesichts solcher Äußerungen und jahrelanger Ausbeutung und Enteignung sicher nicht verpflichtet, auf einen Lebensstandard von vor der Industrialisierung zurückzufallen, nur weil behauptet wird, andere Länder hätten „nicht so viel“. Deutschlands Bürger haben all das hart erarbeitet, übrigens unter sehr hoher Steuerlast und mit einem viel späteren Renteneintrittsalter, als in allen anderen EU-Staaten. Es ist die Politik der EU und vorrangig Angela Merkels, die dafür gesorgt hat, dass die EU gespalten und in diesem jämmerlichen Zustand ist. Deutschland wird bald zu den Armenhäusern der EU zählen. Dazu kommt die Spaltung in der deutschen Gesellschaft und die schwindende Sicherheitslage, dank Merkels „weiter so“ und „wir schaffen das“ Politik.“

Der eigentliche Plan der Kanzlerin – Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention

All das, was wir bislang aufgelistet haben, ist jedoch nur ein Ausschnitt dessen, was die Kanzlerin ganz offensichtlich tatsächlich im Schilde führt. Der massivste Plan, den Merkel – aus welchem Grund auch immer – umsetzen muss, ist es, die UN-Menschenrechtskommission vom 17. April 1998 auszuhebeln.

Hierbei geht es um den UN-Migrationspakt, den Angela Merkel offenbar sogar **federführend mit veranlasst hat**.

Vollkommen unabhängig davon, welche Position Sie oder wir in der Frage der Flüchtlingspolitik einnehmen, Mitte, links, rechts – aus unserer Sicht hat diese Kanzlerin uns über eine lange Zeit hinter das Licht geführt. Andere sind bereits weiter. Der Pakt wird abgelehnt.

In Österreich, in Ungarn, Polen, in Tschechien, in Estland sowie in Bulgarien. Die Schweiz möchte wohl nicht folgen, Italien, Großbritannien sowie Schweden ebenfalls nicht. Weltweit haben sich Israel ausgeklinkt, China, Japan, die USA, Südkorea und Australien. Das alles ficht unsere Kanzlerin nicht an.

Die Pläne für eine solche Verpflichtung, denn nichts anderes stellt der Pakt bei Verwendung des Begriffs „Verpflichtung“ im Dokument dar, liegen schon lange in der Schublade. Das haben wir bereits aufgedeckt.

Sehen Sie selbst.

„Immer mehr Länder geben dem UN-Migrationspakt, der am 10. und 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll, eine Absage. Nach Ungarn, den USA und Australien folgten Österreich, Tschechien, Bulgarien und Estland. Israel und Polen kündigten vor wenigen Tagen ihren Rücktritt vom Pakt an. Gestern folgte die Schweiz. Aus Dänemark, Norwegen und Kroatien werden kritische Stimmen immer lauter. Großbritannien, Schweden und Italien schwanken noch. Heute will das niederländische Parlament über den Pakt abstimmen.

Der geplante UN-Migrationspakt schlägt inzwischen hohe Wellen. In Europa formiert sich eine breite Ablehnungsfront. In der Bundesregierung wird jedoch alles versucht, um den Widerstand dagegen zu untergraben. Was der Autor Wolfram Weimer für n-tv schreibt, lässt jedoch aufhorchen: „Die deutsche Geheimdiplomatie scheitert“, sagt ein hochrangiger UN-Diplomat. Doch der Pakt wird immer umstrittener. Die Sonderbeauftragte des UN-Migrationspakts, Louise Arbor, versucht inzwischen unermüdlich die wachsende Kritik in Deutschland und der Schweiz mit zahlreichen Interviews zu besänftigen. Schließlich „sei der Wunsch nach dem Pakt doch von hier ausgegangen“, so Arbor.

In einem Interview mit der „Zeit“ gestand die Sonderbeauftragte dann, dass „die Initiative für den Migrationspakt von Europa nach der europäischen Krise 2015 ausging. Europa wandte sich damals an die UN wegen der Migrationsströme, die chaotisch, ungeordnet und gefährlich gewesen seien. Die Europäer erweckten den Eindruck, dass ihre Regierungen die Grenzen nicht kontrollieren können. Tatsächlich hat sich aber die UN niemals in ihrer Geschichte mit Migration befasst.“

Der „Tichys Einblick“-Autor Thomas Spahn enthüllte in einem Artikel vor rund einer Woche, dass die Bundesregierung die Urheber des Migrationspaktes ist. Darin heißt es: „Wer wissen möchte, weshalb die Bundesregierung dem Pakt unbedingt beitreten will, solle auf der Webseite „Global Forum on Migration and Development“ nachlesen. Die GFMD-NGO wirkte maßgeblich daran mit, die Formulierung des Paktes zu entwickeln. Beim GFMD handelt es sich jedoch nur scheinbar um eine Nichtregierungsorganisation.“ Tatsächlich steht hinter dieser Organisation das Deutsche Ministerium des Äußeren, also das Auswärtige Amt, das Bundesaußenminister Heiko Maas untersteht. Der UN-Migrationspakt ist insofern nur offiziell auf Initiative der Vereinten Nationen entstanden. Verantwortlich dafür ist aber niemand anderes, als die schwarz-rote Merkel-Regierung.

Damit ist offenkundig, dass der UN-Migrationspakt maßgeblich von deutschen Diplomaten im Geheimen verfasst wurde. In einer Demokratie wären eine frühzeitige Veröffentlichung und öffentliche Diskussion darüber angemessen. Zumindest die Opposition hätte die Bundesregierung dazu anhalten müssen. Es ist nur der AfD zu verdanken, dass das Thema überhaupt zur Diskussion in den Bundestag gekommen ist. Doch Merkel und ihre Schergen versuchen noch immer alles, um zu verhindern, dass der Öffentlichkeit eine ehrliche Rechenschaft über den Pakt und seine Entstehung abgegeben werden muss.

Merkel und ihre Hofschranzen wollen der Bevölkerung tatsächlich weismachen, dass der Migrationspakt zu einer Beschränkung der Migration führen solle.“ (Watergate.TV, 22. November 2018)

Dies ist ein Geheimnis der Kanzlerin. Deren Außenminister Heiko Maas behauptet noch heute, alles sei ganz transparent gewesen. Alle Verhandlungen hätten in der Öffentlichkeit stattgefunden. Aber so sieht es hier nicht aus.

Ein zweiter Aspekt: Die Kanzlerin dürfte mit diesem möglicherweise – ganz vorsichtig formuliert – selbst konstruierten Vorstoß gegen die UN-Menschenrechtskonvention verstoßen. Es geht hier um die Anlagen unter Punkt 8. Eine Entschließung der UN-Menschenrechtskommission vom 17. April 1998 unter Punkt 8.1.

Artikel 2 regelt, dass die Normen für alle verbindlich seien. Für Personen, Gruppen und Obrigkeiten „ungeachtet ihres gesetzlichen Status“. Also auch für die Kanzlerin.

Sehen wir uns Artikel 3 an:

„Rechtswidrige Bevölkerungstranfers umfassen eine Praxis oder Politik, die den Zweck oder das Ergebnis haben, Menschen in ein Gebiet oder aus einem Gebiet zu verbringen, sei es innerhalb internationaler Grenzen oder über Grenzen hinweg oder innerhalb eines, in ein oder aus einem besetzten Gebiet ohne die freie und informierte Zustimmung sowohl der umgesiedelten als auch jeglicher aufnehmenden Bevölkerung.“

Haben Sie jemals irgendwo zugestimmt? Wenigstens dem UN-Pakt?

Sehen wir uns die Artikel Nr. 6 und Nr. 7 an:

Artikel 6

Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region , in der eine nationale, ethnische sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung, und/oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.

Artikel 7

Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden, wenn sie grundlegende Bestimmungen der Menschenrechte oder zwingende Normen des Völkerrechts verletzen.

Der große Plan von Angela Merkel ist es offensichtlich, diese Entschließung der UN-Menschenrechtskommission in Deutschland irgendwie zu umgehen oder gar nicht erst zu thematisieren. Dies ist bis dato bestens gelungen. Und all dies wird sich in den kommenden Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit nicht zeigen. Kaum jemand kennt diese Passagen. Nach Abschluss dieses Projektes dürfte Angela Merkel ihr historisches Meisterwerk vollendet haben.

- Die nationale Souveränität ist faktisch bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht.
- Die Infrastruktur des Landes, die Straßen, die Telekommunikationseinrichtungen, die Bildungseinrichtungen – all dies liegt mit unglaublichem Investitionsstau darnieder.
- Die wichtigsten Funktionen dieses Staates, die Energieversorgung, der Bankensektor, die Arbeitslosenversicherung als wichtiger Teil der Sozialkassen oder eben auch die Abgabe solcher „Verpflichtungserklärungen“ sind berührt. Angela Merkel hat in den 13 Jahren ihrer Kanzlerschaft diesen Staat ausgefranst.

Der letzte Akt wird noch gespielt. Es sind die Europawahlen im Mai 2019. Ob Angela Merkel bis dahin als Kanzlerin noch durchhält oder nicht, spielt für diese Projekte keine wesentliche Funktion mehr.

Mit diesen Vorstößen, unter anderem gegen die UN-Menschenrechtskommission, hat sie ein fragwürdiges Meisterwerk zu Ende vollbracht.

Zufall oder Auftrag? Das mögen Andere entscheiden.